



Bundesaamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Bevölkerungsschutz

Pandemie und Hochwasser- katastrophe

4 | 2021



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

schwere Monate liegen hinter uns allen. Neben der weltweiten Herausforderung der Corona-Pandemie zerstörte im Juli das verheerende Hochwasser ganze Landstriche in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Anwohnerinnen und Anwohner standen binnen Sekunden vor den Trümmern ihrer Existenz, über 180 Menschen verloren ihr Leben, weil sie von dem ansteigenden Wasser überrascht wurden.



Armin Schuster
ist Präsident des
Bundesamtes für
Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe.
(Foto: Bildkraftwerk/
Jürgen Schulzki)

Nach der Flut blickte ganz Deutschland plötzlich auf das BBK, das medial schlagartig zum Hauptakteur in der Krise gemacht wurde. Schnell wurden wir in den Medien als „oberste Katastrophenschutzbehörde“ betitelt – eine Position, die es nach unserer Verfassung so allerdings nicht gibt. Das BBK ist in solchen Situationen Amtshilfeleistender für die Länder, denen der Katastrophenschutz nach dem Grundgesetz obliegt. Diese Amtshilfe haben wir in großem Umfang geleistet.

Während des Hochwassers haben wir, teilweise ohne eine offizielle Anforderung abzuwarten, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln Hilfe geleistet. Unser Gemeinsames Melde- und Lagezentrum erstellte täglich Lagebilder, vermittelte hunderte Einsatzkräfte und steuerte zahlreiche Hilfsgüter in die betroffenen Gebiete, darunter 1.000 Feldbetten, 10.000 Schlafsäcke und 15.000 Decken für die Betroffenen. Bis heute haben wir 28 Hilfeersuchen in der Hochwasserlage abgewickelt. Über den Copernicus-Dienst konnten Luft- und Satellitenbilder zur Lageerkundung erstellt werden. Wir haben den Lehrgangsbetrieb an unserer Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Ahrweiler sofort eingestellt und unsere Lehr- und Übungsräume der Einsatzleitung Rheinland-Pfalz und allen weiteren Einsatzkräften zur Verfügung gestellt. Wir konnten den Ländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-

Westfalen kurzfristig sechs neue geländefähige Katastrophenschutzfahrzeuge bereitstellen. Zur psychosozialen Unterstützung für Einsatzkräfte und Betroffene wurden die etablierten Strukturen und Kooperationen der Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) des BBK genutzt. Die Warnung erlebte mit der Hochwasserlage einen Realtest, den unser Warnsystem und unsere Warn-App NINA, sofern ihre Möglichkeiten von den Leitstellen genutzt wurden, lückenlos bestanden haben.

Nun gilt es, die Lehren aus dem Hochwasser, der Pandemie und der teils massiven Kritik am BBK zu ziehen, um sich auf künftige Krisen noch besser vorzubereiten. Wir arbeiten beispielsweise intensiv an der Umsetzung der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz. Binnen weniger Wochen haben wir es geschafft, die lokalen Corona-Regeln in unsere Warn-App NINA zu integrieren. Das BBK fördert den Ausbau des Sirennetzes mit knapp 90 Millionen Euro. Zudem wurde die Nutzung von Cell Broadcast und TPEG2-EAW auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen erstellen wir ein bundesweites Warnmittelkataster. Mit den Ländern und weiteren Partnern arbeiten wir an einem nationalen Lagebild und der Errichtung eines Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz beim BBK.

Unsere Schlussfolgerungen aus den vergangenen Monaten münden nicht in eine neue Kompetenzverteilung von Bund und Ländern. Der Schlüssel für den Umgang mit künftigen Krisen von nationaler Tragweite kann für uns nur in der engsten Kooperation mit allen Akteuren liegen, weil sich die öffentliche Erwartungshaltung an das BBK in der Krise nicht mehr allein durch die Rechtslage beantworten lässt.

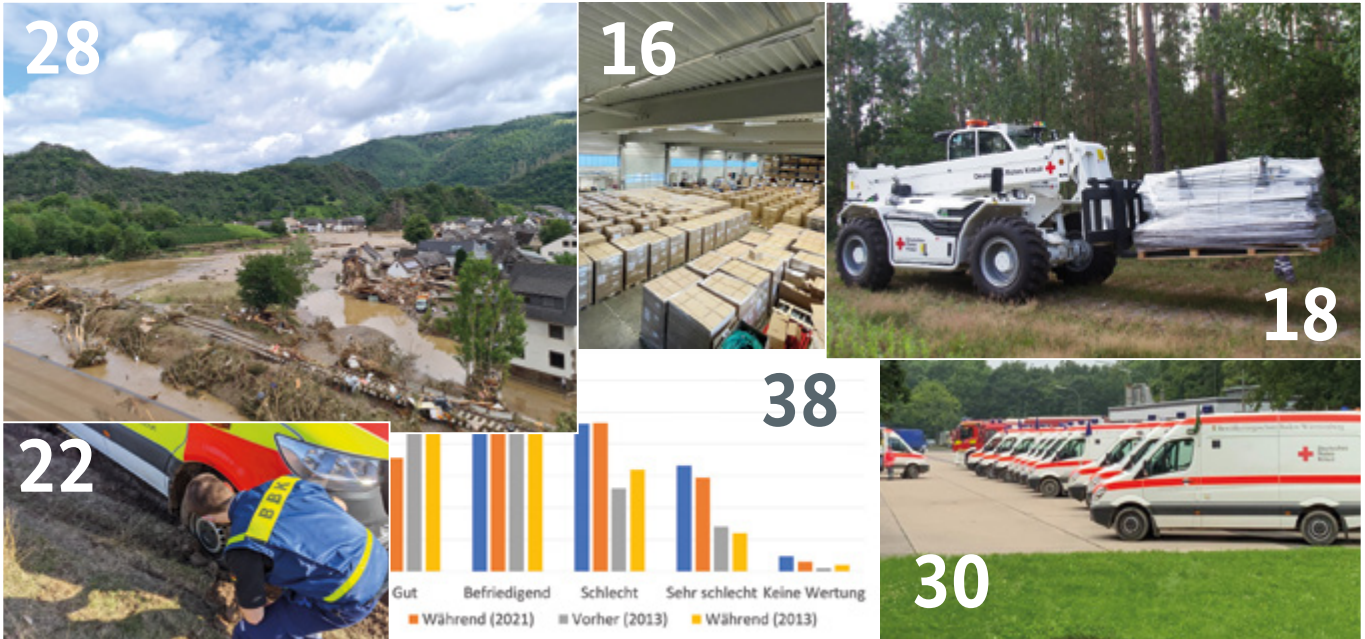
Bevölkerungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir nur zusammen mit Bund, Ländern, Kommunen, den Feuerwehren und Hilfsorganisationen bewältigen können. Wir brauchen eine engere Koordination untereinander sowie ein neues Verständnis von Risiko- und Krisenmanagement. Wir brauchen ein neues Szenario-unabhängiges, übergreifendes Denken und Herangehen in solchen Krisen. Daran glauben wir fest, denn ein Amt, das Bevölkerungsschutz im Namen trägt, sollte künftig in Krisen und Katastrophen von nationaler Dimension deutlich intensiver einbezogen sein.

Ich wünsche Ihnen interessante Einblicke beim Lesen dieser Ausgabe und bleiben Sie gesund!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Armin Schuster



PANDEMIE UND HOCHWASSERKATASTROPHE

Ungebetener Gast	2
Warum versagt die administrative Krisenbewältigung so oft? Meinungen und Anregungen Die (Hochwasser)Katastrophe und das Krisenmanagement	7
Gemeinsam vor die Lage kommen Risikoanalysen und Risikomanagement als Grundlagen effizienter Krisenbewältigung	10
Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz 2.0	14
Die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) – widerstandsfähig gegen Krisen	16
Aufbau einer Betreuungsreserve des Bundes für den Zivilschutz Das Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ – modular, weitgehend autark, kurzfristig einsatzbereit	18
Katastrophenhilfe für die Flutgebiete – Harte Anforderungen an Technik und Personal Eine Einsatzbetrachtung mit Blick auf die Medizinische Task Force	22
Wie kann die Katastrophenvorsorge fortentwickelt und gestärkt werden?	25
Pandemie und Hochwasserkatastrophe aus Sicht der Berufsfeuerwehren	28
Eine Akademie im „Dauerausnahmestand“	30
Was folgt aus Krisen und Katastrophen? Herausforderung für die Bildung im Bevölkerungsschutz	34

PANDEMIE UND HOCHWASSERKATASTROPHE

Motivation im Hochwassereinsatz Eine Analyse der Zufriedenheit von Einsatzkräften und Helfern in den Hochwassereinsätzen 2021 und 2013 in Deutschland	38
--	----

RESILIENZ

Verwandte Begriffe zu Verwundbarkeit und Resilienz im Risiko- und Sicherheitsdiskurs Übersicht und Diskussion	42
--	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	45
Technisches Hilfswerk	46
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	48
Deutscher Feuerwehrverband	50
Johanniter-Unfall-Hilfe	51
Malteser Hilfsdienst	53
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	54

RUBRIKEN

Impressum	56
-----------	----

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Ungebetener Gast

Dieter Franke

Acht Wochen ist es jetzt her, dass die Ahr bei uns zu Besuch war. Zeit, einmal die Ereignisse zu reflektieren.

Es hatte schon einige Tage immer wieder heftig geregnet. Nicht durchgängig, aber doch so, dass die Erde gut gesättigt war. Die Ahr, bei uns mit 30 bis vielleicht 80 Zentimetern Wassertiefe ein zwar schneller, aber ungefährlicher Fluss, war noch in ihrem Bett. Allerdings zeigte sie mit einer braunen Färbung an, im Bereich flussaufwärts bereits Erde aufgewühlt oder von den Bächen zugeführt bekommen zu haben. Die Ahr trägt nicht umsonst den Namen „Die wilde Tochter des Rheins“. Auf 85 Kilometer Flusslänge überwindet sie rund 420 Höhenmeter. Ein kleiner Vergleich: von Koblenz bis Köln legt der Rhein fast 100 Kilometer zurück bei einer Höhendifferenz von 20 Metern.



Die kleine Dorfstraße am Abend des 15. Juli. Gut sichtbar die Hochwasserlinie links an den Gebäuden. Dort ist schon ein Durchkommen halbwegs wieder möglich. Der Fahrer des Wagens im Vordergrund wollte gerade aus der Straße rausfahren, als er von der Flut überrascht, zurückgeschoben und gedreht wurde.

Zunehmender heftiger Regen war für die nächsten Stunden angekündigt, unwitterartige Niederschläge für die Nacht bis zum Morgen. Hochwasser, das die Pegel des Jahrhunderthochwassers von 2016 erreichen könnte. Damals kam das Wasser überraschend. Auch extreme Niederschläge nach schönen Frühsommertagen. Die Ahr stieg damals schnell, der offizielle Pegel in Altenahr erreichte etwas über 3,6 Meter. Bei uns blieben die Fluten weit vom Haus entfernt. Zur Ahr hin schließt sich Weinanbaufläche an, sicherlich 20 Reihen mit Reben. Dann kommt der Nachbar, der damals auch trocken blieb. Beim übernächsten Nachbarn allerdings lief der Keller voll. Dann kommt eine kleine Straße, das alte Wasserwerk, Wiese und dann eigentlich erst die Ahr.

Auf das 2016er Hochwasser muss also noch ein Meter drauf, bis wir Sorge haben müssen, so die Überlegung. Auf das Jahrhunderthochwasser noch ein Meter drauf? Kaum vorstellbar.

Von Altenahr bis Ahrweiler braucht die Ahr bei starker Strömung circa zwei Stunden. Ein kurzer Vorlauf, aber auch ein zuverlässiger Indikator für die Entwicklung. Wir gehen am späten Nachmittag noch mal raus. Drei- vierhundert Meter ahraufwärts kommt erst eine gut 100 Jahre alte Steinbrücke, in drei Bögen überspannt sie Ahr und Uferbereiche. Dann kommt die Eisenbahnbrücke, die auch den Ahradweg aufnimmt. Die Ahr ist schon mächtig. Aus dem 30er Rohr, das unter dem Wanderparkplatz verlegt ist, schießt mit Druck ein brauner Wasserstrahl. Da das Rohr nicht mehr ausreicht, fließt auch Wasser über den Platz.

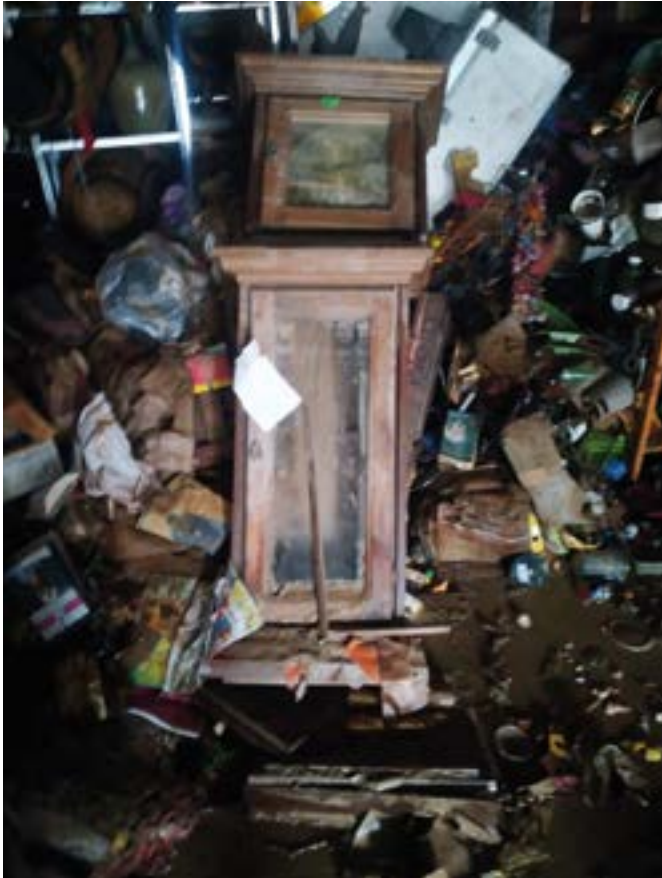
Ja, es gibt Warnungen: „An der Ahr wird ein Hochwasser erwartet. Entfernen Sie Autos aus tiefergelegenen Bereichen.“ Autos sind ja heilig, bekanntermaßen das Teuerste, das man besitzt. Auf dem Handy suchen wir den Pegel Altenahr auf. Drei Meter sechzig ist erreicht – und wird überschritten. Vier Meter. Dann müssen wir wohl doch etwas tun. Sandsäcke sind vorhanden, werden mit dem Sand aus der Sandkiste der Enkel gefüllt. Zehn, zwölf sollten reichen. Mit langen Brettern und Sandsäcken wir die Einfahrt zur Garage gesichert, der tiefste Punkt des Hauses. Die Hauseingangstür liegt noch mehr als einen Meter höher. In der Nachbarschaft zeigen sich ebenfalls teilweise Aktivitäten.

Pegel Altenahr erreicht fünf Meter. Kann eigentlich nicht sein. Außerdem müsste die Welle doch schon längst bei uns sein. Nach zwei Stunden, jetzt sind es schon vier Stunden, dass angeblich der 2016er Pegel überschritten wurde und trotzdem ist unser Ort noch komplett trocken. 5,75 Meter in Altenahr, stagnierend – und bei uns Hochwasser, aber keine Gefahr für uns. Dann bekommt der Nachbar Wasser in den Keller und schmeißt die Pumpe an. Wir legen ihm noch 50 Meter Kabel für den Fall, dass sein Strom ausfällt, was dann auch passiert.

Wir gehen die Winzerstraße runter, unter der Bahn durch, ein paar Meter Richtung ahraufwärts. Braunes Wasser fließt in der Gosse. Muss wohl aus den Weinbergen kommen – aber die Weinbergseite der Bundesstraße ist trocken. Das Wasser fließt an der Außenkurve lang – und nutzt inzwischen den halben Fahrstreifen. Ein KTW kommt mit Blaulicht aus Richtung Dernau, hält kurz an: „Da kommt noch mehr Wasser.“ Die Fahrbahn wird zum Bach. Wir gehen zurück, nach Hause. Das Toben der Ahr, das Rauschen ist das einzige Geräusch. Das Nachbarhaus steht inzwischen im Wasser. Der Pegel wird unverändert mit 5,75 Metern angegeben, gut zwei Meter mehr als damals!

Die Ahr erreicht unsere Sandsackbarriere. Vorsichtshalber hatten wir bereits einige Dinge aus dem Keller hochgeholt. Dort sind ja auch Schlafzimmer, Bad, alle Hausanschlüsse, die Heizung, die Schränke mit der Kleidung, die nicht Saison hat. Und die Dinge, die wir vor einigen Jahren

nach dem Tod der Schwiegereltern erst einmal eingelagert hatten und immer schon mal durchsehen wollten. Kleidung für den nächsten Tag nehmen wir mit nach oben, in die Kinderzimmer, die inzwischen zu Enkelkinderzimmern geworden sind. Dazu Schmuck und ein paar weitere wesentliche Sachen.



Zusammengeschoben, aus umgeworfenen Schränken geschwemmt, teils gar nicht mehr zuzuordnen.

Die Ahr steigt weiter, obwohl der Pegel in Altenahr immer noch stagniert. Später erfahren wir, dass er bei 5,75 Metern abgerissen wurde von den Fluten. Die Hydrologen berechnen ihn später mit circa 8,5 Metern. Vor Ort gibt es Anzeichen, dass er auch die Neun-Meter-Marke deutlich überstiegen hat. Wir sitzen auf der Treppe ins Obergeschoss. Ein paar Teelichter sorgen für eine gewisse Gemütlichkeit, da auch bei uns der Strom ausgefallen ist. Irgendwann dröhnt ein Knall, dröhnt ein Rauschen durchs Haus. Ein zweiter Knall. Der Keller wird geflutet. Kein langsames Ansteigen des Wassers. Schnell und mit Macht kommt es, wirbelt, füllt den Raum. Auf der Treppe zum Obergeschoss sitzend sehen wir, wie das Auto, das hoch oben sicher im Carport und nicht unten in der Garage steht, plötzlich den Warnblinker einschaltet. Auf der linken Seite fahren die Fenster runter. Ein Insasse könnte also das ins Wasser gefahrene Auto, bei dem er vielleicht die Tür nicht mehr öffnen kann, sicher durch das Fenster schwimmend verlassen. In diesem Fall ist es umgekehrt. Die Kurzschlüsse erleichtern dem Wasser den Weg ins Innere. Das Auto wird bis über die Kopfstützen geflutet. Einige Zeit bleibt die Hoffnung, das Was-

ser, das wir unter uns auf der Kellertreppe Stufe für Stufe kommen sehen, würde so anständig sein und rechtzeitig die Eroberung aufgeben. Langsam, ganz langsam schiebt es sich auf die 14. Stufe, die letzte, bevor es sich über die volle Größe des Erdgeschosses ausdehnt. Noch wenige Zentimeter, dann hat sich das mit der Hoffnung erledigt. Wie eine Schlange schiebt sich das Wasser vorwärts, nach rechts und links wie suchend sich langsam ausbreitend. Wenig später kommt auch Wasser unter der Haustür durch. Es steigt weiter. Bald ist die erste Stufe zum Obergeschoss geschafft. Die zweite Stufe – nein, Millimeter vorher ist Schluss. Das Maximum ist erreicht. Die Höhe ist so gewählt, dass die bodennahen Steckdosen und Anschlüsse im Wasser sind. Um drei Uhr legen wir uns auf die Betten in den Kinderzimmern. Das Tosen draußen ist leiser und anders geworden.

Später zeigt sich, dass der erste Knall das Garagentor war. Das Wasser hat wohl schon mindestens 1½ m hoch vor dem Tor gestanden, bis das unterste Element des Sektionaltors nachgab. Der zweite Knall war danach die geschlossene Stahltür von der Garage in den Keller. Das Schloss hat lange Widerstand geleistet. Doch schließlich hatte der Wasserdruck die Tür so weit gebogen, dass es kein Halten mehr gab. Schlagartig füllte sich der Keller. Dabei wurde die normale Zimmertür, die den Kellerraum zum Kellerflur trennt, gleich mitsamt Türzarge herausgerissen. Im Schlafzimmer war unter dem Trockenestrich eine Styroporschüttung als Isolierung. Diese quoll offensichtlich auf, zerriss explosionsartig die Platten des Trockenestrichs und verteilte sich über alles: Styroporkügelchen klebten später unter der Zimmerdecke, lagen im Bett, waren in den Kleiderschränken.

Ein als Schuhschrank genutztes Möbel, ein Meter breit, zwei Meter hoch, wurde im Kellerflur umgerissen und trieb auf dem Rücken liegend durch einen 1,5 m breiten Durchgang, um eine 90-Grad-Ecke, durch die 1 m breite Badezimmertür und blieb auf der Badewanne liegen. Die meisten Schuhe waren noch drin.

Nun ist Hochwasser, etwa Überflutung bei Starkregen, eine Sache. Eine andere ist eine solche Flutwelle. Oberhalb von Walporzheim gibt es kein Erdgas. Dort wird bzw. wurde viel mit Öl geheizt. Das war jetzt im Wasser. Ebenso hat die Ahr die Kläranlagen unterwegs mitgenommen. 40.000 Autos sind auf dem Weg zum Rhein abgesoffen, viele sind kilometerweit geschwommen, zerstört worden mit Benzin, Diesel, Öl. 95 % der Winzerbetriebe sind betroffen und mit ihnen die Pflanzenschutzvorräte. Was also im Haus von der braunen, stinkenden Brühe getränkt war, war nicht mehr zu gebrauchen.

Warum aber diese Welle? Warum stimmten die Laufzeiten nicht mehr? Nicht zwei Stunden von Altenahr bis Ahrweiler, sondern sechs, acht Stunden. Und selbst im Stadtgebiet von Bad Neuenahr-Ahrweiler erstreckte sich der Scheitel der Welle über Stunden. Es wurde langsam deutlich, als sich am nächsten Tag zeigte, welche Massen von der Ahr bewegt worden waren. Hunderte, tausende Bäume, ganze Alleen mit hundert Jahre alten Bäumen waren weg. Und rund 70 Brücken haben nacheinander als Sperrwerk gewirkt. Wenn der Druck aus Wasser, Bäumen, Autos, Gebäudeteilen groß genug war, dann machte die Brücke den Weg

frei bis zur nächsten Brücke. Vor der Eisenbahnbrücke, bei der wir noch am späten Nachmittag gewesen waren, kann man anhand der Spuren im Wald abschätzen, dass die Ahr sich auf fast elf (11!) Meter aufgestaut hat.

Das, was wir auf der Bundesstraße gesehen hatten, war Wasser der Ahr, das sich schon einen neuen, zusätzlichen Weg gesucht hatte. Kurze Zeit später war die Straße circa drei Meter hoch überflutet. Direkt neben der Straße verläuft der Bahndamm. Als das Wasser bei einer Kurve der Bundesstraße diese wohl als zu eng empfand, wurde der Bahndamm einfach weggespült. Viele Meter Gleis hängen in der Luft, Erde und Schotter sind beiseite geräumt.



Ein Phänomen: Dieser türlose Schrank (1 m breit, 2 m hoch) wurde für Schuhe benutzt. Er wurde umgeworfen, um zwei 90-Grad Ecken ins Badezimmer transportiert und landete über der Badewanne. Viele Schuhe waren noch drin.

Vorher war der Fußweg zum Haus unserer Tochter knapp drei Kilometer lang. In den ersten Tagen nach der Flut betrug er circa 40 Kilometer. Die Autobahnbrücke der BAB 61 war die einzige Möglichkeit, von einer Ahrseite auf die andere zu kommen. Die beiden Brücken in Walporzheim – weg. Die Ahrtorbrücke aufwändig saniert – weg. Die Piusbrücke steht noch. Trägt sie noch? Kein Geländer mehr. Die Stabilitätsprüfung dauert vier Tage, dann ist sie einspurig wieder frei. Die Brücke Ringener Straße, die wichtigste Verbindung zum Krankenhaus – schwer beschädigt, unpassierbar. Die Kurgartenbrücke, historisch und zentral im Kurbereich – weg. Die Landgrafenbrücke – als wäre sie nie dagewesen. Die Verbindung vom Ortsteil Heppingen zum Ortsteil Heimersheim – weg. Die große Brücke von der B 266 nach Heimersheim und zur BAB 571 ist noch da. Es dauert aber, bis sie wieder freigegeben wird. Die Brücke der B 266 (neu), der Verbindung von BAB 573 und BAB 571 steht noch – leider fehlen wesentliche Abschnitte der Fahrbahn.

Und alle, wirklich alle Fußgängerbrücken davor, dazwischen und dahinter sind weg. Die Brücke der B 9 in Sinzig erlangt Berühmtheit. Sie besteht eigentlich aus zwei parallelen Brücken: Eine für die zweispurige Fahrtrichtung nach Norden und eine für die zweispurige Fahrtrichtung nach Süden. Beide sind gerade saniert worden. Bei der Brücke Richtung Süden ist ein Pfeiler unterspült worden. Er hat sich etwas gedreht und geneigt. Die Fahrbahn zeigt einen deutlichen Knick, da fährt keiner mehr freiwillig drüber. Sie muss abgerissen werden und solange bleibt ihre parallele Schwester gesperrt. Chaos für die Lebensader Koblenz – Bonn.

Was für die Straße gilt, lässt sich auf andere Verbindungen übertragen. Die Ahrtalbahn, die uns alle 30 Minuten mit der großen Nord-Süd-Schiene verbindet und alle 60 Minuten mit Bonn, hat den Verkehr eingestellt. Logisch: ohne Brücke und ohne Schiene keine Bahn. Zeitliche Perspektive offen. Wiederaufbau? Neue Trasse unter Hochwassersichtspunkten? Mobiltelefon nur eingeschränkt. Was hilft eine Homepage der Katastrophenschutzbehörde, wenn das Festnetz zerstört und das Mobilnetz nicht stabil ist. Zwei Zeitungen abonniert. Allerdings gibt es niemanden mehr, der die Zeitungen zustellen könnte. Gleiches gilt für die Post. Sie wird derzeit zentral gelagert und „sobald möglich“ wieder zugestellt. Das galt für die erste Woche. Inzwischen läuft das. Aber gerade in der Zeit, in der Information so wichtig war, da waren wir alle Inseln im Ozean der Anonymität. Gerüchte hatten Konjunktur. Denn ohne Strom kein Radio und kein Fernsehen.

Der Tag 1, der Tag danach, der Donnerstag war der Tag der Paralyse. Um halb sechs standen wir schon auf der Straße vor dem Haus. Wo war das Wasser? Auf jeden Fall fangen wir schon mal mit sinnloser Arbeit an. Man muss ja etwas tun. Also Aufräumen. Nur was soll man räumen? Nass, schlammig, die Ahr steht noch in der Straße, etwas höher als 2016. Dort wo wir jetzt vor dem Haus auf dem Asphalt stehen, dort wären wir drei Stunden zuvor ertrunken. Es war eine Welle, die durch das Ahrtal ging. Jede Brücke als Sperrwerk staute sie neu auf, je weiter ahrabwärts, desto mehr Material wurde von den Fluten mitgenommen und zusammengeschoben. Walporzheim als das Tor zum Ahrtal ist eine der engsten Stellen im Flusslauf, gut zum Stauen und für hohe Geschwindigkeiten.

Ein Blick von der Treppe vorsichtig um die Ecke in den Keller. Dunkel, unpassierbares Chaos, in dem konkrete Gegenstände oder Möbel kaum zu erkennen sind. Dreckig. Wasser ist nicht zu sehen. Das irritiert. Es gibt noch einen kurzen Kontakt zum Sohn. Dann sind alle Netze weg. Später am Tag starte ich einen Versuch, um zu erkunden, ob und wie es die Tochter mit den Kindern getroffen hat. Kriegsgebiet, Trümmer, Bäume, Autowracks, Schlamm. Ein Mercedes balanciert auf einem Geländer. Kunstvoll abgelegt. Ich habe Angst, dass ein Vogel ihn aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Dabei fällt mir auf, dass keine Vögel in der Luft sind. Eine seltsame Stille. Am westlichen Stadttor von Ahrweiler stehen zwei Pkw. Sie haben sich absolut synchron rechts und links der Durchfahrt rückwärts die Mauer hochgeschoben, stehen wie zwei Torwächter still da. In Ahrweiler muss ich mehrmals neue Wege suchen, wenn Trümmer

oder Schlamm den Durchgang versperren. Die Ahrhuthstraße, die Geschäftsstraße mit den Cafés, ist erschreckend. Ich höre, zwei Meter hoch sei die Welle gewesen, die alles durchgepflügt hat. Auch jetzt, fast acht Wochen später, hat noch kein Geschäft in Ahrweiler wieder öffnen können, kein einziges. Als ich die Innenstadt durch das südliche Stadttor verlasse, gebe ich den Versuch auf. Die große Brücke ist weg. Und die Fußgängerbrücke etwas ahraufwärts – selbst wenn sie noch da sein sollte, würde es nicht helfen. Die Straße dorthin gibt es nicht mehr. Die Straße ist nicht überflutet, sie ist komplett weg. So wie die Mauer zur angrenzenden Klinik, so wie die Bäume, die die Straße zur Allee gemacht hatten.

Viele Erinnerungen an den Tag sind nicht mehr da. Auch kein Zeitgefühl, das setzt eigentlich schon früher aus. Irrendwann am Freitag erreicht uns unser Sohn. Als Mitglied der SEG Westerwald des DRK war er schon früh alarmiert worden. Schon zu einer Zeit, als wir noch hofften, verschont zu bleiben. Rund 24 Stunden war er im Einsatz. Und als Ortskundiger im Schadensgebiet kam er auch über Umwege und Wege, die eigentlich keine mehr waren, zu Orten, wo die Hilfe am dringendsten war. Nicht mehr geholfen werden konnte allein im Stadtgebiet 78 Einwohnern. Am Morgen nach seinem Einsatz kam er direkt zu uns und es begann das Auf- oder richtiger gesagt das Leerräumen. Hilfe brachte er auch mit: DRK-Kameraden, Kollegen aus dem Büro, Freunde. In den nächsten Tagen waren immer wieder Helferinnen und Helfer bei uns im Einsatz. Es war gut, nicht selber das Leben auf den immer größer werdenden Schuttberg werfen zu müssen. Nicht ein Teil aus dem Keller war zu retten. Die kompletten Kleiderschränke mit den eigenen Sachen. Dazu Kostüme für Karneval, Weinfest oder Historische Veranstaltungen, die in den letzten 20 Jahren erstellt und oft verliehen worden waren. Wasser hat Gewicht. Eine Matratze, mit einem Seil zusammengebunden, erforderte zwei Personen, die sich dabei noch mühen mussten, um sie die Einfahrt hochzuziehen.

Inzwischen erfuhren wir auch, dass unsere Tochter Glück gehabt hatte. Das Haus war komplett trocken geblieben. Gut, kein Strom, kein Wasser, kein Gas, aber sonst alles in Ordnung. Auch sie kommt zum Helfen, nachdem die Kinder, die zwei Tage vor den Sommerferien plötzlich schulfrei hatten, 300 Kilometer entfernt bei einer Cousine auf dem Bauernhof untergebracht waren. Völlig unbekannte junge Leute kommen an, sehen die Arbeit und fassen an. Arbeiten den ganzen Tag und gehen wieder. Kommt einer mit dem Abbruchhammer auf der Schulter. „Wenn Ihr Strom habt, fange ich schon mal mit dem Estrich an.“ Strom haben wir. Der Generator (Bauunternehmen aus dem Westerwald) läuft fast permanent. In den nächsten Tagen kommt alles raus: der Estrich im Keller und im Erdgeschoss, der Putz im Keller, das Badezimmer incl. der sanitären Einrichtungen, die abgehängte Decke im Keller, die Heizung und die Heizkörper, die Isolierungen der Heizungsrohre und die Sicherungskästen. Ebenso der Putz und die Fliesen im Erdgeschoss bis zu einer Höhe von 70 Zentimetern (30 über Wasserstand). Die Fußbodenheizung. Steckdosen, Schalter, Lampen, alles was im Wasser gewesen war. Ich hatte nie zuvor eine

Leuchtstoffröhre mit braunem Wasser gesehen und konnte mich nur wundern, wo das Wasser überall Zugang gefunden hatte.

Unser Glück war das Nachbargrundstück. Dieses war als Freizeitgarten verpachtet. Die Flut hatte schon den Zaun beiseite geräumt, ebenso das Zelt und das Trampolin. Die Eigentümerin, eine gute Bekannte, erlaubt uns, das Grundstück als Lagerfläche zu nutzen. Wir produzierten den Schuttberg, bei dessen Volumen ich mich mehrfach fragte, wie das alles in unser Haus gepasst hatte. Zwischendurch kamen Radlader und LKW, die im Dorf an vielen Stellen den Schutt aufluden und auf der Bundesstraße bzw. auf dem von der Ahr erweiterten Uferstreifen deponierten. Auch andere haben Müll rausgeräumt. Man spricht derzeit von 240.000 Tonnen und damit vom 30-fachen des durchschnittlichen Jahresaufkommens im gesamten Landkreis.

Wenn alles raus ist, dann kommt die Wartezeit. Die Trockner laufen. Auch da hatten wir Glück. Über Bekannte und Kollegen der Kinder waren sehr schnell Bautrockner vorhanden. An einem Abend rief der Leiter der Jugendherberge an: „Ich habe zwei Bautrockner frei, kannste abholen, mietfrei für einen Monat.“ Auch die Stromversorgung war so eine glückliche Fügung. Ich hatte bei einer Elektrofirma angefragt, ob sie Kapazitäten frei haben. Daraus entwickelte sich eine Hilfsaktion. Am Samstag rückten vier Mitarbeiter an, beteiligten sich an Stemmarbeiten, setzten einen Baustromkasten, installierten Lampen im Keller und eine Steckdose für die Kaffeemaschine im Erdgeschoss. Dann rückten sie nach acht Stunden Arbeit wieder ab. Eine Rechnung gab es nicht. Da hat die Versicherung ordentlich gespart, wenn ich sehe, was andere Firmen für so einen Baustromkasten und -anschluss verlangen.

Apropos Versicherung. Auch dazu sollten ein paar Sätze gesagt sein. Drei Verträge sind zur Anwendung gekommen. Für das Auto ist die Teilkaskoversicherung zuständig. Es dauerte, bis sich ein Gutachter ankündigte. Solange stand das Fahrzeug vorm Haus im Weg. Der Gutachter kam, stellte fest, dass das Wasser ausreichend hoch gestanden hatte, um für einen Totalschaden zu sorgen, machte einige Fotos und verabschiedete sich. Ein paar Tage nach dem Autogutachter kamen zwei Gutachterinnen für den Hausrat. Wir hatten schon mal eine Liste angefangen. Raum für Raum in Gedanken durchgegangen, überlegt, was in welcher Schublade, an welchem Haken oder sonst neben dem Schrank gelegen oder gestanden hat. Wie viele Hemden, Schuhe, welches Material, ... Und dann kommt natürlich die Frage nach dem Preis, nach der Rechnung: „Haben sie zumindest ein Foto?“ Was kann denn der Teppich, der schon bei den Schwiegereltern an der Wand hing, damals wert gewesen sein oder heute wert sein? Man sollte sich tatsächlich bei Gelegenheit mal Gedanken dazu machen – auch um die abgeschlossene Versicherungshöhe zu überprüfen. Als nächstes kündigten sich drei Personen für die Begutachtung des Gebäudes an. Vermutlich hängt die Zahl der Gutachter proportional mit der vermutlichen Schadenshöhe zusammen. Zum angekündigten Termin kamen aber doch nur zwei. Der dritte, ein Biologe zur Beurteilung der Kontamination, kam eine Woche später. Da gingen gelegentlich

die Diskussionen untereinander bzw. die Gespräche mit uns auseinander. „Alle Fenster, die im Wasser waren, müssen raus, in den Hohlkammern der Kunststoffprofile steht Schlamm.“ „Das kann man reinigen.“ „Reinigen ist teurer als neu.“ Oder: „Die Klinker müssen runter.“ „Man kann Löcher bohren und mit Warmluft trocknen.“ „Damit wird aber der Isolierwert nicht wiederhergestellt.“ Im Ergebnis haben wir heute, acht Wochen nach dem Ereignis, noch keine Schadensbeurteilung und noch keinen Abschlag. Als Konsequenz haben wir uns einen erfahrenen Architekten genommen. Dadurch hatte der Gutachter der Versicherung gleich einen Aha-Effekt. Es wird nicht so wiederhergestellt, wie es war. Grundlage für die Wiederherstellung muss die jetzt geltende Gesetzeslage sein. Und die hat sich z. B. bei der Heizung, bei energetischen Fragen oder bei der Elektroinstallation geändert. Selbst wenn dies zu einer Verbesserung für den Versicherungsnehmer führt, darf das nicht zu seinen Lasten gehen. Da werden wir sicherlich noch einige Diskussionen haben.



Der Anfang – wenn die Trauer über die ersten weggeworfenen ganz persönlichen Dinge überwunden ist, fällt das weitere Ausräumen leichter. Der Berg wuchs noch deutlich. (Fotos: Elisabeth Franke)

Die gelegentlich wirklich depressiven Stunden und Tage sollten vorüber sein, positive Erlebnisse überwiegen. Ein Beispiel: Wir zählen zu den ganz wenigen Einwohnern der Stadt bzw. des Ahrtals, die schon seit der zweiten Flutwoche warm duschen können. Das ist auch heute nur ganz wenigen vergönnt. Als wir uns nach wenigen Tagen eingestanden, dass wir in unserm Haus ohne Strom, ohne Küche, ohne unsere Betten usw. nicht wirklich leben wollen (es wäre schon gegangen, aber bei einer sechs- bis achtmonatigen Perspektive war das nicht verlockend), haben wir Bekannte in Neuenahr angerufen. „Habt Ihr vielleicht für uns eine Ferienwohnung frei?“ Bei der Antwort: „Für Euch immer“ war alles klar. So wohnen wir jetzt recht exklusiv in einem traditionsreichen Winzerbetrieb. Zwar wird auch hier mit Gas geheizt, was derzeit nicht geht. Aber das Wasser wird zentral elektrisch erwärmt, was mit speziellen Anforderun-

gen im Betrieb zusammenhängt. Eine weitere Erfahrung dadurch: die Verträge der Versicherungen sind sehr unterschiedlich, was die Kostenübernahme für eine Ersatzunterkunft angeht. Sie reichen von 3 Monaten bis zu einem Jahr und sind ebenso unterschiedlich bei den zugestandenen Tagessätzen.

Heute haben wir wichtige Entscheidungen für die Zukunft getroffen. Wir werden im Ahrtal bleiben. Wir werden uns weiterhin hier engagieren. Die Ahr, das Tal und der Wein sind es wert.

Abschließend ein paar Zahlen noch, zwar von amtlichen Seiten, aber trotzdem unverbindlich:

Aktuell wir die Zahl der Toten mit 134 angegeben. Hinzu kommen mehrere Suizide in den ersten Wochen nach der Flut. Über 760 Verletzte sind in der Nacht gezählt worden, wobei über die Schwere und die Versorgung in den ersten Stunden und Tagen nichts ausgesagt wird.

Der Landkreis Ahrweiler hat rund 130.000 Einwohner. 42.000 sind von der Flut betroffen und geschädigt. In der Kreisstadt sind von 30.000 Einwohnern 25.000 betroffen.

Es sind 133 Kilometer Erdgasleitungen, 8.500 Gaszähler, 3.400 Hausdruckregler, 7.220 der rund 8.000 Netzanschlüsse sowie 31 Gasdruckregel- und Messanlagen beschädigt oder zerstört worden. Auch sämtliche Querungen, mit denen das Erdgasnetz über die Ahr verbunden ist, sind weggerissen worden.

Von insgesamt 112 Brücken im Schadensgebiet sind 35 nutzbar, 17 eingeschränkt benutzbar, 60 zerstört oder teilzerstört. Mehr als 73,9 Kilometer der 179,7 Kilometer an Straßen, Brücken und Wegen an der Ahr weisen auf den Satellitenbildern Anzeichen einer Beschädigung auf.

Die Flut am 14. Juli reißt mindestens 467 Gebäude mit, darunter mindestens 192 Wohnhäuser. 70 Prozent aller Gebäude gelten zumindest als beschädigt.

In den Fußgängerzonen von Ahrweiler und von Bad Neuenahr hat noch kein einziges Geschäft wieder öffnen können. Keine Apotheke, keine Arztpraxis, kein Café. Es wird improvisiert. Erste Apotheken arbeiten im Container, Ärzte teilen sich die Praxisräume, eine Buchhandlung ist im Wohnzimmer, ein Optiker in der Garage.

Von 52 Weingütern an der Ahr sind 4 nicht betroffen. 10% der Rebfläche an der Ahr ist weggespült worden.

Und zum Schluss noch positive Zahlen: die Hilfsbereitschaft hält an. Ganz schnell war auf privatem Wege eine Anlaufstelle für solche freiwillige Helfer entstanden, die keiner Hilfsorganisation angehören. So sollte vermieden werden, dass diese engagierten Kräfte mit ihren Autos direkt ins Katastrophengebiet fahren. Am ersten Sonntag waren es 300 Personen, am zweiten Sonntag hatte es sich rumgesprochen – es kamen 3000 Personen. Selbst jetzt nach mehr als zwei Monaten sind es an einen ganz normalen Werktag noch bis zu 500 Menschen, die freiwillig und unentgeltlich weite Anfahrten in Kauf nehmen, um zu helfen. Danke.

Dieter Franke wohnt in Ahrweiler. Bis zu seiner Pensionierung war er Pädagogischer Leiter an der AKNZ (heute BABZ) des BBK in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Warum versagt die administrative Krisenbewältigung so oft?

Die (Hochwasser)Katastrophe und das Krisenmanagement

Joachim Schmitz

Das föderale System in Deutschland hat viele Facetten und gestattet unterschiedliche Ausprägungen. Einheitlich ist aber überall, dass als verantwortlich handelnde Institution in erster Linie die Städte und Kreise mit ihren Kommunen sofort in Aktion treten müssen, wenn eine bedrohliche Lage oder gar eine Katastrophenlage erkennbar wird oder bereits eingetreten ist.

Aber sind die Behördenleiter, also die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, männlich wie weiblich, dazu in der Lage? Die Frage ist sogar noch weiter zuzuspitzen: Ist ihnen allen überhaupt bewusst, dass sie als Leiter einer Katastrophenschutzbehörde in der Verantwortung stehen?

Aufgerüttelt durch den Ablaufbericht eines Betroffenen zur Katastrophe an der Ahr, der die Dramatik treffend schildert und auch aufzeigt, wie viele Komponenten objektiv zur Katastrophenflut beigetragen haben, bin ich in mich gegangen und habe mich gefragt, warum die administrativen Stäbe so spät überhaupt begriffen haben, wie ernst die Lage für die Bevölkerung ist und warum die Krisenbewältigung so langsam und so schwer anlieft.

Die „Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz“ (AKNZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), zum 1. Juli 2021 umbenannt in „Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“ (BABZ) hat im Jahr 2002 als Konsequenz aus den Terroranschlägen vom 9. November 2001 begonnen, Krisenmanagementseminare für administrative Stäbe anzubieten, also für die Krisenstäbe der Katastrophenschutzbehörden. Interesse an dieser Schulung und dem damit verbundenen Training hatten auch verschiedene Wirtschaftsunternehmen insbesondere aus dem Bereich der sogenannten Kritischen Infrastrukturen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage interessant, ob die Umbenennung der Akademie eine Verschiebung der inhaltlichen Ausrichtung zur Folge hat. Krisenmanagement ist ein international verwendeter Begriff, der in einer Technischen Spezifikation, also in einer Vorstufe zur europäischen Normung, gefasst ist: *Krisenma-*

nagement - Strategische Grundsätze; Deutsche Fassung CEN/TS 17091:2018

Die Technische Spezifikation bietet eine Leitlinie zu folgenden Punkten:

- Terminologie im Bereich Krisenmanagement;
- Verständnis von Zusammenhängen und Herausforderungen im Bereich Krisenmanagement;
- Entwickeln der Fähigkeit zum Krisenmanagement der Organisation durch Planen und Ausbilden;
- Erkennen der Schwierigkeiten, denen ein Krisenteam in Aktion gegenübersteht;
- Beziehungen zu bestehendem Risikomanagement¹⁴

Der definierte Begriff Krisenmanagement im Namen der Akademie wurde also gestrichen und ersetzt durch den Begriff Bevölkerungsschutz, für den es zumindest keine Legaldefinition gibt.

Die Stäbe, die sich zu diesen Krisenmanagementseminaren anmeldeten und daraufhin eingeladen wurden, mussten mit Führungskräften der Verwaltung inklusive der politischen Spitze besetzt sein. Ziel war es, Bewusstsein für „Krisenmanagement“ zu schaffen, was sich von der Führung einer technischen Einsatzleitung oder eines Führungsstabes nach Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 (Fw-DV 100) erheblich unterscheidet.

Die Fw-DV 100 kennt und grenzt bewusst die administrativ-organisatorische Lagebewältigung ab². Denn diese ist Aufgabe der nach Landesrecht strukturierten Verwaltung. Empfehlungen zu diesem Verwaltungs- oder Krisenstab hat die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) in einem eigenen Papier gegeben³. Zwar sehen beide Papiere auch die Möglichkeit, die beiden Aufgabenbereiche in einem Gesamtstab zusammenzufassen, das dürfte aber bei großflächigen und langandauernden Lagen eher ineffektiv sein. Ein sehr anschauliches Beispiel für die beiden Aufgabenbereiche, also die rund um die Uhr notwendige unmittelbare Schadensbewältigung einerseits und die ein, zwei oder drei Besprechungen pro Tag erforderliche Koordinierung der administrativen Aufgaben lieferte die Fachliteratur nach dem Kölner Archiveinsturz. Ein Verwaltungsstab oder Krisenstab der Verwaltung wird sinnvollerweise nicht wie eine Einsatzleitung in die klassischen Sachgebiete S1 bis S6 gegliedert werden, sondern sich an der eingespielten Gliederung der Verwaltung orientieren. Hieraus resul-

1 (Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Normung e. V. (DIN)) <https://www.din.de/de/mitwirken/normenausschuesse/fnfw/veroeffentlichungen/wdc-beuth:din21:281319098>

2 Fw-DV 100, Punkt 3.2.4.3

3 „Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ – organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe – VwS)“ (Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zum Bevölkerungsschutz, 08.07.2004)

tierte die Forderung, den Stab mit den entscheidungsbefugten Führungskräften zu besetzen.

Thematisiert wurde in der Schulung auch die Kreisbeschreibung, eine präventiv zu erarbeitende Auflistung und Darstellung der potenziellen Gefahrenquellen im Zuständigkeitsbereich. Während ergänzende Alarmierungs- und Einsatzplanungen für den operativen Bereich selbstverständlich, teilweise gesetzlich vorgeschrieben sind, liegt die Vorbereitung entsprechender Details für die zugehörigen administrativen Aufgaben oft im Argen. Sollte eine so gepflegte Kreisbeschreibung schon existieren, so konnte sie in das Seminar integriert und zur Grundlage der Übung gemacht werden.

Es wurde als Pflicht einer jeden Amtsleitung betont, für den jeweiligen Bereich zu prüfen, welche Gefahren drohen könnten, die Kette der Kontakte und Maßnahmen zu erarbeiten, die Schnittstellen zu identifizieren, abzustimmen und aktuell zu halten. Alle diese Erkenntnisse zusammen ergeben dann den Gefahrenabwehrplan der Stadt oder des Kreises. Und dieser muss immer wieder durchgesprochen, geübt, und fortgeschrieben werden. Die Verantwortung dafür trägt der Chef der Verwaltung.



„Denn das ist ja die Kernfunktion eines jeden Landrates⁴“, erklärt Frank Roselieb, der geschäftsführende Direktor und Sprecher des Kieler Instituts für Krisenforschung, einem Spin-Off der Universität Kiel, die Bedeutung des Katastrophenschutzes für das Amt des Landrates. Weiter sagt er in diesem Interview mit der Rhein-Zeitung: „Der macht den Job hauptamtlich. Der ist ja, spitz formuliert, nur für das Thema Katastrophe installiert. All die andern Sachen, die er sonst so macht, sind eher Nebentätigkeiten. In der Stellenbeschreibung eines Landrates oder Oberbürgermeisters zählt das Krisenmanagement zu den wenigen Tätigkeiten, die nicht wirklich delegiert werden können.“

Damit wird auch deutlich, dass Krisenmanagement und Katastrophenschutz nicht identisch sind. Das Krisenmanagement des Verwaltungsstabes kann auch erforderlich sein, ohne dass eine Katastrophe vorliegt. So hat die Stadt Düsseldorf vor einigen Jahren den Krisenstab aktiviert, als ein Hund mit Tollwutverdacht mehrere Tage durch die Stadt streifte. Oder in Köln war der Krisenstab involviert, um die Stadt auf

den Papstbesuch vorzubereiten. Ziel des Krisenstabes der Verwaltung ist also die Sicherstellung eines koordinierten Handelns aller Zuständigen. Führungskräfte der Feuerwehr sind anwesend und verantwortlich dafür, die Lagekenntnisse der Technischen Einsatzleitung(en) den administrativen Leitungskräften kurz und verständlich darzustellen, damit diese Teillage in das Gesamtbild integriert werden kann.

Gerade bei länger andauernden und großflächigen Lagen, wie dies im Ahrtal der Fall war, gehört z. B. die Gesundheitslage dazu mit ambulanter und stationärer Versorgung und den Absprachen mit den Ärztekammern, gehört die Verkehrslage dazu mit den Ansprachen mit den Kommunen und den Landesbehörden, gehört die Lage bei den Jugend- und den Sozialämtern dazu mit der Frage der Unterbringung Obdachloser, die Steuerung des Spendenaufkommens, die Information der betroffenen Öffentlichkeit, der unbetroffenen (aber neugierigen) Öffentlichkeit und der Medien. Es geht um Fragen der Versorgung, um Vertragsschließung, um das Erlassen und Umsetzen von Verfügungen und, und, und. Dies ist nur ein Ausschnitt. Aber bereits der zeigt, dass kaum ein Zweig der Verwaltung unberührt von der Katastrophensituation bleibt und unabhängig von den anderen mit „business as usual“ weiterarbeiten kann.

Selbstverständlich sind Erweiterungen des Krisenstabes um Führungskräfte der Polizeien, der Energieversorger und des ÖPNV in der Regel notwendig und auch möglich. Gleiches gilt natürlich auch für sonstige Experten, deren Fachwissen ggf. benötigt wird. All deren Kenntnisse und Erkenntnisse zur Lage dienen dem Krisenstabsleiter, die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen.

Bereits bei der Oderflut im Jahr 1997, bei der es auch über 100 Tote und unendlich viele schlimme Schäden gab, war eines der großen Probleme die Koordinierung und sinnvolle Einsetzung der vielen freiwilligen Hilfskräfte, die in der Regel über die Sozialen Medien aktiviert, in das Katastrophengebiet strömten. Damit dieses zusätzliche Potenzial konstruktiv integriert werden kann, muss der Krisenstab sich frühzeitig dieser vielfältigen Aufgabe annehmen.

Der IMK-Beschluss von 2004 bietet hierzu schon eine organisatorische Hilfe an mit der dort Koordinierungsgruppe des Stabes genannten Organisationseinheit. Diese Gruppe, qualifiziert besetzt und unmittelbar dem Behördenleiter zugeordnet, hat im Einsatzfall Geschäftsstellenfunktion und kann in der Prä- wie in der Postventionsphase die internen und externen Kontakte halten und vertiefen. Die organisatorische Zuordnung außerhalb der Linie macht deutlich, dass sich das Krisenmanagement der Verwaltung nicht nur auf Katastrophen eingengt versteht. Zudem gewährleistet dies dem Verwaltungsleiter einen frühen Blick auf möglicherweise drohende Ereignisse, die aus der Norm fallen.

Nahezu alle, die diese KM-Seminare besucht haben, konstatierten später, wachgerüttelt worden zu sein und das System umgesetzt zu haben. Durch die verpflichtende Teilnahme der Verwaltungsspitze am Seminar haben diese politisch Verantwortlichen erfahren, wie verzahnt die Probleme

4 <https://www.rhein-zeitung.de/ar.1953631>

und wie notwendig regelmäßige Übungen sind, um effektive und effiziente Lösungen zu erzielen. Das bedeutet Räumlichkeiten, Technik und vor allem Arbeitszeit dafür bereitzustellen, und zwar kontinuierlich. Die erforderlichen personellen und monetären Ressourcen müssen für diese Daueraufgabe fest im Haushalt eingeplant sein. Da in den Kommunalverwaltungen in den leitenden Funktionen immer eine gewisse Fluktuation besteht, ist das frühzeitige Integrieren der Neuen in das Krisenmanagementsystem des Hauses ganz wesentlich.

Wie geschildert, wurden seit 2002 konsequent die Krisenstäbe der Kreise / Städte mit den Verantwortungsträgern eingeladen, aber auch wieder ausgeladen, wenn die Cheftage nicht erschien. Ab 2010 wurde dieses Prinzip etwas lockerer gehandhabt und schließlich ist statt der eigentlichen KM-Ausbildung meist der Gesamtstab geschult worden, also die Zusammenfassung von administrativer und operativer-taktischer Führung, womit die obligatorische Teilnahme der Verwaltungsspitze entfiel. Ich frage mich, ob die AKNZ zu Teilen nicht mit in der Verantwortung steht, wenn die Krisenstäbe heute so kritisiert werden.

Ich selber habe die Feuerwehren und ihre Arbeit (insbesondere in der TEL-Ebene) ohne Einschränkungen immer hoch geachtet und tue es noch heute. Aber die Feuerwehr ist eben technisch komplett geschult und hoch kompetent, hat aber naturgemäß keine Ahnung von administrativer Verantwortung, von Zusammenhängen und Sichtweisen einer Verwaltung, die für den Bürger nicht nur für den Moment der Gefahrenabwehr da ist, sondern ebenso präventiv und wie auch nachsorgend denken und planen muss. Wenn ein Feuer gelöscht ist, rollt die Feuerwehr die Schläuche wieder ein und rückt zurück in die Unterkunft. Was danach passiert ist ja auch nicht ihre Aufgabe. (Liebe Feuerwehrleute, bitte entschuldigt an dieser Stelle die vereinfachte Darstellung Eurer viel umfassenderen Tätigkeiten.)

An Ahr und Erft heißt es jetzt, dass diese Massen und diese Urgewalt des Wassers keiner vorhergesehen hat. Aber hier wie auch an vielen anderen Gewässern hat es solche Fluten schon gegeben, allerdings mehrere Generationen zurückliegend. Und es kann auch wieder passieren. Genau hier setzt das Krisenmanagement ein. Die Ausnahme denken, das eigentlich nicht Mögliche als real werdende Option akzeptieren ist der Ansatzpunkt eines verantwortlichen Krisenmanagements. Die Prävention ist nicht nur der erste, sie ist für ein gutes Funktionieren im Einsatz auch der wichtigste Schritt.

Wenn man diese Aufgaben des Krisenstabes einer Kommunalverwaltung betrachtet, dann versteht es sich von selbst, dass der Leiter einer Feuerwehr hier sehr wohl ein beratendes Mitglied, aber sicherlich nicht der Stabsleiter sein kann.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: die Feuerwehren, wie alle anderen Blaulichtorganisationen auch, helfen vor Ort. Sie bringen die Hilfe, die die Bürger brauchen und sehen. Aber sie können diese Arbeit nur dann effektiv erfüllen, wenn sie entlastet werden von allen Aufgaben, die nicht die unmittelbare Hilfeleistung betreffen, sondern die administrativer Art sind. Dazu müssen im Krisenstab entscheidungsbefugte Führungskräfte sitzen. Sie müssen auch den Mut

haben, Entscheidungen auf der Basis einer noch unvollständigen Informationslage zu treffen. Die Angst vor rechtlichen Folgen darf nicht die Arbeit blockieren. Der Ruf nach Hilfe und Unterstützung bei der nächst höheren Verwaltungsebene, also beim Regierungsbezirk oder beim Land, ist nicht das Hissen der weißen Flagge. Es gehört auch zum verantwortlichen Handeln, frühzeitig Grenzen des Machbaren zu erkennen und entsprechend zu reagieren.

Als mein persönliches Fazit stelle ich fest, dass wir im Bundesamt die Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe den an der AKNZ eingeschlagenen Weg der Führungsausbildung nicht konsequent propagiert und weitergeführt haben. Wir haben uns von politischen Strömungen und vom Zeitgeist viel zu sehr beeinflussen lassen. Dass lange Jahre kein Schadensereignis von seinem Umfang her einen Krisenstab erforderlich gemacht hat, darf nicht länger so interpretiert werden, dass damit die Ausbildung hierfür eingestellt werden könnte.

Das Hochwasser von Ahr und Erft hat mich dazu gebracht, das System des Katastrophenschutzes noch einmal zu durchdenken und meine Erfahrungen in der Kommunalverwaltung sowie als Dozent an der AKNZ mit dem abzugleichen, was jetzt über die Katastrophe zu lesen war. Und es macht mich wütend, da die Fachkompetenz ohne Zweifel vorhanden gewesen wäre, um es besser zu machen. Ja, so bin ich wütend auf mich, da ich die beginnende Abkehr von der konsequenten Verwaltungsstabsausbildung noch in meiner Dienstzeit gesehen habe. Insofern fühle ich mich auch mitschuldig an dem Geschehenen. Gut gemeint ist halt lange noch nicht gut gemacht. Da geht's mir so wie den Leitern der Feuerwehren, die den Krisenstab managen sollten.

Und, wie schon erwähnt, muss sich die Politik mit den Stäben und deren Aufgaben befassen. Die Verwaltungsspitze muss ihren Job als Leiter einer Katastrophenschutzbehörde ernst nehmen, Ausbildung und Training müssen obligatorisch sein, für die Person und für den Stab. Es ist kein Geschäft, das nebenher läuft. Dazu ist die Verantwortung viel zu groß. Die hauptamtlichen und die ehrenamtlichen Einsatzkräfte haben ebenso wie die heute dazugehörigen Sponthelfer (ohne die an der Ahr heute noch Schlamm geschippt werden müsste!) einen Anspruch darauf, dass ein professionelles Krisenmanagement hinter ihnen steht und ihnen Sicherheit garantiert.

Ich wünsche mir, dass in den Kommunen und Kreisen, aber auch in den Ministerien darüber nachgedacht wird, wie das Krisenmanagement zu einer selbstverständlichen Behördenaufgabe wird und ich wünsche mir, dass nach der Umbenennung der Akademie von AKNZ in BABZ die Überarbeitung und erforderliche Anpassung des Ausbildungsprogramms wieder den Blick auf das auch gerade aus der Bundessicht erforderliche richtet. Die Ausbildung für den Alltagseinsatz können die Schulen der Feuerwehren und der Hilfsorganisation hoch qualifiziert erfüllen. Die Bundessicht muss wieder darüber hinausgehen und das Extreme, das Besondere erfassen. Insbesondere beim Krisenmanagement.

Gemeinsam vor die Lage kommen

Risikoanalysen und Risikomanagement als Grundlagen effizienter Krisenbewältigung

Dirk Engstenberg

Die Bewältigung der Flutkatastrophe im Juli 2021 und die Auswirkungen der Pandemie haben gezeigt, dass eine frühzeitige Identifizierung von Gefahren und den daraus resultierenden Risiken eine wesentliche Grundlage zur Krisenbewältigung sind. Der Verfasser dieses Artikels schloss seine Masterthesis „Entwicklung einer integralen Methode zur Risikoanalyse in der Katastrophenschutzplanung eines Kreises“ im Studiengang Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement (Kavoma) unter dem Eindruck der Pandemie im Sommer 2020 ab. Pandemie und Sturzflut ließen aus theoretischen Ansätzen Wirklichkeit werden – die Katastrophen sind eingetreten. In der nachfolgenden Beschreibung der Methode wird eine ebenenübergreifende Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz beschrieben, rechtliche Verknüpfungen und Hinweise beziehen sich auf die geltenden Vorgaben aus Nordrhein-Westfalen, lassen sich aber durchaus auf andere Bundesländer duplizieren.

Motivation

Die Inhalte eines Katastrophenschutzplanes sind in Nordrhein-Westfalen nicht gesetzlich vorgegeben. Verbände von Feuerwehren und den kommunalen Spitzenverbänden haben lediglich gemeinsam einen Muster-Katastrophenschutzplan erstellt und veröffentlicht. In diesem Musterplan wird die Erfassung von möglichen Gefahren erwähnt und nach den Gliederungsvorgaben von Kritischen Infrastrukturen strukturiert. Weitergehende Angaben zur Klassifizierung und Bewertung dieser Gefahren wurden in deren Mustervorlage nicht gemacht.

Die aktuelle COVID19-Pandemie sowie die Erfahrungen aus der Flutkatastrophe machen auf eine dramatische Art und Weise klar, dass es im bundesweiten Kontext des Bevölkerungsschutzes auf abgestimmte Konzepte und Schnittstellenbetrachtungen ankommt. Im operativen Bereich der Katastrophenbewältigung ist das dezentrale, föderale System unschlagbar und klar im Vorteil zu zentralen Steuerungssystemen. Im Bereich der Katastrophenvorsorge und der Erstellung von Planungsszenarien sind jedoch alle Staatsebenen auf harmonisierte und abgestimmte Datengrundlagen angewiesen.

In unserem Staatsaufbau sind der Föderalismus sowie die kommunale Selbstbestimmung wesentliche Bestandteile unserer freiheitlichen, demokratischen Rechtsordnung.

Diese im Grundgesetz verankerten Rechtsnormen sollten einer ebenenübergreifenden Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz nicht entgegenstehen.

Risikoanalysen staatlicher Akteure

Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz sind bereits auf Bundes- und Landesebenen vorhanden, im kommunalen Bereich auch im Rahmen von Brandschutzbedarfsplanungen. Die Unteren Katastrophenschutzbehörden sehen sich hierbei oftmals einer sehr komplexen Aufgabenstellung ausgesetzt. Die Suche nach einem integralen Ansatz zur Operationalisierung des Problems soll Doppelarbeit vermeiden und Risiken vergleichbar machen. Der Bund hat im Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz – ZSKG) die Zusammenarbeit mit den Ländern bei der Erstellung von Risikoanalysen für den Bevölkerungsschutz festgeschrieben. Weitergehende Standards zur Kooperation bis auf die kommunale Ebene existieren zur Zeit nicht.

Risikoermittlung	Risiko identifizieren > Datenermittlungen: > Heuristische Untersuchungen > Wissenschaftliche Erkenntnisse Risiko analysieren > Szenarienbasierte Untersuchungen > Feststellung von Schadensparametern > Quantitative Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeit > Qualitative Annahmen bei unklarer Datenlage; z.B. Terror
Risikobewertung	Risiko bewerten > Festlegung von Schadensparametern und erwarteten Schäden > Vergleich der Bewältigungskapazitäten im Soll/Ist Risikobehandlung > Beschreibung von Handlungsempfehlungen > Berichtsvorlage im Deutschen Bundestag

Auswertung Bund.

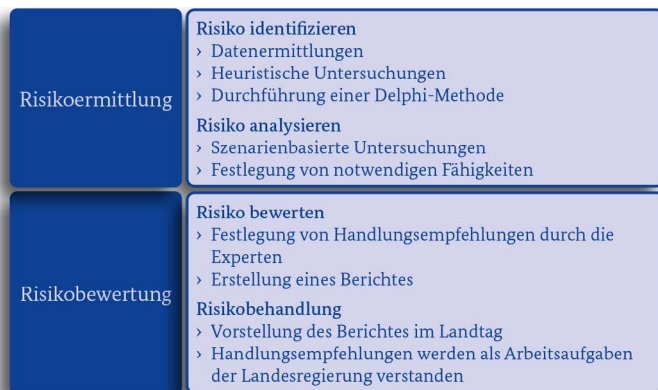
Auf **Bundesebene** wurde im Jahr 1951 eine Kommission der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft mit der Aufgabe gegründet, die Bundesregierung im Zusammenhang mit kriegerischen Bedrohungsbildern und den daraus entstehenden Gefahren zu beraten. Durch eine Verschiebung der Bedrohungssituation ergab sich für die Schutzkommission mit der Zeit eine Fokussierung auf zivile Gefahren durch mögliche Reaktorunfälle oder Störfallszena-

rien in der chemischen Industrie. Mit Änderung des ZSKG wurde 2009 das Bundesministerium des Inneren mit der Erstellung von regelmäßig dem Deutschen Bundestag vorzulegenden Risikoanalysen beauftragt. Die Analysen werden ressortübergreifend abgestimmt und im Wesentlichen durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erstellt. Folgende Analysen wurden durchgeführt:

- Extremes Schmelzhochwasser aus den Mittelgebirgen (2012)
- Pandemie durch Virus Modi-SARS (2012)
- Wintersturm (2013)
- Sturzflut (2014)
- Freisetzung radioaktiver Stoffe aus einem Kernkraftwerk (2015)
- Freisetzung chemischer Stoffe (2016)
- Zusammenfassung bisheriger Risikoanalysen (2017)
- Dürre (2018)
- Erdbeben (2019)

Die den auf Bundesebene durchgeführten Risikoanalysen zugrunde gelegten Szenarien der Risikoanalyse des Bundes werden den für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen auf **Landesebene** zur weiteren Verwendung bereitgestellt.

Eine gesetzliche Grundlage zur Weiterführung oder Durchführung von Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz gibt es in der Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht.



Auswertung Land.

Der Landtag hatte jedoch fraktionsübergreifend mit der gemeinsamen Entschließung vom 15. Dezember 2015 (Antrag LT-Drs. 16/10483) einen Dialogprozess zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes angeregt und zum Ausdruck gebracht, dass er dem Katastrophenschutz über das Gesetzgebungsverfahren für das neue Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) hinaus besondere Beobachtung schenken wollte.

Dieser „Koordinierte Prozess Katastrophenschutz“ in Nordrhein-Westfalen wurde durch das Ministerium des Innern unter Beteiligung aller relevanten Akteure des Katastrophenschutzes in NRW durchgeführt.

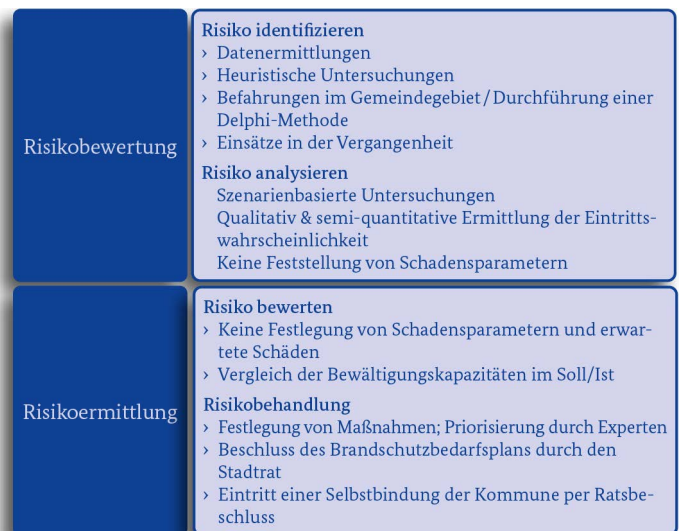
In diesem Koordinierten Prozess wird eine Bestandaufnahme von Fähigkeiten der Einheiten im Katastrophen-

schutz durchgeführt und gleichsam eine Gefahrenermittlung für das Land erstellt. Dieser Teilprozess beinhaltet alle wesentlichen Elemente einer Risikoanalyse zur Identifikation von Gefahrenszenarien.

Auf der **Ebene der Kreise und kreisfreien Städte** werden diese verpflichtet, Katastrophenschutzpläne aufzustellen.

Der Arbeitskreis Zivil- und Katastrophenschutz der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen und des Verbandes der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen hat eine Empfehlung zu den Inhalten und der Gliederung eines Katastrophenschutzplanes gemäß § 4 (BHKG) erarbeitet. Sie enthält insbesondere eine Gliederung der Regelungsbereiche, die – unbeschadet der örtlichen bzw. regionalen Ausprägung der einzelnen Regelungsbereiche – zu einer gleichförmigen Strukturierung der Katastrophenschutzpläne im Land beitragen soll. Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden wurde dieser Muster-Katastrophenschutzplan durch Erlass des Ministeriums des Innern in 2018 als Empfehlung zur Anwendung veröffentlicht.

Eine detaillierte Vorgabe zur Anwendung einer Risikoanalyse gibt es jedoch in diesem Musterplan nicht.



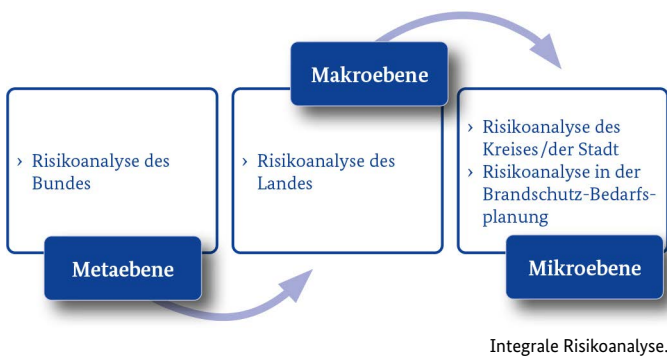
Auswertung im Rahmen einer kommunalen Brandschutzbedarfsplanung.

Für die **kreisangehörigen Kommunen** ohne Berufsfeuerwehren wurde durch eine Veröffentlichung des Städte- und Gemeindebundes in Nordrhein-Westfalen sowie des Verbandes der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen in 2018 ein Handlungsrahmen zur Erstellung einer Brandschutzbedarfsplanung beschrieben. Die Inhalte dieser Ausarbeitung sind inhaltsgleich in einen Runderlass des Ministeriums des Innern in Nordrhein-Westfalen übernommen worden und für Kommunen mit über 25.000 Einwohnern verbindlich zur Umsetzung in der Brandschutzbedarfsplanung eingeführt. Für die Risiken Brand und Technische Hilfeleistung wurden risikobasierte Planungsklassen zur Schutzzieldefinition ausgewiesen. Die Festlegung dieser Planungsklassen verfolgt einen qualitativen und semi-quantitativen Ansatz zur Risikoermittlung für die Lastfälle Brand und Technische Hilfeleistung.

Methode zur integralen Risikoanalyse

Ein Kernelement der integralen Methode ist die Datenübernahme bereits vorhandener Risikoanalysen auf der Bundes- und Landesebene sowie eine Aggregation von Gefahrenkataster und Schutzgütern auf der örtlichen Ebene der kreisangehörigen Kommunen.

Dem Verfasser ist an dieser Stelle bewusst, dass die Vorgehensweisen auf der Meta- und Makroebene von ihm nicht zu beeinflussen sind. Daher beschreibt die Methode zunächst einen idealisierten Standard über alle Ebenen hinweg. Im Ergebnis wird sich jedoch die Risikoanalyse auf der Mikroebene der Unteren Katastrophenschutzbehörden auch ohne etablierte Gremien auf Bundes- und Landesebene realisieren lassen.



Schritt 1

Die Risikoanalysen des Bundes werden zur Identifikation der bundesrelevanten Risiken verwendet. Die Daten und Ergebnisse werden bei entsprechender Relevanz durch das Land übernommen und dokumentiert. Eine weitere auf Gefahrenszenarien basierende Risikoanalyse erfolgt im Rahmen eines Delphi-Verfahrens analog zu dem bereits durchgeführten „Koordinierten Prozess Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen“.

Bei Fortführung dieses Prozesses wäre eine Experten-Gruppe für den Risikomanagementprozess auf Landesebene bereits etabliert.

Schritt 2

Die auf der Makroebene ermittelten Risikoanalysen enthalten aufgrund des vorangegangenen Arbeitsschrittes die landesspezifischen Gefahrenelemente und deren Beurteilung. Diese Erkenntnisse fließen nunmehr in die Risikoanalyse auf der Mikroebene ein.

Schritt 3

Auf der Ebene der Unteren Katastrophenschutzbehörde werden die Erkenntnisse und Daten aus den oberen Ebenen mit den aggregierten Daten aus den Brandschutzbedarfsplanungen der Städte und Gemeinden verschnitten.

Ergebnis der integralen Risikoanalyse

Die Gefahren sowie die Beschreibungen der Szenarien werden von der Bundesanalyse übernommen. Landespe-

zifische Wertungen und Priorisierungen sollten in einem weiteren Schritt durchgeführt werden. Diese Sammlung von Gefahrenszenarien ist durch einen Arbeitskreis zu verifizieren und auf die Besonderheiten des Kreisgebietes anzupassen. Nach Fertigstellung dieser Gefahrenbeschreibungen für das Kreisgebiet werden sukzessive die Gefahrenkarten sowie die Daten gefährdeter Objekte und Schutzgüter in die Kreisplanung übernommen.

Dokumentation der Ergebnisse

Der Katastrophenschutzplan muss im Hinblick auf den Musterplan um die Gefahrenkarten der Kommunen sowie der entsprechenden Objektdaten ergänzt werden. Idealerweise liegen diese Daten georeferenziert als digitales Kartenmaterial mit Datenlayern vor. Diese Dokumentation kann für alle Maßnahmen der Katastrophenvorsorge aber auch im Katastrophenfall für die Planung von Abwehrmaßnahmen verwendet werden.

Eine Risikobehandlung, die in einer Katastrophenschutzbedarfsplanung mündet, wird explizit nicht betrachtet und beschrieben, da hierzu die gesetzliche Grundlage im Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) fehlt. Die fachliche Expertise endet in der Beschreibung der möglichen Gefahrenszenarien und deren Auswirkungen für die Schutzgüter.

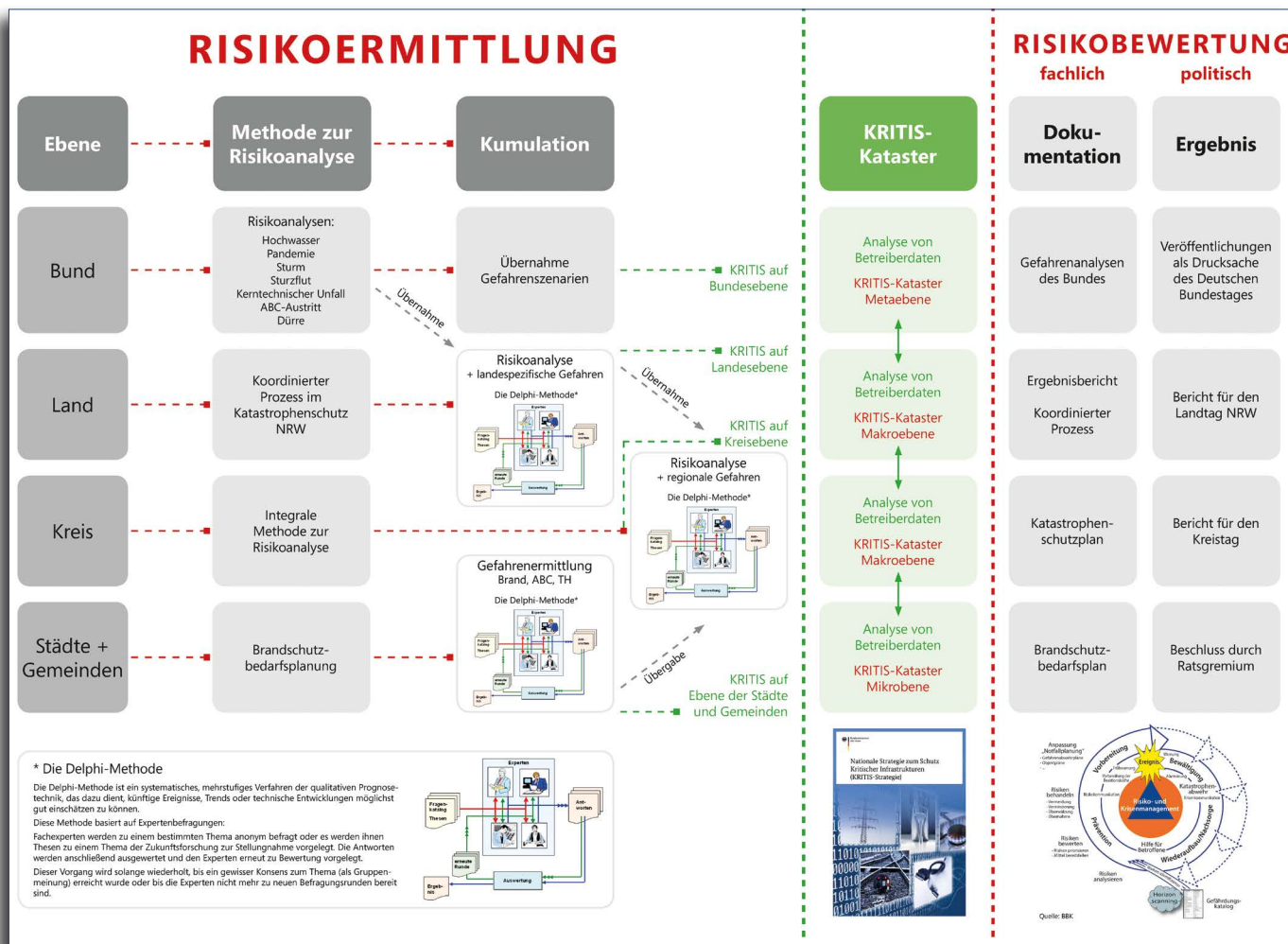
Fazit

Der Bevölkerungsschutz besteht aus einer Vielzahl von planerischen Bestandteilen zur Vorsorge, aber auch von Ressourcenzusammenstellungen für die Bewältigung größerer Schadenslagen und Katastrophen. Unabhängig von diesen Begriffen geht es immer um klare und verbindliche Festlegungen und Anweisungen zur Ordnung des Raumes, der Zeit und Zuständigkeiten von Personen und Organisationen. Eine solche Verbindlichkeit, Kontinuität und Zuweisung von Verantwortlichkeiten ist erforderlich, um den Bevölkerungsschutz in Deutschland weiterzuentwickeln.

Es müssen zukünftig Schnittstellen zur Sicherstellung der Zusammenarbeit eingerichtet werden, auf der Ebene Bund-Länder könnte dies im Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz des BBK's angesiedelt sein, an der Schnittstelle Land-Kommunen wäre eine Zentralstelle oder ein Landesamt für Katastrophenschutz einzurichten. Auf der Ebene der Kreise könnte ein Arbeitskreis Bevölkerungsschutz unter Einbindung aller Gefahrenabwehrkräfte und den kreisangehörigen Kommunen die Themeninhalte aufnehmen.

Zur ebenenübergreifenden Durchdringung des Themas bedarf es umfangreicher Schulungen und Informationen für Entscheidungsträger im Bevölkerungsschutz, die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und zivile Verteidigung (BABZ) könnte hierbei eine entscheidende Rolle einnehmen.

Ein wesentlicher Bestandteil von Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz sind die Kritischen Infrastrukturen. Diese Schutzgüter bedürfen in der Risikobehandlung einer be-



Schematische Darstellung der Risikoermittlung.

sonderen Aufmerksamkeit und Einsatzplanung. Die Limitation der dargestellten Forschungsinhalte kann dieses Thema nur anreißen. Grundsätzlich fehlt jedoch in Nordrhein-Westfalen eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten für die Erfassung und Bewertung von Kritischen Infrastrukturen. Im Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz werden zwar die Betreiber dieser Infrastrukturen verpflichtet, Daten für die Gefahrenabwehrplanungen zur Verfügung zu stellen, jedoch ist es nicht praktikabel und sachgerecht, wenn Netzbetreiber landesweiter Energieversorger oder Datennetzbetreiber von 31 Kreisen und 21 kreisfreien Städten angeschrieben werden Daten zu liefern und miteinander Schutzkonzepte zu diskutieren. Eine auf die jeweiligen Ebenen von Land/Kreis und Gemeinden abgeschichtete Verteilung der Zuständigkeiten würde die Ermittlung krisenrelevanter Daten wesentlich vereinfachen und beschleunigen.

Selbstverständlich müssten die ermittelten Daten allen Ebenen wieder zur Verfügung gestellt werden – bestenfalls über ein georeferenziertes System. Eine durch das Land

bereitgestellte Software zur Datenintegration und Darstellung einer Landeslage bringt Transparenz in die Katastrophenvorsorge und ermöglicht ein gebietsübergreifendes Lagebild.

Die oben genannten Entwicklungsmöglichkeiten sind jedoch erst dann umsetzbar, wenn es entsprechende Fachstellen zum Risikomanagement auf der Ebene des Landes und der Unteren Katastrophenschutzbehörden gibt. Das bisherige System des Bevölkerungsschutzes ist zu sehr auf die Reaktion und nicht auf die Prävention ausgerichtet. Erst eine landesweite Beschäftigung mit den Risiken wird eine vorausschauende Planung ermöglichen. Heute müssen wir uns noch die Frage stellen: Wo ist der Risikomanager des Landes und wo sind die Risikomanager der Unteren Katastrophenschutzbehörden?

Auf Bundes-, Landes- und kommunalen Ebenen müssen Risikoanalysen zur Grundlage von Präventions- und Planungszyklen im Katastrophenschutz werden.

Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz 2.0

Barbara Kowalzik und Frank Hähn

Identifizierten Handlungsbedarf jetzt umsetzen!

Mit der Auflösung des Warschauer Paktes wurde der Kalte Krieg Anfang der 90er-Jahre beendet. Die Gefahr einer großangelegten und existenzbedrohenden kriegerischen Aggression gegen Deutschland und damit auch die Notwendigkeit für eine umfangreiche Vorhaltung im Zivilschutz wurden fortan nicht mehr gesehen.¹



Foto: Markus Winkler / CC0 Public Domain / pixabay.com

Das damalige Bundesamt für Zivilschutz wurde aufgelöst und zahlreiche während des Kalten Krieges intensiv betriebene Maßnahmen, auch im Bereich Gesundheit, wurden zurückgefahren, da sie offenbar ihre Bedeutung verloren hatten, wie zum Beispiel:

- Förderung der Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
- Rd. 220 Hilfskrankenhäuser mit etwa 82.000 Betten
- Bevorratung von Sanitätsmaterial für 250.000 Patienten
- 220-stündige Schwesternhelferinnen-Ausbildung

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde schlagartig deutlich, dass neue ernstzunehmende Bedrohungen entstanden waren. Im Zuge dieser neuen Bedrohungslage wurde 2002 die *Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland* durch die Bundesregierung veröffentlicht. 2004 wurde das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gegründet. Der Zivilschutz wurde in den Folgejahren allerdings finanziell nicht ausreichend gefördert, sodass eine adäquate Vorbereitung auf Schadensereignisse in der Größenordnung eines Bündnis- oder Verteidigungsfalles ausblieb.

Die politische Weltlage verschärfte sich in den Folgejahren weiter und kriegerische Ereignisse rückten näher an Europa heran. 2016 veröffentlichte die Bundesregierung die *Konzeption Zivile Verteidigung (KZV)* als Ergänzung zum

Weißbuch der Bundeswehr. Ein Krieg, zumindest an Europas Außengrenzen, schien nicht mehr ausgeschlossen, wobei der Gedanke daran noch nicht in der Bevölkerung angekommen war. Die Medien reagierten teilweise belustigt auf die während der KZV-Pressekonferenz ausgegebenen Broschüren „Für den Notfall vorgesorgt“ des BBK und warfen der Bundesregierung vor, zu Hamsterkäufen aufzurufen.

Erst die COVID-19-Pandemie ab 2020 und die Flutkatastrophe im Juli 2021 rückten den Bevölkerungsschutz und damit auch das BBK in den Blick der Öffentlichkeit. So gab es zu Beginn der Pandemie nicht nur Lieferengpässe bei der dringend benötigten persönlichen Schutzausrüstung (PSA), sondern auch im Einzelhandel, weil dort tatsächlich gehamstert wurde. Die Versäumnisse des Staates bzw. der Gesellschaft im Bereich der Katastrophenvorsorge in den Vorjahren wurden deutlich.

Im Rahmen der Umsetzung der KZV wurden für den Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz im Themenbereich *Massenanfall von Verletzten oder Erkrankten in der Zivilen Verteidigung (MANV-ZV)*, dem mit dem Zivilschutzfall eine dynamische Lage über mehrere Monate zugrunde liegt, bereits 2019 durch eine Arbeitsgruppe Handlungsbedarfe definiert, zum Beispiel:

- Ressourcen: Für die Bewältigung eines MANV sind ausreichend personelle, materielle und auch räumliche Ressourcen einzuplanen.
- Vorbereitung auf KRITIS-Ausfälle: Für den Ausfall der Kritischen Infrastrukturen im Sektor Gesundheit durch Teil- oder Kompletterstörung von Behandlungseinrichtungen müssen Lösungen entwickelt werden, die eine Weiterführung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ermöglichen (z. B. temporäre Behandlungseinrichtungen).
- Erhöhter Transportbedarf: In einer dynamischen Schadenslage wird mit einem erhöhten Transportbedarf für Patienten aus dem Schadensgebiet in nicht oder weniger betroffene Gebiete gerechnet.
- Sicherheit: Die Sicherheit insbesondere von Menschen, aber auch von Kritischen Infrastrukturen, muss in einer Krise beachtet werden.

Die dynamische Schadenslage Pandemie seit 2020 und die Überflutungen an Ahr und Erft im Juli 2021 machen

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/13/049/1304980.pdf> (Entwurf ZSNeuOG)

deutlich, dass die Arbeitsgruppe MANV-ZV mit ihren vorstehenden Überlegungen richtig lag. Was nämlich passierte in den jeweiligen Lagen?

geänderte Gefahrenlage und das oben beschriebene Zurückfahren des Zivilschutzes nach dem Ende des Kalten Krieges dar. Es scheint so, als käme vieles von dem, was es damals

Im Rahmen der KZV definierter Handlungsbedarf MANV-ZV	COVID-19-Pandemie	Flutkatastrophe 2021
Ressourcenmangel Personal	Nach Zurückfahren der elektiven Versorgung Personalverschiebung zu Covid-19-Stationen Zivil-militärische Zusammenarbeit: personelle Unterstützung durch die Bundeswehr Rückgriff auf noch nicht (Studentinnen und Studenten) bzw. nicht mehr (Rentnerinnen und Rentner) im Berufsleben stehendes medizinisches Fachpersonal	Medizinisches Fachpersonal ist teilweise von Ereignis selbst betroffen und steht damit nicht für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung
Ressourcenmangel Material	Engpässe bei PSA und Desinfektionsmitteln	Versorgung mit Sanitätsmaterial aufgrund zerstörter Infrastrukturen (z. B. Apotheken) schwierig
Ressourcenmangel Räume	Umwidmung einzelner Krankenhausstationen zu Covid-19-Stationen Ausplanung temporärer Behandlungseinrichtungen (z. B. Berlin Meschalle)	Krankenhäuser, Arztpraxen und Apotheken nicht nutzbar, teil- bzw. komplett zerstört
KRITIS-Ausfälle		Ausfall von Strom-, Gas-, Wasserversorgung sowie von Verkehr erschwert bzw. verhindert Betrieb von Gesundheitseinrichtungen
Erhöhter Transportbedarf	Kleeblatt-Konzept ² : bei Bedarf länderübergreifende oder deutschlandweite Umverteilung insbesondere von intensivpflichtigen Patienten	Längere Transportwege in Behandlungseinrichtungen aufgrund zerstörter Infrastrukturen (z. B. Verkehrswege, Arztpraxen)
Sicherheit	Sicherung Impfstofftransporte durch Bundespolizei Security in Supermärkten und Impfzentren Demonstrationen gegen Covid-Maßnahmen	z. T. Plünderungen in Krankenhäusern

Es zeigte sich, dass die durch das BBK im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz gemeinsam mit medizinischen Fachexpertinnen und -experten angestellten Überlegungen und eingeleiteten Planungen, die ihren originären Anwendungsbereich in der Zivilen Verteidigung haben, durchaus geeignet sind, auch in friedensmäßigen Lagen eingesetzt zu werden. Denn sowohl eine pandemische Lage als auch eine Überflutungssituation können zu einem MANV mit Verletzten oder Erkrankten führen, durch den das ohnehin stark belastete Gesundheitssystem überfordert wird. Der identifizierte Handlungsbedarf muss nun dazu führen, dass Handlungsempfehlungen entwickelt und im weiteren Verlauf umgesetzt werden.

Die im Frühjahr 2021 eingeleitete Neuausrichtung des BBK³ stellt insofern die lange überfällige Reaktion auf die

gab, wieder. Allerdings zeitgemäß aktualisiert, an aktuelle Bedrohungslagen angepasst und ein großes Spektrum von Einsatzszenarien abdeckend.

Das sind unsere Ziele im Bereich der Gesundheitsversorgung im Zivilschutz:

- Vorhaltung personeller Ressourcen: z. B. durch Förderung der Ausbildung von Pflegehilfskräften und stärkere Unterstützung der Ausbildung in Erster Hilfe gem. § 24 ZSKG
- Vorhaltung materieller Ressourcen:
 - › Ausweitung der Sanitätsmaterialbevorratung nach § 23 ZSKG durch Bevorratung einsatzbereiter Sanitätsmaterialpakete (sowohl konventionell als auch CBRN) an Krankenhäusern und in Sanitätsmateriallagern
 - › Unterstützung des Aufbaus einer „Nationalen Reserve Gesundheitsschutz“ (NRGS) im Auftrag des BMG (s. S. 24)
- Vorhaltung räumlicher Ressourcen: Unterstützung der klinischen Patientenversorgung durch noch zu definierende temporäre Behandlungseinrichtungen
- Vorbereitung auf KRITIS-Ausfälle: Ausbau und Weiterentwicklung im Bereich Krankenhausalarm- und -einsatzplanung
- Erhöhung der Transportkapazität: Stärkung der präklinischen Versorgung durch weiteren Ausbau der Medizinischen Task Forces

Die Realisierung dieser Vorhaben setzt ausreichende Finanzmittel voraus. Das war auch ein in der Arbeitsgruppe MANV ZV definierter Handlungsbedarf: Sicherstellung der Finanzierung! Die Neuausrichtung des BBK mit der damit einhergehenden angekündigten verbesserten finanziellen und personellen Ausstattung des BBK ist der Schritt in die richtige Richtung.

2 https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/COVRIIN_Dok/Kleeblattkonzept.html

3 https://www.bbk.bund.de/DE/Das-BBK/Neuausrichtung-BBK/neuausrichtung-bbk_node.html

Dr. Barbara Kowalzik ist Leiterin des Referates *Schutz der Gesundheit* im BBK.

Frank Hähn ist Referent im Referat *Schutz der Gesundheit* im BBK.

Die Nationale Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) – widerstandsfähig gegen Krisen

Ursula Steffens und Danica Gauchel-Petrovic

Als im Frühjahr 2020 die erste Corona-Pandemiewelle Deutschland erreichte, fehlte allerorts medizinisches Material: Insbesondere persönliche Schutzausrüstung, aber auch Desinfektionsmittel, Beatmungsgeräte und einige Medikamente waren Mangelware zum Schutz vor SARS-CoV-2 bzw. zur Behandlung von COVID-19. Vor allem Beschäftigte im Gesundheitswesen und vulnerable Bevölkerungsgruppen waren davon betroffen. [1][2][3]

Neben der sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach einzelnen Produkten führte uns insbesondere der fehlende Nachschub der fast ausschließlich im Ausland produzierten medizinischen Verbrauchsgüter die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Lieferketten (zumeist aus Südostasien) und die Verwundbarkeit des deutschen Gesundheitssystems eindrücklich vor Augen.



Die NRGS dient dabei als letzte Reserve, wenn alle anderen Möglichkeiten auf kommunaler bzw. Landesebene, wie die Bevorratung durch Krankenhäuser und Apotheken bzw. die Bevorratungen für Großschadenslagen im Rahmen des Katastrophenschutzes, ausgeschöpft sind.
(Foto: BBK)

Um künftig besser auf Gesundheitskrisen nationaler Bedeutung vorbereitet zu sein, hat das Bundeskabinett am 3. Juni 2020 beschlossen, eine *Nationale Reserve Gesundheitsschutz* (NRGS) aufzubauen und federführend das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zusammen mit dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI), dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVG) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWI) damit beauftragt, ein ressortübergreifendes Konzept

zur Umsetzung dieses Vorhabens zu erstellen. [4] Der Aufbau der NRGS wurde in zwei weiteren Beschlüssen im November 2020 und im Juli dieses Jahres weiter konkretisiert. [5][6] Wie darin beschrieben, unterstützen auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) als nachgeordneten Behörden des BMI das BMG beim Aufbau der NRGS. So bringt das THW seine Fachkompetenz im Logistikbereich ein, während das BBK künftig die Geschäftsstelle übernimmt und bei operativen Aufgaben, wie beispielsweise der Bedarfsermittlung oder dem Management der NRGS aufgrund seiner Expertise im Bereich Sanitätsmaterialbevorratung für den Zivilschutz, unterstützend tätig ist.

Ziel der NRGS ist es, die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sowie der Schutz besonders gefährdeter Personengruppen in der Bevölkerung mit notwendigen medizinischen Verbrauchsgütern (bspw. Persönliche Schutzausrüstung*) für insgesamt 6 Monate sicherzustellen. Die NRGS dient dabei als letzte Reserve, wenn alle anderen Möglichkeiten auf kommunaler bzw. Landesebene, wie die Bevorratung durch Krankenhäuser und Apotheken bzw. die Bevorratungen für Großschadenslagen im Rahmen des Katastrophenschutzes, ausgeschöpft sind. Zudem soll die NRGS im Rahmen der internationalen humanitären Hilfe von Deutschland einsetzbar sein. [4][5][6]

Die Nationale Reserve Gesundheitsschutz soll dabei in drei Phasen aufgebaut werden: [4][5][6]

- Phase 1:
In einem ersten Schritt soll die NRGS mit dem Bestand an Schutzausrüstung und weiteren beschafften Gütern, bspw. Medizinprodukten wie Beatmungsgeräten, befüllt werden, der in den vergangenen Monaten bereits beschafft wurde und nicht für die aktuelle Versorgung benötigt wird.
- Phase 2:
Mittelfristig soll die Nationale Reserve zusätzlich mit Schutzausrüstung und weiteren relevanten Verbrauchs-

* Ausrüstung, die von einer Person als Schutz gegen Risiken für ihre Gesundheit oder ihre Sicherheit getragen oder gehalten wird.
(Quelle BBK Glossar)

Literatur

[1] Tagesschau vom 30.03.2020: Maskenmangel in deutschen Arztpraxen. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/masken-arztpraxen-101.html> (letzter Aufruf 13.10.2021).

[2] Spiegel vom 20.03.2020: Liefert irgendwas. <https://www.spiegel.de/gesundheit/corona-krise-in-deutschland-mangel-an-masken-und-kitteln-liefert-irgendwas-a-ff2ded09-b53f-43e3-8f58-09624113b448> (letzter Aufruf 13.10.2021).

[3] Marburger Bund vom 01.04.2020: Corona-Krise: Engpass bei Medikamenten und Desinfektionsmitteln in Kliniken. <https://www.marburger-bund.de/baden-wuerttemberg/pressemitteilung/corona-krise-engpass-bei-medikamenten-und-desinfektionsmittel> (letzter Aufruf 13.10.2021).

[4] Bundesministerium für Gesundheit, 06.06.2020: 4. Bericht über den Stand der Beschaffung von Persönlicher Schutzausstattung (PSA) und intensivmedizinischer Ausstattung. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Beschaffungstab/4_Bericht_Beschaffungstab_050620.pdf (letzter Aufruf 13.10.2021).

[5] Bundesministerium für Gesundheit: Gespräch mit der Bundeskanzlerin im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie am Montag, 30. November 2020. <https://www.csu-vaterstetten.de/assets/uploads/pdf/nationale-gesundheitsreserve.pdf> (letzter Aufruf 13.10.2021).

[6] Bundesministerium für Gesundheit, 21.07.2021: Resilient gegen Krisen. Entwicklungs- und Implementierungsprozess der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS) – erster Schritt einer umfassenden Vorsorgestrategie im Bevölkerungsschutz. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/N/NRGS_Kabinett.pdf (letzter Aufruf 13.10.2021).

[7] Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte: Lieferengpässe für Humanarzneimittel. FAQ Was ist der Unterschied zwischen einem Liefer- und einem Versorgungsengpass? https://www.bfarm.de/DE/Arzneimittel/Arzneimittelinformationen/Lieferengpaesse/_node.html (letzter Aufruf 13.10.2021).

[8] North Atlantic Treaty Organization: Der Nordatlantikvertrag, Washington DC, 4. April 1949, Artikel 5. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de (letzter Aufruf 13.10.2021).

[9] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Host Nation Support (HNS) in Deutschland. https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Krisenmanagement/Zivil-Militaerische-Zusammenarbeit/national/host-nation-support/host-nation-support_node.html (letzter Aufruf 13.10.2021).

gütern (Arzneimittel, Medizinprodukte), vorzugsweise aus inländischer Produktion, befüllt werden.

- Phase 3:
In Phase 3 soll die NRGS in den Dauerbetrieb übergehen. Dabei soll der Bedarf langfristig (insgesamt 6 Monate) weitestgehend durch inländische Produktionskapazitäten abgedeckt werden. Lediglich der Bedarf des ersten Monats soll durch eine physische Bevorratung abgesichert werden.



Erste Ideen des BBK zu den Ebenen der NRGS: Das Dach der NRGS wird getragen von einer zentralen Datenerfassung und Koordination. Perspektivisch könnte die Datenbank der NRGS nicht nur die Ressourcen des Bundes, sondern auch die Vorhaltungen der anderen Verwaltungsebenen erfassen. (Quelle: BBK)

Die Bedarfe, also was in welcher Menge bevorratet werden soll, werden derzeit auf Grundlage folgender Referenzszenarien ermittelt, die ressortübergreifend anhand einer Risikoanalyse festgelegt wurden [6]:

- Szenario 1:
Eine weitere, künftige Pandemie, ähnlich der derzeitigen Lage.

- Szenario 2:
Der sogenannte Bündnisfall. Für diesen Fall hat sich Deutschland zum Beispiel im Rahmen der NATO verpflichtet, den Bündnispartnern zur Seite zu stehen. Dies könnte auch die medizinische Versorgung einer Vielzahl von Verletzten umfassen. [8][9]
- Szenario 3:
Lieferengpässe, z. B. durch fehlende Lieferungen von Medikamenten oder durch eine kurzfristig gestiegene Nachfrage. [8]

Um einen Gesamtüberblick über die aktuelle Bevorratungssituation in Deutschland gewinnen zu können, wäre aus Sicht des BBK eine Datenbank vorstellbar, in der neben den Bevorratungen des Bundes optional und wahlweise auch die Bevorratungen auf kommunaler und Landesebene mit hinterlegt werden könnten. Überlegungen hierzu sind momentan noch in der Anfangsphase.

Auch nach Beginn des regulären Betriebes ist die Nationale Reserve Gesundheitsschutz kein statisches Konstrukt, sondern bedarf einer regelmäßigen Überprüfung und kontinuierlichen Anpassung sowohl an eventuelle neue Risiken als auch an den aktuellen Stand von Medizin, Wissenschaft und Technik. Zukünftig wird die NRGS ein wichtiger Baustein im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz sein und dazu beitragen, Deutschland besser auf Krisenlagen vorzubereiten.

Dr. Ursula Steffens und Danica Gauchel-Petrovic sind Mitarbeiterinnen im Referat *Schutz der Gesundheit* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Aufbau einer Betreuungsreserve des Bundes für den Zivilschutz

Das Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ – modular, weitgehend autark, kurzfristig einsatzbereit

Bianca Rieken, Paul Jacobi, Maximilian Erke, Dennis Carlini, Eric Domche und Frank Drescher

Erkenntnisse aus der Hochwasserlage für das Mobile Betreuungsmodul 5.000 (MBM 5.000)

Der Beitrag stellt das Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ vor und zeigt auf, welche Erkenntnisse aus dem Einsatz bereits beschaffter Ausstattung in der Hochwasserlage in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz für den Aufbau der Betreuungsreserve des Bundes von hoher Relevanz sind.

sprechende Einsatz- und Personalkonzepte sowie Rahmenstandards entwickelt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Planung und Entwicklung der weiteren Betreuungsmodule ein. Zusammen bilden sie die Betreuungsreserve des Bundes für den Zivilschutz.

Das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) koordinierte Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ wird von 2020 bis Ende 2024 federführend durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gemeinsam mit den anerkannten deutschen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) durchgeführt.

Einsatz mehrerer Komponenten in der Hochwasserlage

Mehrere Komponenten der aktuell im Aufbau befindlichen Betreuungsreserve des Bundes für den Zivilschutz sind im Juli 2021 in den Hochwassergebieten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in den Einsatz gekommen. Sie stärken die Verpflegungs- und Versorgungskapazitäten in den Schadensgebieten und unterstützen Verladungs- und Transportprozesse. So konnte die bereits beschaffte Ausstattung aus dem Bestand des Pilotprojekts „Labor Betreuung 5.000“ ihre Eignung im realen Einsatz unter Beweis stellen.

Herausforderung zerstörte Infrastruktur – Anforderungen an die Ausstattung im MBM 5.000

Die durch die Flutkatastrophe großflächig zerstörte Infrastruktur wäre so auch im Verteidigungsfall zu erwarten. Die für das Mobile Betreuungsmodul (MBM 5.000) von Anfang an mitgedachte und eingeplante weitgehende Autarkie ist deswegen unverzichtbar.

Das Betreuungsmodul ist als Pufferkapazität bei zerstörter Infrastruktur in der Lage, die Überlebenssicherung zunächst durch einen weitgehend autarken Betrieb (z. B. Stromerzeugung, Trinkwasseraufbereitung, Abwasserentsorgung) zu gewährleisten. Ein Anschluss an lokale Infrastruk-



Ersatzstromerzeuger (ESE 300) mit einer Leistung von 300 kVA. Diese wurden während der Flutkatastrophe zur dezentralen Versorgung der Bevölkerung eingesetzt. (Foto: Machinia/BBK)

Im Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ wird ein Mobiles Betreuungsmodul (MBM 5.000) aufgebaut, in dem bei Bedarf bis zu 5.000 Menschen kurzfristig, gleichzeitig und weitgehend autark für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr untergebracht und betreut werden können. Es ist ange-dacht, in den nächsten Jahren bis zu zehn solcher Betreuungsmodule aufzubauen. Um im Ernstfall schnell einsatzbereit zu sein, wird benötigtes Material beschafft und vorgehalten. Im Pilotprojekt wird dieses Material erprobt, ent-

turen wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt angestrebt, da eine Autarkie gerade bei Betriebsstoffen oder auch Lebensmitteln auf längere Dauer praktisch nicht möglich ist.

Sowohl bei der Versorgung mit Trinkwasser als auch bei der Stromerzeugung kam es in den Flutgebieten zu Engpässen. Insbesondere die Ersatzstromerzeuger (ESE 300) mit einer Leistung von 300 kVA aus dem Bestand des „Labor Betreuung 5.000“ wurden vielerorts dringend benötigt und sind seit nunmehr mehreren Monaten im Dauereinsatz. Mithilfe dieser großen Netzersatzanlagen konnte die Stromversorgung an mehreren Standorten in Form eines Notbetriebes wiederhergestellt werden.

Auch die Beschaffung von multifunktionalen, infrastrukturunabhängigen Einsatzmitteln ist zwingend erforderlich, um bei zerstörter Infrastruktur rasch autark, modular und lageangepasst reagieren zu können. Dies zeigt sich unter anderem an dem vielfältigen Einsatz der insgesamt 32 Mehrzweckraumzellen (MRZ) in den Schadensgebieten. Dabei handelt es sich um flexibel einsetzbare Container mit Standard ISO-Abmessungen (20 Fuß), aber modularer Spezialausstattung. Die Raumzellen sind klimatisiert und damit besonders geeignet für den Einsatz bei Lagen mit hohen thermischen Belastungen (sowohl hohe als auch sehr niedrige Außentemperaturen). Einige MRZ dienen im Landkreis Ahrweiler als Ersatz für zerstörte bzw. beschädigte Rettungswachen und sichern damit den Zugang zu medizinischer Notfallversorgung für die Menschen vor Ort. Weitere Mehrzweckraumzellen dienen als Büro- und Laborcontainer für die temporäre Kläranlage in Mayschoss. Wieder andere werden an verschiedenen Standorten in Bad Neuenahr-Ahrweiler als Bürocontainer oder als Informationspunkte für die betroffene Bevölkerung eingesetzt.

Trotz der Bemühungen zur zeitigen Wiederherstellung der Infrastruktur in den Hochwassergebieten blieben viele Orte lange nur schwer erreichbar. Durch den Einsatz von geländefähigen und teilweise auch geländegängigen Fahrzeugen konnte auch an entlegenen und schwierig zu erreichenden Orten Hilfe geleistet werden. Auch entsprechende Fahrzeuge aus dem MBM 5.000 waren zur Verteilung von Hilfsgütern, Diesel und Trinkwasser im Dauereinsatz. Der geländegängige Teleskopstapler mit Allradantrieb zum Versetzen und Stapeln von Containern im Feld erwies sich als besonders wertvoll.

Die Verpflegung von Betroffenen und Hilfskräften gleichermaßen ist eine Kernaufgabe der Betreuung. In Mendig ist z. B. ein 1.000 m²-Großzelt des MBM 5.000 im Einsatz, das als Versorgungs- und Verpflegungszentrum aufgebaut, eingerichtet und für den Betrieb übergeben wurde. Zusätzlich wurden 250 Bank-Tisch-Kombinationen zur Verfügung gestellt und das Zelt mit Beleuchtung und Heizung ausgestattet. Die Hochwasserlage zeigt, dass die adäquate Versorgung mit Nahrungsmitteln für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Betroffenen unabdingbar ist. Auch die Beschaffung von Komponenten der zentralisierten Ernährungsversorgung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. So sind in den Konzepten zum Mobilem Betreuungsmodul auch Versorgungsstellen zur Vor- und Zubereitung einer großen Anzahl von Gerichten auf kleinem Raum vorgesehen.

Außerdem wird eine temporäre Kläranlage im Kreis Ahrweiler eingesetzt. Die errichtete Anlage wurde vom DRK ursprünglich in Koordination mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften für einen Einsatz im Ausland konzipiert. Der erstmalige Einsatz in Deutschland kann wichtige Erkenntnisse für die Planungen zum Abwasserkonzept im Mobilem Betreuungsmodul (MBM 5.000) liefern.

Modularität und Skalierbarkeit für eine schnelle Lageanpassung

Durch die Zerstörung von Kläranlagen, Stromnetzen und Gasleitungen war im Hochwassergebiet die Infrastruktur auch in vielen Gebäuden gestört, welche zunächst nicht äußerlich betroffen waren. Eine anderweitige Unterbringung dieser nur indirekt betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner konnte aber dadurch vermieden werden, dass sich die zerstörte Infrastruktur durch den Einsatz entsprechender Geräte ersetzen ließ. So konnte im vorliegenden Fall die Evakuierung von vielen betroffenen Personen, u. a. auch in einem Pflegeheim in Leverkusen, vermieden werden, die dank des Einsatzes von Ersatzstromerzeugern (ESE 300) auch weiter in ihrer gewohnten Unterkunft und Umgebung verbleiben konnten.



Aufbau Verpflegungszelt in Mendig.
(Foto: Machinia / BBK)

Die modulare Bauweise des MBM 5.000 soll es erlauben, schnell, flexibel, und lageangepasst Unterkünfte und Betreuung für Menschen in Not bereitzustellen. So kann das Betreuungsmodul im Endausbau entweder als eigenständige, weitgehend autonome Betreuungseinrichtung für bis zu 5.000 Personen aufgebaut und betrieben werden, oder aber bestehende Einrichtungen in Teilbereichen unterstützen, wie dies aktuell bei der Bewältigung der Hochwasserlage insbesondere mithilfe der Ersatzstromerzeuger oder Mehrzweckraumzellen geschieht. Das gilt ebenso für die

im MBM 5.000 geplanten Mobilien Medizinischen Versorgungseinrichtungen (MMVe). Diese speziell für die ärztliche Versorgung ausgestatteten Sattelaufleger können zerstörte Arztpraxen ersetzen und so Ärztinnen und Ärzten vor Ort die Möglichkeit geben, ihre Patientinnen und Patienten weiter zu versorgen. In den Hochwassergebieten war die Nachfrage zur Sicherstellung der ärztlichen Basisversorgung aufgrund der vielen zerstörten Arztpraxen und Gerätschaften sehr groß. Durch den Aufbau der MMVe konnte eine Überlastung der verbliebenen noch intakten medizinischen Versorgung vor Ort vermieden werden. Dies spiegelt die Notwendigkeit der für das Mobile Betreuungsmodul (MBM 5.000) vorgesehenen MMVe wider.



Teleskopstapler mit Allradantrieb zum Verahren, Versetzen und Stapeln von Containern und anderen Materialien im Feld.
(Foto: Erdt / DRK)

Das geplante Betreuungsmodul besitzt zehn Kernfähigkeiten, welche individuell miteinander, sowie mit vorhandenen Kapazitäten, kombiniert werden können:

1. Logistik
2. Führung & Management
3. Schutz & Sicherheit
4. IT & Kommunikation
5. Energieversorgung
6. Unterkunft
7. Versorgung
8. Medizin & Pflege
9. WASH (Trinkwasser, Abwasser, Hygieneaufklärung & Abfallentsorgung)
10. Soziale Betreuung

Es ist möglich, diese Kernfähigkeiten – je nach Einsatzanforderung – auch einzeln oder in Kombination zu nutzen. Der Einsatz in der Hochwasserlage hat den hohen Nutzen der modularen Herangehensweise bestätigt. Dieser Ansatz muss im Projekt weiterhin konsequent verfolgt werden. So kann im Krisenfall situationsbedingt auf die vorhandene Infrastruktur zurückgegriffen werden und bei deren Wiederherstellung sukzessive eine Anbindung erfolgen.

Zentrale Vorhaltung und Transportfahrzeuge für eine schnelle Mobilisierung bei Bedarf

Das benötigte Material zur Versorgung und Betreuung der Betroffenen sowie zum provisorischen Wiederherstellen zerstörter Infrastruktur wurde aus ganz Deutschland mobilisiert und ins Einsatzgebiet gebracht. Die dazu notwendigen logistischen Abläufe sind aufwendig. Zur besseren Koordination wurde in Koblenz ein Bereitstellungsräum als Logistikzentrum aufgebaut. Hieran zeigt sich der große Nutzen einer zentralen Vorhaltung. Er liegt in der schnellen Verfügbarkeit und der Vereinfachung der logistischen Abläufe. Durch die Vorhaltung der Engpassressourcen für ein vollständig ausgestattetes Mobiles Betreuungsmodul (MBM 5.000) an einem Ort, kann eine Mobilisierung sehr kurzfristig erfolgen und das benötigte Material so schnell an den jeweiligen Einsatzorten bereitgestellt werden.

Das Material und die Geräte aus dem Bestand des Pilotprojektes „Labor Betreuung 5.000“ konnten für die Bewältigung der Flutkatastrophe sehr kurzfristig mobilisiert werden. Durch den Einsatz der bereits beschafften Transport- und Spezialfahrzeuge – wie beispielsweise dem Allrad-Teleskopstapler, einem Mitnahmestapler, oder einer Sattelzugmaschine – wiesen die Hilfsgüter zudem fast keine Standzeiten auf und konnten ohne Zeitverzögerung in den Einsatzgebiete wirksam werden.

Um 5.000 Menschen unterzubringen, zu versorgen und zu betreuen, sind große Mengen an Material notwendig (ca. 5.000 Europaletten, 224 ISO-Container 20 Fuß und Sonderfahrzeuge). Für den Transport würden ca. 250 LKW-Fahrten benötigt. Anhand dieser Zahlen lässt sich gut erkennen, wie aufwendig die Logistik ist und wie gut diese entsprechend vorausgeplant werden muss.

Information, Kommunikation und Vermittlung von Sicherheit für Betroffene sowie (Spontan-) Helferinnen und Helfer

Neben der Erfüllung der lebenswichtigen Grundbedürfnisse nach Obdach, Wärme, Wasser und Verpflegung wurde in den Tagen und Wochen nach der Flutkatastrophe deutlich, dass auch das Bedürfnis nach Information und Kommunikation eine hohe Relevanz für die Betroffenen wie auch für die Helferinnen und Helfer hat. Durch die Bereitstellung von flexiblen WLAN-Strukturen in mehreren Ortschaften konnte eine stabile Internetverbindung eingerichtet werden, die eine gleichzeitige Nutzung des Internets für bis zu 1.500 Personen ermöglichte.

Die Bedürfnisse der Betroffenen gehen jedoch weit über die einfache Verfügbarkeit einer Internetverbindung hinaus. Für das MBM 5.000 heißt das, nochmal einen besonderen Fokus auf eben diese Betreuungsbedürfnisse zu legen. So müssen nicht nur Anlaufstellen für die Weitergabe von Informationen mitgedacht werden; es gilt auch Aufenthaltsräume und Betreuungsstrukturen wie Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) oder Kinderbetreuung miteinzuplanen. Sorgen und Ängste der Betroffenen müssen ernst

genommen und das persönliche Sicherheitsgefühl gestärkt werden. Die Verfügbarkeit von Informationen und die Möglichkeit zum Gespräch können dabei helfen.

Die Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung war während der Flutkatastrophe groß, so dass sehr viele Spontanhelfende in die Schadensgebiete kamen. Diese waren jedoch nicht auf solche Massen vorbereitet. Die schon geschwächte Verkehrsinfrastruktur wurde somit weiter strapaziert und das Durchkommen der Einsatzfahrzeuge und Einsatzkräfte behindert. Auch waren die Spontanhelfenden zum größten Teil weder materiell noch psychisch auf ihren Einsatz adäquat vorbereitet. Für die im Rahmen des Pilotprojektes „Labor Betreuung 5.000“ zu erstellenden Ausbildungskonzepte bedeutet dies, auch diese Spontanhelfenden in die Lagebewältigung einzuplanen und aktiv einzubinden.

Einheitliche Rahmenstandards

In der Hochwasserlage kamen verschiedene Einheiten aus unterschiedlichen Bundesländern, Hilfsorganisationen und Behörden zusammen und arbeiteten erfolgreich gemeinsam Hand in Hand.

Es ist Aufgabe des Pilotprojektes „Labor Betreuung 5.000“, die Zusammenarbeit für den Zivilschutz auf Bundesebene zu stärken und reibungslos zu gestalten. Die eingesetzten Kräfte sollten nach den gleichen Rahmenstandards arbeiten. Dies gilt maßgeblich für den Verteidigungsfall, für den die Betreuungsreserve des Bundes vorgesehen ist.

Im Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ wird an entsprechenden Ausbildungs- und Einsatzkonzepten gearbeitet. Es erscheint sinnvoll, künftig bundeseinheitliche Rahmenstandards für den Zivilschutz zu etablieren und die Interoperabilität des beschafften Materials im Mobilien Betreuungsmodul (MBM 5.000) sicherzustellen.

Fazit: Einsatztauglichkeit der bisherigen Ausstattung im „Labor Betreuung 5.000“ bestätigt

Der Einsatz der Ausstattung aus dem Bestand des Pilotprojektes „Labor Betreuung 5.000“ in der Hochwasserlage hat bestätigt, dass der Ansatz des Projektes mit dem Fokus auf weitgehende Autarkie, Modularität, Flexibilität und kurzfristige Mobilisierung richtig gewählt ist. Die bisher beschafften Gegenstände sind einsatztauglich und in der Lage, rasch verlässliche Infrastruktur und Knotenpunkte für Hilfe herzustellen. Die gewählte Technik zeigt sich bisher robust.

Die Planung des MBM 5.000 als Pufferkapazität zur Überbrückung der Versorgung bei Ressourcenmangel – auch durch Nutzung einzelner Module – erweist sich als sinnvoll. Bestehende Einrichtungen sowie die bestehende Infrastruktur können so kurzfristig unterstützt werden, bis eine längerfristige Lösung gefunden oder andere Maßnahmen ergriffen wurden. Im Rahmen des Hochwassereinsatzes hat sich gezeigt, dass eine gewisse Durchhaltefähigkeit und langfristige Einsatzfähigkeit notwendig sind, bis zerstörte

Infrastrukturen wiederaufgebaut sind. Für das zu beschaffende Material bedeutet dies, dass bei der Prüfung und Bewertung im Rahmen des Pilotprojektes der Fokus insbesondere auch auf Robustheit und Witterungsbeständigkeit gelegt werden muss.



Zwei Mehrzweckraumzellen (MRZ) aus dem Bestand des Pilotprojektes „Labor Betreuung 5.000“ im Einsatz für die temporäre Kläranlage in Mayschoss. (Foto: Benjamin Sertl / DRK)

Die Erfahrungen aus der aktuellen Einsatzlage fließen nun in die Beschaffungsplanungen für das MBM 5.000 und die Überarbeitung von Pflichtenheften im Sinne eines Verbesserungsprozesses ein. Im Pilotprojekt „Labor Betreuung 5.000“ werden bis zum Projektende im Dezember 2024 Bedarfe über alle Kernfähigkeiten hinweg genauestens analysiert. Die entsprechend benötigte Ausstattung wird geprüft und erprobt, um zu garantieren, dass mit dem Mobilien Betreuungsmodul bei Bedarf die Hilfe geleistet werden kann, die benötigt wird.

Weitere Informationen: Labor5000@bbk.bund.de

Bianca Rieken ist Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit im Projekt „Labor Betreuung 5.000“ im Referat *Sanitätsdienst* des BBK.
 Paul Jacobi ist Referent für Operatives Krisenmanagement beim DRK.
 Maximilian Erke ist Referent Bevölkerungsschutz beim ASB Deutschland e.V.
 Dennis Carlini ist Sektoraler Multiplikator Ausbildung und Vernetzung im Projekt „Labor Betreuung 5.000“ bei der DLRG.
 Eric Domche ist Referent IT, Kommunikation, Energie im Projekt „Labor Betreuung 5.000“ bei der JUH.
 Frank Drescher ist stv. Projektleiter MBM Labor 5.000, Malteser Hilfsdienst e.V.

Katastrophenhilfe für die Flutgebiete – Harte Anforderungen an Technik und Personal

Eine Einsatzbetrachtung mit Blick auf die Medizinische Task Force

Lessons identified – Die Flutereignisse bestätigen szenariorientiertes Denken für die ergänzende Ausstattung des Bundes und helfen intensive Lehren für Technik und Taktik zu ziehen.

Dominik Lorenz und Benedikt Walkenbach

Die Unwetterereignisse im Juli 2021, ausgelöst durch das Tief „Bernd“ mit tagelangen und intensiven Niederschlägen, teilweise mit mehr als 150-200 Liter Regen pro Quadratmeter in 24 Stunden, haben zu ausgeprägten Überflutungen in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geführt [1]. Die Wassermassen haben Flüsse über die Ufer treten lassen und besiedelte Gebiete flächig überflutet.



Großflächig zerstörte Infrastruktur nach der Flut im Ahrtal, Juli 2021.
(Foto: B. Walkenbach/BBK)

Rasch und mit schlagartiger Wucht wurden Häuser geflutet, zerstört oder weggerissen, Erdbeben wurden ausgelöst, Brücken abgebrochen und Straßen weggespült. Das, was gemeinhin als Infrastruktur bezeichnet wird, also all jene staatlichen und privaten Einrichtungen, die für eine ausreichende Daseinsvorsorge erforderlich sind, haben schweren Schaden genommen oder waren nicht mehr existent [2]. Mitten in dieser Naturgewalt, besonders in den ersten Stunden und Tagen, galt es aber, Menschen zu retten, akutmedi-

zinisch zu versorgen und schnellstmöglich aus dem Schadensgebiet zu bringen und Hilfe inmitten der Zerstörung zu leisten. Ziel der Einsatzkräfte war es, rasch behelfsmäßige Versorgungsstrukturen des Gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes zu etablieren, um Medizin und Betreuung, Verpflegung und Unterkunft, aber auch psychosoziale Notfallversorgung an die Orte größter Not zu bringen. Im weiteren Verlauf galt es dann, stabilere Strukturen wie mobile Arztpraxen, stabile sanitätsdienstliche Anlaufstellen oder Behelfsapotheken zu schaffen und eine Basisinfrastruktur, bspw. in Form von Notstromversorgung für die Bevölkerung, Trinkwasserausgabestellen oder mobilem Internet (wieder-) aufzubauen.

Zerstörung der Infrastruktur – Herausforderung für Einsatzmittel

Hilfe und Güter mussten per Fahrzeug, Hubschrauber oder Boot in abgeschnittene Ortschaften gebracht werden. Großflächige Zerstörung von Infrastruktur bedeutete in diesem Fall Unterspülung und Einsturz bzw. Absinken von Straßen und Autobahnen oder die teilweise bzw. komplette Zerstörung von Brücken. Allein im Ahrtal waren etwa 60 Brücken betroffen, darunter 24 Straßenbrücken direkt über die Ahr. Von Letzteren wurden circa 40% so zerstört, dass sie für eine weitere Nutzung ausfielen [3]. Auch nach unmittelbarem Rückgang des Wassers waren zahlreiche Straßen von Schlamm, Trümmern, Autos oder sonstigem Treibgut blockiert. Hier musste zunächst eine Räumung oder gar Instandsetzung mit schwerem Gerät erfolgen. Manche Orte waren hingegen auch für mehrere Tage nur auf Umwegen über enge Wald- und Feldwege erreichbar. Dies stellte besondere Herausforderungen an die Fahrzeuge dar, die rasche gesundheitliche oder technische Hilfe vor Ort bringen wollten. Häufig waren Einsatzfahrzeuge mit einfachem Straßengestell nicht in der Lage ihren Einsatzauftrag zu erfüllen.

Manche Areale waren selbst mit hochgeländegängigen Einsatzfahrzeugen nicht befahrbar. Fahrzeuge haben sich festgefahren, konnten ihre Aufgabe nicht wahrnehmen oder kamen gar nicht in die Nähe ihres eigentlichen Einsatzortes. Hier konnte entweder die Hilfe aus der Luft nützlich sein oder der Einsatz spezieller Panzer oder Fahrzeuge aus dem Pool der Bundeswehr war notwendig [4].

Strategische Überlegungen für Einsatzfahrzeuge des Bundes

Fahrzeuge des Bundes für die ergänzende Ausstattung müssen in komplexen Lagen einsatz- und aktionsfähig sein. Insbesondere Einheiten wie die Medizinische Task Force (MTF), die speziell für die Schutz- und Versorgungsstufe IV konzipiert wurden, in der eine Zerstörung der Infrastruktur angenommen werden muss, sind technisch und taktisch darauf auszulegen in widrigem Gelände oder auf (teil)zerstörten Wegen einsatzfähig zu sein. Denn auch im Verteidigungsfall kann bedingt durch kriegerische Aktivitäten eine im konsekutiven Schadensausmaß vergleichbare Situation wie in den Flutgebieten auftreten. Außerdem kann auch im Zivilschutz jederzeit mit einem sich parallel ereignenden derart katastrophalen Naturereignis zu rechnen sein. Dies bedeutet, dass analog zur Flut 2021 teilweise zerstörte Straßen, von tagelangem Regen aufgeweichte Zufahrten zu Einsatzstellen und Behandlungsplätzen, aber auch andere Wetterextreme wie starke Schneefälle oder Glätte den Einsatz erschweren können. Unwegsames Gelände kann sich dabei nicht nur in Form von Feld oder Wiesengrund, sondern auch als Schotter von Feldwegen, schlammigem Untergrund nasser Waldwege mit Gehölz oder Grobstein oder auch als Sand am Rand von Binnengewässern oder dem Strand darstellen [5]. All diese Untergründe können sich je nach Witterung rasch verändern. Wo der Hinweg vielleicht noch einfach zu befahren war, kann der Rückweg ohne eine gewisse Geländefähigkeit des Fahrzeuges vielleicht schon unmöglich sein. Dies kann im schlimmsten Fall auch dazu führen, dass einzelne Einsatzfahrzeuge oder ganze Verbände von sicheren Gebieten abgeschnitten werden. Einsatzfahrzeuge ohne Allradantrieb und die notwendige Geländefähigkeit (Bodenfreiheit, Rampen- und Böschungswinkel usw.) stoßen schon bei eigentlich harmlos anmutenden Fahrsituationen, wie bspw. dem Befahren einer leicht ansteigenden feuchten Wiese oder eines ausgefahrenen Waldweges, an ihre Grenzen.

Strategisch bedeutet dies, dass der bereits eingeschlagene Weg, Fahrzeuge des Bundes orientiert an den zuvor beschriebenen Szenarien nur noch mit Allradantrieb und einer geländefähigen Ausstattung auszuliefern, weiter zu verfolgen bzw. zu intensivieren ist. Dies bedeutet aber auch, die Flotte zunächst in Härtetests zu erproben und auf ihre Tauglichkeit für verschiedenen Geländesituationen zu prüfen, bevor Beschaffungsmaßnahmen eingeleitet werden. Ziel ist es, bestmögliche Produkte für komplexe Einsätze zu liefern. Die bestmögliche Ausstattung benötigt aber immer auch eine fachgerechte Bedienung. Daher sind auch konzeptio-

nelle Gedanken zu Anforderungsprofilen, ebenso wie an Teaching- und Trainingsprogramme notwendig. Das auf Bundesfahrzeugen als Fahrer oder FahrerIn eingesetzte Personal muss „fit“ gemacht werden für den anspruchsvollen Einsatz unter widrigen Bedingungen im Bevölkerungsschutz.

Was bedeutet Geländefähigkeit?

Geländefähige Fahrzeuge sind mit Allradantrieb sowie mit Winkeln und Bodenfreiheit mindestens gem. DIN EN 1846 Kategorie 2 („Geländefähig“) ausgestattet. Um kleinere Wasserstellen durchfahren zu können, sind die Fahrzeuge der MTF zusätzlich auf eine Wadfähigkeit von 0,4 – 0,5 m auszulegen. Darüber hinaus sind, um die Bergung im Gelände zu erleichtern, an Front und Heck robuste Bergeösen anzubringen. Sinnvoll ist auch, alle Fahrzeuge mit All-Terrain-Bereifung auszustatten. Insbesondere im letztgenannten Punkt zeigt sich jedoch, dass die Ausstattung der gängigen Transporterfahrzeuge, die bspw. Basis für Krankentransportwagen Typ B und Mannschaftstransportwagen sind, mit solchen Reifen aufgrund strenger Ausbaurichtlinien der Fahrzeughersteller nicht immer ohne Weiteres umsetzbar ist.



Musterfahrzeug für den Mannschaftstransportwagen Behandlung der Medizinischen Task Force bei einer Geländeerprobung. (Foto: G. Gullotta / BBK)

Die Hochwasserlage und auch die Erprobungen des BBK haben gezeigt, dass eine Ausstattung einzelner Einsatzfahrzeuge gem. DIN EN 1846 Kategorie 2 nicht in allen Fällen genügt, um Personal und Material an die Einsatzstelle zu bringen oder Verletzte aus dem Schadensgebiet abzutransportieren. Eine deutliche höhere Geländegängigkeit bieten hier Fahrzeuge, die den Anforderungen der DIN EN 1846 Kategorie 3 („Geländegängig“) entsprechen und die zusätzlich über eine erhöhte Wadfähigkeit von mindestens 1,0 Meter und eine erweiterte Allradtechnik mit Differentialsperren und Geländeuntersetzung verfügen. Ferner kann es sinnvoll sein, derartige Einsatzmittel mit einer Seilwinde zur Bergung auszustatten. Klar ist hier, dass nicht alle Fahrzeuge der ergänzenden Ausstattungen diesen hohen Anforderungen entsprechen müssen. Das BBK prüft aber derzeit, ob bspw. einzelne Fahrzeuge der MTF aus einsatztakti-

schen Gründen in hochgeländegängiger Ausführung beschafft werden müssen.

Erprobungsmaßnahmen und Härtetest

Szenariorientiertes Denken und Risikoabschätzungen für den Einsatz in der Schutz- und Versorgungsstufe IV, wie beispielsweise von Fahrzeugen der Medizinischen Task Force, sind ein Teil im Prozess der „Geländehärtung“ der Fahrzeugflotte des Bundes. Diese strategischen Überlegungen „am Reißbrett“ müssen aber in der Realität reflektiert werden. Hieraus resultieren intensive Erprobungen der Fahrzeugtechnik in verschiedenen Geländesituationen und bei unterschiedlichsten Witterungsbedingungen. Das BBK legt hierbei großen Wert auf umfassende Erprobungsmaßnahmen unter den diversesten Bedingungen und unter Mithilfe von Einsatzkräften, die die Fahrzeuge auch im Einsatzfall nutzen müssen. So haben bereits im Sommer 2020 auf dem Standortübungsplatz der Bundeswehr in Augustdorf und anschließend im Frühjahr 2021 auf dem Standort-



Erprobungsmaßnahme des BBK am Standortübungsplatz Schavener Heide zusammen mit dem Zentrum Kraftfahrwesen der Bundeswehr, dem Beschaffungamt des Bundesministeriums des Innern sowie Hilfsorganisationen und Feuerwehren
(Foto: B. Walkenbach / BBK)

übungsplatz Schavener Heide umfangreiche Erprobungen von verschiedenen Fahrzeug- und Reifentypen stattgefunden. Die vom BBK organisierten Veranstaltungen wurden zusammen mit dem Zentrum Kraftfahrwesen der Bundeswehr, dem Beschaffungamt des Bundesministeriums des Innern sowie verschiedenen Hilfsorganisationen und Feuerwehren durchgeführt. Weitere Tests auf verschiedenen Gelände-Test- und Erprobungsstrecken laufen derzeit. Die Resultate werden dann unmittelbar in taktischen Konzeptionen, vor allem aber in notwendige Beschaffungsmaßnahmen umgesetzt.

Quellennachweis

- [1] Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge (2021) Starkregen: Ursachen, Folgen Handlungsbedarfe, https://www.dkkv.org/fileadmin/user_upload/DKKV_Statement_2021_16_07_Starkregen.pdf
- [2] Bundeszentrale für politische Bildung. Infrastruktur. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19727/infrastruktur>.
- [3] Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz (2021) Weitere THW-Brücken im Ahrtal in Planung. <https://hochwasser-ahr.rlp.de/de/presse/pressemeldungen/detail/news/News/detail/weitere-thw-bruecken-im-ahrtal-in-planung/>
- [4] Bundeswehr (2021) Einsatz im Katastrophengebiet aus Sicht der Logistik <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/streitkraeftebasis/aktuelles/einsatz-im-katastrophengebiet-aus-sicht-der-logistik-5225344>
- [5] Feuerwehrunfallkassen Mitte, Nord und Brandenburg (2020) Feuerwehrfahrzeuge abseits befestigter Straßen sicher führen. <https://www.hfuknord.de/hfuk-wAssets/docs/service-und-downloads/download-praevention/stichpunkt-sicherheit/StiSi-Feuerwehrfahrzeuge-Feuerwehrfahrzeuge-abseits-befestigter-Strassen-sicher-fuehren.pdf>

Lessons identified – Lehren aus der Flut 2021

Wichtiger noch als die Erprobungen quasi unter „Laborbedingungen“ sind die realen Erfahrungen von Einsatzkräften mit ihren Einsatzmitteln im Fluteinsatz. Diese Erfahrungen gilt es nun sorgfältig auszuwerten und wesentliche Erkenntnisse in die Konzeption künftiger Bundesfahrzeuge einfließen zu lassen. Hier hat das BBK für den Bereich der Medizinischen Task Force bereits einen mehrstufigen Lessons Learned Prozess gestartet. Dabei kann bereits ein erstes Zwischenfazit gezogen werden. Komplexe Lagen wie diese Flut fordern komplexe Antworten. Dabei sind wetterbedingte Extremereignisse keine Seltenheit mehr, sondern nehmen mit dem Klimawandel in vielen Regionen der Welt an Intensität und Häufigkeit zu. Auch in Deutschland kam es in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu intensiven Schäden durch Starkniederschläge und auch künftig werden diese eine immanente Gefahr darstellen. Auch andere natürliche oder technische Gefahren stellen künftig den Bevölkerungsschutz vor neue, aber auch alt bekannte Herausforderungen. Sicher muss dabei nicht jedes Einsatzmittel alle Anforderungen erfüllen, jedoch zählen sich in solchen Situationen robuste und leistungsfähige Technik aus. Tief „Bernd“ hat allen Akteuren neue Lektionen mitgegeben, deren Lehren eine Zukunftshärtung für den Bevölkerungsschutz nicht nur im Bereich Technik bedeuten kann.

Dr. Dominik Lorenz ist Facharzt für Anästhesiologie und Notfallmedizin; Benedikt Walkenbach ist Master of Science im Fach Geographie und ehrenamtliche Leitungs- und Führungskraft im Katastrophenschutz.

Beide waren im Auftrag ihrer Hilfsorganisationen mehrtätig ehrenamtlich im Ahrtal-Einsatz. Hauptamtlich arbeiten beide als Referenten im Referat *Sanitätsdienst* des BBK.

Wie kann die Katastrophenvorsorge fortentwickelt und gestärkt werden?

Benni Thiebes und Ronja Winkhardt-Enz

Die SARS-CoV-2-Pandemie sowie die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 rücken das Thema der Katastrophenvorsorge in den Fokus der Öffentlichkeit. Während in vergangenen Jahrzehnten die Vorbereitung auf Katastrophenereignisse keine große Rolle zu spielen schien, wurde Deutschland in den letzten zwei Jahren mit besonderen bevölkerungsschutzrelevanten Herausforderungen konfrontiert, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten beispiellos sind.

Besonders für den Bevölkerungsschutz ist dabei die pandemische Lage, die seit Beginn des Jahres 2020 vor allem durch ihre räumlichen und zeitlichen Dimensionen für Deutschland eine neue Erfahrung war. Gleichzeitig stellte sie für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung die erste persönliche direkte Krisenerfahrung dar. Aber auch für erfahrene Expertinnen und Experten im Bereich des Risiko- und Krisenmanagements ist die aktuelle Krise eine neue Erfahrung. Vergleichbare Lagen aufgrund eskalierender Infektionskrankheiten sind seit der Influenza-Pandemie („Spanische Grippe“) vor über hundert Jahren nicht mehr in diesem Ausmaß aufgetreten.

Starkregen, Fluten und Hochwasser sind hingegen keine neue Erfahrung für den deutschen Bevölkerungsschutz. Allerdings hatte die Flutkatastrophe im Juli 2021, welche weite Teile von Nordrhein-Westfalen (NRW) und Rheinland-Pfalz (RLP) betroffen hat, massive Schäden mit mehr 180 Todesfällen verursacht. Damit stellt die Flutkatastrophe 2021 das tödlichste wasserbezogene Katastrophenereignis seit der Hamburger Sturmflut 1962 (Heßler & Kehrt, 2014) mit 340 Toten dar. Durch diese Hochwasserkatastrophe kann das erste Ziel des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge 2015-2030 (UNDRR, 2015), eine Reduktion der Todesfälle durch Naturgefahren im Zeitraum 2020-2030 im Vergleich zur Periode 2005-2015 deutlich zu senken, in Deutschland nicht erreicht werden können (Thieken et al., 2021).



Hochwassermarkierungen der Jahre 1910, 1805 und 2021 an einem Haus in Walporzheim (von unten nach oben)
(Foto: Benni Thiebes 2021)



Verbesserungsbedarfe für ein bewährtes System

Grundsätzlich hat sich das deutsche System des Bevölkerungsschutzes sowohl in der Pandemie als auch in der Hochwasserkatastrophe bewährt. Insbesondere im internationalen Vergleich war Deutschland relativ erfolgreich im Management der Pandemie und auch während der Flutkatastrophe konnte auf weitreichende Erfahrungen und Strukturen zur Katastrophenbewältigung zurückgegriffen werden.

Dennoch hat sich an vielen Stellen gezeigt, dass auch Verbesserungspotentiale vorhanden sind, welche uns für zukünftige Ereignisse und Lagen effizienter und gesamtgesellschaftlich resilienter aufstellen. Es stellt sich daher die Frage, welche Lehren wir sowohl aus der SARS-CoV-2-Pandemie als auch aus der Hochwasserkatastrophe ziehen können, um den Bevölkerungsschutz zu verbessern. Wie auch Martin Voss (2021), der in einem umfangreichen Papier Aspekte für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes auf Grund-

lage der Pandemieerfahrung zusammengefasst hat, erscheint es derzeit noch zu früh, um von „lessons-learned“ zu sprechen. Weder ist die pandemische Lage vollständig bewältigt, noch ist die wissenschaftliche Aufarbeitung der SARS-CoV-2-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe abgeschlossen. Weiterhin sind Erfahrungen und Wissenszugewinne noch nicht in handlungsorientiertes Wissen eingegangen und von allen Beteiligten institutionalisiert. Es erscheint daher angemessener von „lessons-to-learn“ zu sprechen um damit auf Schwachstellen und Lücken des Bevölkerungsschutzes als Ganzes zu verweisen. In diesem Artikel sollen deshalb erste Erkenntnisse aus der Bewältigung der SARS-CoV-2-Pandemie und der Flutkatastrophe zusammengestellt werden, um damit Ansatzpunkte zu bieten, welche für eine Fortentwicklung und Stärkung der Katastrophenvorsorge unterstützen.

Lessons-to-learn

Die Erkenntnisse unterscheiden sich zwischen den beiden Lagen, jedoch gibt es auch „lessons-to-learn“, welche für beide Krisenereignisse gleichermaßen gültig sind.

- Lernen mit Risiken zu leben: Erfreulicherweise war Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht von nationalen Krisen- oder Katastrophenlagen betroffen. Es gab selbstverständlich eine Reihe von Katastrophenereignissen, wie beispielsweise auch die „Jahrhunderthochwasser“ von 2002 und 2013 mit Schäden von etwa 11,6 Mrd. EUR bzw. 8,2 Mrd. EUR (Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge, 2015), jedoch waren diese im Vergleich zeitlich und räumlich deutlich eingegrenzter als die SARS-CoV-2-Pandemie. Auch die Hochwasserkatastrophe betraf ungewöhnlich große Gebiete von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und überraschte viele der Betroffenen durch das verheerende Ausmaß. Die relative Abwesenheit von Katastrophenereignissen ging sicher auch mit einem Gefühl von Sicherheit in breiten Teilen der Bevölkerung einher, welches Maßnahmen der Eigenvorsorge und der Prävention in den Hintergrund treten ließ. Die Erfahrungen mit SARS-CoV-2 und der Hochwasserkatastrophe verdeutlichen, dass eine „Vollkaskomentalität“ nicht angebracht ist und wir progressiv mit Risiken umgehen müssen und deren Folgen durch Präventions- und Vorsorgemaßnahmen mildern müssen.
- Risikokommunikation effizienter gestalten: Risikokommunikation strebt an, über mögliche Gefahren im Vorhinein zu informieren, um damit adäquate Vorsorgemaßnahmen und Notfallpläne implementieren zu können. In Deutschland werden jährliche Risikoanalysen durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) durchgeführt und dem Bundestag vorgelegt (BBK, 2021). Daneben werden mit LÜKEX (Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagement Exercise) regelmäßige Krisenmanagement-Übungen durchgeführt, um daraus Erkenntnisse für zukünftige Ereignisse zu gewinnen. Die Risikoanalyse von 2012 (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2013) sowie die LÜKEX des Jahres 2007 (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2008) befassten sich beide mit pandemischen Lagen und haben deutlich aufgezeigt, dass das deutsche Bevölkerungsschutzsystem nicht adäquat auf eine solche Krise vorbereitet ist. Dennoch haben die Auswertungen der Szenarien weder in der Politik noch in der allgemeinen Bevölkerung größeren Widerhall erfahren. Die Risikokommunikation in Bezug auf Hochwassergefahren erscheint ebenfalls verbesserungswürdig. Auch wenn auf kommunaler Ebene Risikokarten erstellt werden, haben sich diese im Fall der Hochwasserkatastrophe 2021 als teilweise inadäquat erwiesen. So scheinen die vorhandenen Hochwassergefahrenkarten (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, 2021), – selbst für ein Extremereignis (HQ-Extrem) – die Überflutungsgefahren zumindest teilweise zu unterschätzen. Für das Wohnheim „Lebenshilfehaus“ in Sinzig, in dem 12 Menschen starben, wurde eine Überflutung von weniger als 50 cm erwartet; während der Flutkatastrophe 2021 stand das gesamte Erdgeschoss unter Wasser. Auch an anderen Orten im Ahrtal wurde die mögliche Hochwasserhöhe stark unterschätzt. Weiterhin sind die Gefahrenkarten und Hochwasserrisiken oftmals der lokalen Bevölkerung sowie lokalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger nicht hinreichend bekannt. So wurde das Hochwasserereignis im Ahrtal im Jahr 2016 oftmals als „Jahrhundertereignis“ betrachtet. Dies beruht auf einer Extremwertstatistik der vorhandenen Messreihen, welche seit den 1950er Jahren kontinuierlich erhoben werden. Nach einer Analyse einer Forschungsgruppe in Potsdam ergibt sich unter Einbeziehung der gut dokumentierten großen jedoch eine Jährlichkeit von nur noch etwa 30 Jahren (Thieken et al., 2021). Dementsprechend konnte die Bevölkerung kaum eine Vorstellung davon haben, dass ein Hochwasser lokal einen im Vergleich zum Ereignis von 2016 einen über dreimal höheren Wasserstand erzeugen kann. Unter solchen Umständen ist ein risikoangepasstes Verhalten kaum erwartbar. Hieraus lässt sich ableiten, dass wir unsere bisherige Risikokommunikation überdenken müssen und die Risikowahrnehmung effizienter schulen müssen (Pickl et al. 2020).
- Krisenmanagement und Krisenkommunikation verbessern: Um Krisen effizient managen und bewältigen zu können, insbesondere solche, bei denen die Risiken und weiteren Entwicklungen schwer einschätzbar sind, braucht es wissenschaftliche Expertise. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche haben fortlaufend ihre Einschätzungen überarbeitet und der Politik zur Verfügung gestellt. Dennoch wurden oftmals, gerade bei der SARS-CoV-2-Pandemie Krisenmanagemententscheidungen getroffen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprachen. Ein bekanntes Beispiel hierfür sind die Modellierungen des zukünftigen Infektionsgeschehens, welche in der politischen

Maßnahmenplanung nicht immer Berücksichtigung fanden. Auch bei der Krisenkommunikation zeigte sich in Bezug auf die Pandemie Verbesserungspotential. Die Ablehnung von staatlichen Maßnahmen, wie sie von Teilen der Gesellschaft vertreten wird, verdeutlicht, dass die Krisenkommunikation nicht alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen erreicht hat und die Politik es nicht geschafft hat, alle Bevölkerungsteile effektiv zu erreichen. Die Krisenkommunikation und das -management während der Hochwasserkatastrophe, insbesondere im Zusammenhang mit der Warnung und Evakuierung, wurden kritisiert. Mit den inzwischen geplanten Maßnahmen zum Ausbau der Warnmittel, u. a. einer Ausweitung der Sireneninfrastruktur sowie einer Verwendung von Cell-Broadcasting, wurden wichtige Schritte zur Verbesserung der (Früh-)warnung bereits gemacht. Neben diesen technischen Verbesserungen sollte zudem auch im Rahmen einer integrativen Betrachtung der gesamten Warnkette angestrebt werden alle Elemente der Frühwarnsysteme zu bewerten und auf den Prüfstand zu stellen. Dies betrifft explizit auch das Risikowissen und -wahrnehmung, die Entscheidungsfindung und Krisenkommunikation, denn eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

- Einstellung auf neue Gefahren: Sowohl die SARS-CoV-2-Pandemie als auch die Flutkatastrophe waren besondere und extreme Krisenereignisse. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig weitere Ereignisse auftreten werden, für welche das Gesamtsystem des Bevölkerungsschutzes nicht explizit vorbereitet ist. Solche Risiken sind auch, aber nicht nur durch den Klimawandel begründet. Hybride Gefahren, wie sie u. a. im Weißbuch der Bundeswehr (Bundesregierung, 2016) und der Konzeption Zivile Verteidigung (Bundesministerium des Innern, 2016) skizziert werden, stellen Risiken dar, die die Gesellschaft nur durch resiliente Strukturen erfolgreich begegnen kann.

Stärkung der Resilienz

In der Praxis bedeutet dies, dass der Bevölkerungsschutz in Deutschland sich flexibel aufstellen und bereit sein muss aus Erfahrungen zu lernen. Krisen- und Katastrophenereignisse müssen aufgearbeitet werden, um das Gesamtsystem verbessern zu können. Weiterhin erhält die Vorsorge einen hohen Stellenwert gegenüber der reinen Reaktion auf Krisenereignisse. Es ist daher erforderlich, dass Strukturen geschaffen und erhalten werden, welche für eine Vielzahl von möglichen Risiken nutzbar sind. Die Querschnittlichkeit von Resilienz fordert auch die Schaffung von Synergien, die zwischen unterschiedlichen Handlungsbereichen wie beispielsweise der Klimawandelanpassung, dem Umweltschutz und der Raumplanung hergestellt werden. In diesem Sinne fordert Resilienzstärkung auch gesamtgesellschaftliches Engagement ein. Resilienz ist nicht die alleinige Aufgabe der Verwaltung, sondern ist als gesellschaftliches Leitbild zu verstehen. Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und operativer Katastrophenschutz müssen zusammenarbeiten und

Literatur

- [1] BBK, 2021. Risikoanalysen Bund und Länder [WWW Document]. Bundesamt Für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. URL https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Risikoanalysen-Bund-Laender/risikoanalysen-bund-laender_node.html (accessed 9.7.21).
- [2] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2013. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 (No. Drucksache 17/12051).
- [3] Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2008. Auswertung der dritten länderübergreifenden Krisenmanagementübung „LÜKEX 2007“ der Projektgruppe LÜKEX.
- [4] Bundesministerium des Innern, 2016. Konzeption Zivile Verteidigung (KZV).
- [5] Bundesregierung, 2016. Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin: Bundesregierung.
- [6] Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge (Ed.), 2015. Das Hochwasser im Juni 2013: Bewährungsprobe für das Hochwasserisikomanagement in Deutschland, Schriftenreihe des DKKV. DKKV, Bonn.
- [7] Heßler, M., Kehrt, C., 2014. Die Hamburger Sturmflut von 1962: Risikobewusstsein und Katastrophenschutz aus zeit-, techn- und umweltgeschichtlicher Perspektive. Vandenhoeck & Ruprecht.
- [8] Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, 2021. Gefahrenkarte HQ10, HQ100, HQextrem [WWW Document]. URL <https://hochwassermanagement.rlp-umwelt.de/servelet/is/200041/> (accessed 9.20.21).
- [9] Pickl, S., Grandjean, G., Kolmann, P., Stručić, M., Musacchio, G., Rossi, C., 2020. 'Integrating tools for prevention and response communication systems', in: Casajus Valles, A., Marin Ferrer, M., Poljanšek, K., Clark, I. (eds.), Science for Disaster Risk Management 2020: acting today, protecting tomorrow, EUR 30183 EN, Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2020, ISBN 978-92-76-18182-8, doi:10.2760/571085, JRC114026
- [10] Thieken, A., Kemter, M., Vorogushyn, S., Berghäuser, L., Sieg, T., Natho, S., Mohor, G.S., Petrow, T., Merz, B., Bronstert, A., 2021. Extreme Hochwasser bleiben trotz integriertem Risikomanagement eine Herausforderung 10.
- [11] UNDRR, 2015. Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 - 2030.
- [12] Voss, M., 2021. Lessons to learn – Zustand und Zukunft des Bevölkerungsschutzes in Deutschland vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, KFS Working Paper 20. Katastrophenforschungsstelle, Berlin.

gemeinsam Erfahrungen austauschen, nach Maßnahmen suchen, die Synergien erzeugen und gesellschaftliche Ziele erreichbarer machen. Daneben ist die Einbindung der breiteren Gesellschaft notwendig, um diese als aktive Akteurinnen und Akteure einbinden zu können. Hierfür müssen entsprechende Formate für einen fachübergreifenden und vertrauensvollen Austausch geschaffen werden. Das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) möchte sich als interdisziplinäre Plattform und Vernetzer zwischen Wissenschaft, operativer Praxis und Politik einbringen und den Austausch, das gemeinsame Lernen und den Wissenstransfer aktiv mitgestalten.

Dr. Benni Thiebes ist Geschäftsführer des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV).

Ronja Winkhardt-Enz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des DKKV.

Pandemie und Hochwasserkatastrophe aus Sicht der Berufsfeuerwehren

Jochen Stein

Die Corona-Pandemie hat in nahezu allen Lebensbereichen zu erheblichen Einschränkungen geführt. Für die Feuerwehren in Deutschland galt es, neben den vielfältigen neuen Herausforderungen im alltäglichen Leben, vor allem die Leistungsfähigkeit der haupt- und ehrenamtlichen Einheiten aufrecht zu erhalten. Tagesabläufe, Gewohnheiten und vereinzelt auch jahrelang praktizierte Dienstmodelle wurden geändert, um Abstands- und Maskenregeln bestmöglich umzusetzen und Wachabteilungen voneinander zu separieren. Die Kontaktnachverfolgung wurde intensiviert um Infektionsketten schnell zu unterbrechen. In Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätzen mit häufigem und engen Menschenkontakten galt es, sich adäquat und konsequent zu schützen um eine Virusansteckung zu verhindern. Die umfangreichen Möglichkeiten zur Nutzung von Home-Office, wie sie in vielen Arbeitsbereichen zum neuen Standard geworden sind, kommen für die Feuerwehren im Einsatzdienst schlicht nicht in Frage.



Abschnittsleitung der Feuerwehr Bonn.

Die flächendeckenden Impfungen in Deutschland und die Ausweitung der Testmöglichkeiten für die Beschäftigten wurden in den Dienststellen gut angenommen. Sie brachten eine deutliche Steigerung im Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden, die sich regelmäßig dem Kontakt mit Patienten ausgesetzt sehen.

Vielfach waren die Feuerwehren aufgrund ihrer schnellen Verfügbarkeit, der personellen Ressourcen, dem technischen Verständnis und der Verfügbarkeit von Fahrzeugen über mehrere Monate in Logistikaufgaben und den Betrieb der Test- und Impfzentren eingebunden. Die Mangelverwaltung bei Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln zu Anfang der Pandemie, aufgrund der zusammengebrochenen weltweiten Lieferketten in Zusammenhang mit der sprunghaft angestiegenen Nachfrage, war eine große Herausforderung.

Die Starkregenfälle mit anschließenden Überflutungen im Nordwesten von Rheinland-Pfalz und großen Teilen Nordrhein-Westfalens mit dem Höhepunkt am Abend des 14. Juli, haben zahlreiche Menschenleben gekostet und große Schäden an der Infrastruktur hinterlassen. Der überwiegende Teil der schwer betroffenen Städte und Gemeinden verfügt über eine Freiwillige Feuerwehr, deren Mitglieder oft selbst persönlich von den Ereignissen betroffen waren. Vielfach und im Ahrtal weiterhin andauernd, wurden Feuerwehren aus anderen Kommunen zur Sicherstellung des Grundschutzes oder für die Abarbeitung der zahlreichen Schäden herangezogen. Die vorgeplante, überörtliche Hilfe in Nordrhein-Westfalen hat sich in dieser Situation bewährt. Die für das gesamte Bundesland einheitlich vordefinierten Einheiten, konnten aus weniger oder nicht betroffenen Gebietskörperschaften bedarfsgerecht angefordert und in den betroffenen Gemeinden gezielt eingesetzt oder in Bereitstellungsräumen abrufbar vorgehalten werden. Durch die vorgeplanten Strukturen werden die Rüstzeiten der Einheiten mit teils über hundert Einsatzkräften verringert und eine schnelle Hilfe ermöglicht.

Der größte Handlungsbedarf besteht sicher in der Verbesserung der nicht ausreichenden Führungsfähigkeit bei länderübergreifenden Katastrophen mit derartigem Ausmaß. Das in der Entstehung befindliche Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim gleichnamigen Bundesamt bietet für die Zukunft die richtige Grundlage. Es kann aber nur Erfolg haben, wenn zum Beispiel länderübergreifende Kräfteentsendungen bei einem dringenden Unterstützungsbedarf vorgeplant sind und das Zentrum für solche Alarmierungen vorab autorisiert ist. Ein Vorbehalt der Länder im Ereignisfall würde zur

planmäßigen Lähmung der Hilfeleistung führen. Das bisherige reine Makelverfahren zwischen Anfragen und Angeboten ist unzureichend und wird den Anforderungen sichtbar nicht gerecht.

Dabei kann der bisher gewählte kooperative Ansatz zwischen Bund und Ländern beibehalten werden. Er muss aber nun in konkreten operativen Verfahren einschließlich einer bindenden Wirkung für alle Beteiligten münden.

Bei den in jüngster Zeit erlebten Katastrophenszenarien haben sich die kreisfreien Städte mit ihren Berufsfeuerwehren und ihrem gesamtstädtischen Krisenmanagement als belastbar und leistungsfähig erwiesen. Hilfeleistungen in umliegenden Landkreisen und auch untereinander waren gut möglich.

Es gibt aber auch Szenarien, die sich vor allem im städtischen Raum abspielen und auch diese Strukturen schnell überfordern können. Daher müssen auch für Schadensereignisse in den Ballungsräumen sowohl innerhalb der Länder als auch über Ländergrenzen hinweg die bisher fehlende, leistungsfähige Führungsstruktur aufgebaut werden.

Wirksame Führungsstrukturen der öffentlichen Gefahrenabwehr auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene benötigen für eine zeitnahe, effiziente Entscheidungsfindung ein gemeinsames, rollenorientiertes Lagebild.

Die Rollenorientierung beschreibt dabei die vertikale Sichtweise der verschiedenen Organisationsebenen, die Informationen zeitgerecht und für die jeweilige Rolle innerhalb des Einsatzereignisses entsprechend aufbereitet zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Dabei gilt es auch hinsichtlich der Verlässlichkeit der Quellen und Inhalte von Meldungen (qualifiziert oder nicht-qualifiziert) zu differenzieren und die Vielfalt der Informationen so zu steuern, dass sie zwar möglichst schnell, jedoch auch in einer aufbereiteten Form zur Verfügung gestellt wird, so dass sie durch den jeweiligen Inhaber der Rolle in der gegebenen Situation erfasst und verarbeitet werden kann. Ein zielgerichtet aufbereitetes und wertvolles Lagebild ergänzt ein mittelbares Lagebild. Ergänzend sollten wesentliche Grundinformationen als Sofortmeldung nach einem vorher festgelegten Kriterienkatalog unmittelbar an alle verteilt werden um so den sofortigen Informationsbedarf zu erfüllen.

Die Warnung der Bevölkerung vor starken und lang andauernden Regenfällen erfolgte schon Tage vor den verheerenden Überflutungen Mitte Juli, z. B. vom Deutschen Wetterdienst über die Warn-Apps. Auch zukünftig wird es Ereignisse mit katastrophalem Ausmaß geben, womöglich werden sie häufiger und in ihrer Intensität auch stärker

ausfallen als wir es bisher kannten. Eine wesentliche Aufgabe wird es sein, Informationen frühzeitig so zu bündeln, dass die Entscheidungsträger vor Ort daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Die präzisen Vorhersagen zu den Starkregenfällen sind vielfach nicht an die zuständigen Stellen gelangt oder wurden von der Bevölkerung nicht im erforderlichen Maße wahrgenommen. Bei Warnungen von Extremwetter müssen die Medien eine stärkere Rolle haben und ordnungsbehördlich müssen Maßnahmen verbindlicher werden. Evakuierungsanordnungen ohne deren Durchsetzungen lassen bei allen Beteiligten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Maßnahmen aufkommen.



Luftbild nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 aus dem Ahrtal.
(Fotos: Feuerwehr Stadt Bonn)

Die Bevölkerung ist im 21. Jahrhundert stärker vernetzt als je zuvor. Der überwiegende Teil verfügt über Mobiltelefone und Zugang zu sozialen Medien und Warn-Apps, über die die Warnungen im Vorfeld der verheerenden Fluten transportiert worden sind. Dass die Warnungen trotz des technischen Fortschritts nicht adäquat bis zu den Menschen vorgedrungen sind zeigt, dass man die Menschen auf noch vielfältigeren, auch analogen Wegen erreichen muss. Die Nutzung des Cell-Broadcast-Systems und der Wiederaufbau eines bundesweiten Sirennetzes ist hier der richtige Schritt um für den augenscheinlich fehlenden Weckeffekt vor lebensbedrohlichen Situationen zu sorgen. Dieser Weckeffekt muss über ein bundesweit einheitliches Verfahren in eine Warninfrastruktur eingebettet werden um die gesamte Bevölkerung gleichermaßen warnen und mit den nötigen Informationen und Handlungsanweisungen versorgen zu können. Ländergrenzen dürfen an dieser Stelle keine Hindernisse darstellen.

Jochen Stein ist Leitender Städtischer Branddirektor der Feuerwehr der Stadt Bonn und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund).

Eine Akademie im „Dauerausnahmestand“

Thomas Mitschke

Seit mittlerweile über zwei Jahren befindet sich die ehemalige AKNZ und jetzt zur Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung umgewidmete BABZ aufgrund der COVID-19 Pandemie wie zahlreiche andere Bildungseinrichtungen des Bevölkerungsschutzes in der Situation, ihrem Bildungsauftrag nicht mehr vollumfänglich gerecht werden zu können.

Für die BABZ veränderte sich die Situation im Juli 2021 nochmals erheblich.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 erlebte Deutschland vor allem in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine der schwersten Flutkatastrophen nach der Sturmflutkatastrophe an der Deutschen Nordseeküste von 1962.

Einen wesentlichen Einsatzschwerpunkt stellte dabei der Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz dar.

Innerhalb weniger Stunden wurde das Ahrtal aufgrund der erheblichen Starkregenniederschläge und der damit verbundenen Flutwellen an der Ahr von bisher nicht gekanntem Ausmaß quasi dem Erdboden gleich gemacht.

134 Menschen kamen dabei im Ahrtal ums Leben. 766 Menschen wurden verletzt. 42000 Menschen sind unmittelbar und mittelbar betroffen. Zahlreiche Menschen verloren ihr Hab und Gut und damit ihre Existenzgrundlage. Die Infrastruktur wurde in weiten Teilen völlig zerstört, darunter alleine 62 Brücken über die Ahr. Nach wie vor werden Menschen vermisst.

Das Leid für die Menschen in der Region dauert an und der Wiederaufbau wird noch Jahre in Anspruch nehmen.

Das Ahrtal wird nie mehr so sein, wie es einmal war.

Für die BABZ, die in Bad Neuenahr-Ahrweiler ihren Dienort hat und deren Mitarbeitenden, die vielfach im Ahrtal beheimatet sind, blieb diese Katastrophe nicht ohne erhebliche Auswirkungen.

Zwar war die Akademie aufgrund ihrer erhöhten Lage oberhalb von Bad Neuenahr-Ahrweiler bis auf Stromausfälle und Beeinträchtigungen in der Trinkwasserversorgung nicht unmittelbar von der Flutwelle betroffen, für uns und insbesondere für mich selbst als Leiter der Akademie war es von der ersten Stunde an als Bevölkerungsschützer und Bürger des Kreises jedoch eine Selbstverständlichkeit die Stadt, den Kreis und das Land bei der Bewältigung dieser Katastrophe, bisher nicht da gewesenem Ausmaß, aktiv zu unterstützen.

Da sich die Lage aufgrund der Vorhersagen bereits Tage vorher andeutete, wurde das Gelände der BABZ den Einsatzkräften bereits am 14.7. als potenzieller Bereitstellungs-

raum zur Verfügung gestellt. Dies ist ein eingespieltes Verfahren in der Region, da wir uns als Bevölkerungsschützer kennen und gegenseitig – nach dem Motto, in und für Krisen Köpfe kennen – unterstützen!

Bereits in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli wurde jedoch deutlich, dass es sich diesmal um eine außergewöhnlich extreme Katastrophenlage handelte.

Bereits am frühen Morgen des 15. Juli war ebenfalls klar, dass die Akademie selber aufgrund zerstörter Brücken nicht mehr unmittelbar erreichbar war. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche Mitarbeitende der Akademie ihren Dienort nicht mehr erreichten und der laufende Seminarbetrieb sofort eingestellt werden musste.



Bundesinnenminister Horst Seehofer besuchte am 19. Juli nach seinem Besuch an der Steinbachtalsperre auch die BABZ und sprach mit Ehrenamtlichen über ihren tollen Einsatz.
(Foto: BBK)

Ebenfalls musste von der Option Abstand genommen werden, die Akademie als Bereitstellungsraum zu nutzen.

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation wurde an der BABZ durch den Leiter unverzüglich eine besondere Aufbauorganisation (BAO) mit dem Kernelement eines BABZ-Stabes eingerichtet. Dieser hatte von Beginn an den

Auftrag, die absehbaren und umfänglichen Unterstützungsleistungen der Akademie auf der Liegenschaft vor allem für die Bedarfsträger der Gefahrenabwehr zu koordinieren und sicherzustellen.

Eine erste Aufgabe bestand darin, der Technischen Einsatzleitung (TEL) des Kreises auf deren Anfrage hin an der Akademie die Möglichkeit zur Einrichtung einer Befehlsstelle zu geben. Dies war notwendig geworden, da die Räumlichkeiten der TEL im Kreishaus für diese Lagebewältigung nicht nutzbar waren.

Erste Überlegungen, die BABZ in großem Umfang als Notunterkunft für obdachlose Betroffene einzurichten, mussten aufgrund der nur eingeschränkten Erreichbarkeit der Liegenschaft verworfen werden.

Es war jedoch sehr schnell klar, dass einzelne Betroffene Hilfe suchend den Weg zur Akademie aufnehmen würden. Somit war es von Beginn an eine Selbstverständlichkeit, diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Unterbringung, Verpflegung und Betreuung zukommen zu lassen. Hieraus entwickelte sich über Wochen an der Akademie eine Betreuung von 30 bis circa 70 betroffenen Menschen aus dem Ahrtal.

Neben der Unterbringung in den Unterkünften und der Verpflegung der Betroffenen wurde eine Kleiderkammer eingerichtet und die Betreuung u. a. durch PSNV Teams sichergestellt.

Das Leid dieser Menschen wurde für uns an der Akademie somit unmittelbar erfahrbar.

Hinzu kam eine weitere Ausnahmesituation, die die Mitarbeitenden der BABZ und vor allem die in die BAO aktiv Eingebundenen in besonderem Maße belastete.

Wir hatten und haben unter den eigenen Mitarbeitenden zahlreiche zum Teil schwer betroffene eigene Kolleginnen und Kollegen, die den Tod naher Angehöriger und Bekannter miterleben mussten sowie ihr Haus oder ihre Wohnung verloren haben. Es war und ist uns eine Selbstverständlichkeit und ein Bedürfnis, diesen eigenen Kolleginnen und Kollegen ebenfalls unmittelbar Hilfe zukommen zu lassen.

Eine weitere wesentliche und herausfordernde Einsatzphase entwickelte sich für den BABZ-Stab aufgrund der Tatsache, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirection (ADD) für das Land die Einsatzleitung übernahm und hierfür ebenfalls langfristig die Akademie als Standort nutzt.

Fortan waren an der Akademie neben dem Führungsstab und dem Verwaltungsstab der ADD zahlreiche Führungs- und Verbindungsstellen der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, der BA THW und der Bundeswehr sowie von regionalen Energieversorgern untergebracht.

Es galt, seitens des BABZ-Stabes im 24/7 Dienst die notwendigen Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit die Kolleginnen und Kollegen sowie Kameradinnen und Kameraden ihren hohen Herausforderungen der Lagebewältigung in Ahrtal nachkommen konnten.

In Spitzenzeiten handelte es sich dabei um bis zu 800 Personen auf dem Gelände der BABZ.



An der Akademie waren neben dem Führungsstab und dem Verwaltungsstab der ADD zahlreiche Führungs- und Verbindungsstellen der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, der BA THW und der Bundeswehr sowie von regionalen Energieversorgern untergebracht.
(Foto: BBK)

Weitere Herausforderungen und Aufgaben für den BABZ-Stab ergaben sich im Laufe des Einsatzes, von denen an dieser Stelle nur drei benannt seien.

Aufgrund zahlreicher zerstörter Kitas vor allen Dingen in Bad Neuenahr-Ahrweiler, wurde dem Kreis und der Stadt das Angebot gemacht, auf dem Gelände der BABZ eine Behelf-Kita einzurichten. Die konkreten Planungen hierfür wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt auf dem Weg gebracht. Letztlich ergaben sich jedoch andere Optionen für die langfristige Einrichtung von Behelf-Kitas im Kreisgebiet.

Von den Fluten ebenfalls unmittelbar betroffen war und ist die Polizeiinspektion im Stadtteil Ahrweiler. Von hier erging an den BABZ-Stab das Amtshilfeersuchen, Teile der Polizeiinspektion ebenfalls in den Räumlichkeiten der BABZ unterzubringen. Dies wurde gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei zeitnah realisiert. Ebenso wurde dem Ortsverband Ahrweiler des THW eine vorübergehende Unterbringung an der BABZ bereitgestellt, da die Liegenschaft des THW in Bad Neuenahr-Ahrweiler ebenfalls stark betroffen ist.

Lassen Sie mich abschließend einige erste Erkenntnisse und Gedanken formulieren ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass es für Helferinnen und Helfer eine besondere Herausforderung darstellt, wenn Sie es im Einsatz mit eigenen Betroffenenheiten in den Familien oder unter den Bekannten oder bei Einsätzen mit Kindern haben.



Armin Schuster, Präsident des BBK, (li.), und Thomas Mitschke, Leiter der BABZ, auf dem Gelände der Akademie. (Foto: BBK)

Dies hat sich für uns deutlich erlebbar und spürbar gemacht. Die zahlreichen Gespräche, die mit Kolleginnen und Kollegen oder den untergebrachten Mitbürgerinnen und Mitbürgern geführt wurden, waren sehr emotional und gingen im wahrsten Sinne unter die Haut. Hier muss man entweder durch Selbst- oder Fremdwahrnehmung oder professionelle PSNV Begleitung den Moment im Auge behalten, ab dem die eigene Betroffenheit die Handlungsfähigkeit im Einsatz einschränkt. Dies ist in solchen Situationen insbesondere für die Verantwortlichen und Führungskräfte aus Fürsorge gegenüber den Mitarbeitenden sowie Helferinnen und Helfern immer wieder eine Herausforderung.

Die Konzepte zur Stabsorganisation und Stabsarbeit, die existieren und die wir an der BABZ vermitteln und trainieren sind gut! Sie lassen genügend Spielraum zur situationsgerechten Anpassung und führen bei konsequenter Anwendung zum Einsatzerfolg. Für den BABZ-Stab kann ich dies vollumfänglich wiederum bestätigen. Die zeitnahe Einrichtung einer BAO, wie wir sie an der BABZ und an der AKNZ bereits mehrfach im Rahmen z. B. der Flüchtlingskrise oder der Covid-Pandemie angewandt haben, hat sich wiederum bewährt. Dabei müssen die Abläufe und der Aufbau des Stabes und der BAO möglichst nah an den gewohnten Abläufen und der Aufbauorganisation orientiert sein. Sie müssen jedoch den zeitkritischen Prozessen und Entscheidungsnotwendigkeit in einer Krise oder Katastrophe gerecht werden. Langwierige Vorgangsbearbeitung des Alltags haben hier keinen Platz.

Unser Vorteil an der BABZ mit einer Kernkompetenz in der Vermittlung von Handlungskompetenzen im Risiko- und Krisenmanagement mit Schwerpunkt auf der

Stabsarbeit ist es, dass wir durch die Aus- und Fortbildung die notwendigen Handlungskompetenzen quasi durch die wöchentliche Ausbildung bei uns selber erhalten und trainieren. Darüber hinaus wenden wir das, was wir ausbilden konsequent in den BAO-Einsätzen der Akademie an. Viele der Dozierenden sind darüber hinaus als Führungskräfte nach wie vor im Bevölkerungsschutz aktiv eingebunden. Ich stelle hier erneut die These auf, unsere Führungs- und Leitungskonzepte in den einschlägigen Vorschriften etc. sind so gut, wie diejenigen die sie im konkreten Einsatz anwenden sowie hierfür qualifiziert und trainiert sind. Krisenmanagement und Stabsarbeit ist Hochleistungssport! Ich halte es für den falschen Ansatz, die Konzepte grundlegend in Frage zu stellen. Vielmehr besteht Handlungsbedarf in der verbindlichen und konsequenten Qualifizierung der handelnden Akteure auf den Worst Case hin. Hierzu bedarf es eines länder-, bund- und organisationsübergreifenden integrierten Bildungssystems. Auch hierzu haben wir an der BABZ bereits im Rahmen des Forschungsprojektes „Bildungsatlas“ die wissenschaftlichen und konzeptionellen Grundlagen gelegt (vgl. BBK: Bildung im Bevölkerungsschutz Teil 1 und 2 in der Schriftenreihe: Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 26).

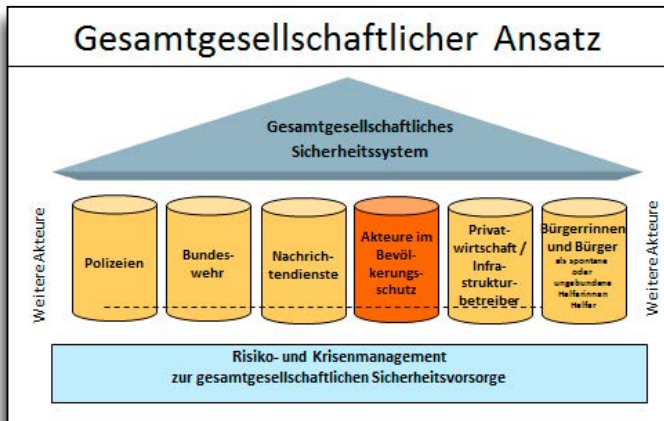
Wie so oft gibt es nichts Gutes, außer man tut es. Hieran arbeiten wir bereits in entsprechenden Foren und Veranstaltungen der BABZ mit Bezug auf die sehr interessanten Ergebnisse des genannten Forschungsprojektes.

Letztlich ist selbstverständlich kein Konzept so gut, dass es ewig Bestand hat und haben sollte. Es ist m. E. durchaus an der Zeit sich z. B. mit der Feuerwehrdienstvorschrift 100 (Fw DV 100) im Licht der aktuellen Krisen und Katastrophen nochmals zu beschäftigen. Dies jedoch im Sinne einer ggf. notwendigen Anpassung sowie Fortschreibung und nicht im Sinne einer kompletten Umkehr der grundsätzlich guten und zielführenden Grundlagen der Führung und Leitung, wie sie die Fw DV 100 nunmehr über Jahre als Orientierung organisationsübergreifend gelegt hat.

Ein weiterer Gedanke und Aspekt zur Qualifizierung der Stäbe drängt sich wiederum auf. Schaffen wir es unter den Rahmenbedingungen unseres derzeitigen „Bildungssystems“ im Bevölkerungsschutz alle Führungskräfte und Verantwortlichen ständig im Training für derart komplexe Krisen und Katastrophen zu halten? Diese Antwort möge jeder für sich geben.

Ein schon oft diskutierter und teilweise auch realisierter Ansatz ist die Schaffung von aufeinander eingespielten und ständig trainierten mobilen Führungsunterstützungsmodulen. Diese können durchaus sehr effektiv und effizient in einer notwendigen und ausreichenden Anzahl vorgehalten werden, um die jeweiligen Verantwortungsträger auf den unterschiedlichen Ebenen zu unterstützen.

Wir werden an der BABZ im Rahmen der Neuausrichtung des BBK eine *MODulare Unterstützungsleistung des BUNDes* (MODUL BUND) mit Schwerpunkt auf Beratungs-, Unterstützungs- sowie Coaching-Angebot für Stäbe auf allen Ebenen erproben und aufbauen. Hierzu gibt es zu gegebener Zeit mehr und Konkretes zu berichten.



Risiko- und Krisenmanagement zur gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsvorsorge. (Grafik: BBK)

Wir hatten in den Tagen der Katastrophe wie beschrieben zahlreiche Akteure unterschiedlichster Organisationen, Behörden, sowie operative Leitungs- und Führungskräfte an der BABZ, die es zu unterstützen galt und dies durchaus im Einklang mit unseren eigenen Interessen. Als Hausherr einer Dienststelle ist es so dann durchaus eine Herausforderung, alle Bedarfe und Anliegen nach innen und nach außen mit dem größtmöglichen Wohlwollen und Sensibilität jedoch auch unter Wahrung der eigenen



Blick in einen Garten in Bad Neuenahr-Ahrweiler am Tag 1 nach der Flutkatastrophe. (Foto: BBK/Liemersdorf-Strunk)

Belange auf den Weg zu bringen. So war es zwangsläufig durchaus eine Notwendigkeit aus der ersten Dynamik der Ereignisse heraus, die Einsatzaktivitäten an der BABZ mit den Notwendigkeiten unseres Hygienekonzeptes angesichts der immer noch andauernden COVID-19 Pandemie wieder in Einklang zu bringen.

Zusammenwirken unterschiedlichster Akteure verlangt immer eine ausgeprägte Kompetenz, sich auf die unterschiedlichen „Kulturen und Sozialisierungen“ der han-

delnden Menschen einzustellen. Hier war durchaus sehr konkret festzustellen, dass die Fähigkeit und Kompetenz, sich auf den „Anderen“ einzustellen immer wieder eine neue Herausforderung im Kleinen und Großen darstellt.

Es ist längst nicht sichergestellt, dass wenn A etwas sagt und meint, B dies genauso versteht!

Hier bedarf es immer wieder der Anstrengungen und Bemühungen aller Akteure und Beteiligten, sich aufeinander einzulassen und sich aktiv zu verstehen!

Auch hier kann die Aus- und Fortbildung wieder im Vorfeld für das gegenseitige Verstehen wesentliche Hilfe leisten, um daraus individuelle Handlungskompetenz zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür sind u. a. die Seminare zu Zivil-Militärischen Zusammenarbeit im Inland, die wir in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr an der BABZ anbieten.

Ich möchte an dieser Stelle nicht unmittelbar auf die Lagebewältigung der Katastrophe im Ahrtal eingehen. Hierzu bedarf es der systematischen Auswertung durch die entsprechenden Stellen und Verantwortlichen, bei der wir als Akademie wieder gerne unterstützend zur Verfügung stehen werden.

Beeindruckt hat mich jedoch die Feststellung, mit welchem enormem Engagement und organisatorischer Kreativität sowie im konkreten Handeln gewonnener Souveränität die Bürgerinnen und Bürger des Ahrtals und weit über das Ahrtal hinaus sich spontan und ungebunden organisiert sowie sehr effizient und effektiv den Menschen im Katastrophengebiet geholfen haben.

Stellvertretend für viele Aktivitäten möchte ich die Initiative Helfer-Shuttle ausdrücklich erwähnen. Für mich ist die Bürgerin und der Bürger längst ein fester Akteur im gesamtgesellschaftlichen Sicherheitssystem, dass ich in diesem Sinne um diese Säule ergänzt sehe mit der sich u. a. für uns im Bereich der BOS ergebenden Notwendigkeiten der Begegnung auf Augenhöhe.

Meine letzten Worte und Gedanken gelten jedoch – und dies mit einem Moment der Stille – den Angehörigen und Familien der getöteten und verletzten Menschen sowie den zahlreichen, erheblich existentiell Betroffenen im Ahrtal und den anderen und schwer

betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Für sie ist die innere und äußere persönliche Katastrophe längst nicht bewältigt.

Thomas Mitschke ist Leiter der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ).

Was folgt aus Krisen und Katastrophen?

Herausforderung für die Bildung im Bevölkerungsschutz

Lars Gerhold, Stefan Bornemann, Anna Guerrero Lara

Die Jahre 2020 und 2021 versinnbildlichen wie selten zuvor die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Die Pandemische Lage kumuliert mit Hochwasserereignissen, Waldbränden und Chemieunfällen die Aufmerksamkeit für nahezu alle Facetten des deutschen Bevölkerungsschutzes: „Stabsarbeit“, „Einbindung freiwilliger Helfer“, „Ernährungsnotfallvorsorge“, „Psychosoziales Krisenmanagement“ bestimmen Diskurs rund um die Ereignisse der letzten Monate. Dabei werden vor allem zahlreiche Bedarfe und Mängel durch Politik, Behörden und Wissenschaft identifiziert. Aus den Katastrophen lernen und die Best Practices identifizieren, lautet das Gebot der Stunde.

Ein zentraler Baustein, um den Bevölkerungsschutz in Deutschland kontinuierlich zu verbessern, ist die effektive und nachhaltige Ausbildung der Führungskräfte und Verantwortlichen im staatlichen Krisenmanagement.

Hierfür wurden nun erste Weichen gestellt, indem die BBK-eigene Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) zur ressort- und organisationsübergreifenden Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) weiterentwickelt wird. Eine zentrale Bildungseinrichtung, die zum Dreh- und Angelpunkt für die Aus- und Fortbildung im Katastrophenschutz wird und dabei den Anspruch hat, organisationsübergreifend und organisationsunabhängig Kompetenzen zu entwickeln und anzubieten (siehe Konzept zur Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe).

Die in diesem Beitrag vorgestellten Handlungsempfehlungen entstammen der Publikation „Bildung im Bevölkerungsschutz“, herausgegeben von Anna Guerrero Lara und Lars Gerhold, die kostenlos auf den Seiten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe abgerufen werden kann.

Mit den zukünftigen Herausforderungen an den Bevölkerungsschutz entstehen aber nicht nur strukturelle und administrative Anforderungen auf der Ebene des Bundesamtes; es Bedarf vielmehr einer pädagogischen Neukonzeption der gesamten Aus- und Fortbildung im Bevölkerungsschutz. Diese wurden im Forschungsprojekt „Bildungsatlas Bevölkerungsschutz“ zwischen April 2017 und März 2020 in Zusammenarbeit des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit/Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sicherheitsforschung

der Freien Universität Berlin und dem Arbeitsbereich Schlüsselkompetenzen und Coaching der Hochschule Harz entwickelt. Hierzu wurden basierend auf empirischen Interview-, Beobachtungs- und Befragungsdaten Handlungsempfehlungen entwickelt, welche anschließend im Rahmen einer interaktiven Werkstatt im „Forum Bevölkerungsschutzpädagogik“ in kommunikativen Verfahren insbesondere mit Schulleitungen und Lehrpersonen aus dem Bevölkerungsschutz diskutiert und validiert wurden. Ziel hierbei war: ein möglichst hohes Maß an Praxistauglichkeit und Umsetzbarkeit zu erreichen.

Mit den aus dieser Forschungs- und Entwicklungsstudie herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen soll eine Verbesserung der Lehr- und Lernqualität im Bevölkerungsschutz erreicht werden. Sie umfassen strukturelle, personelle und insbesondere didaktische Anpassungen und adressieren verschiedene Adressatengruppen – von der Politik über die Bildungseinrichtungen bis zu den Lehrpersonen.

Kompetenz- und handlungsorientiertes Lernen

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Bildungsatlas Bevölkerungsschutz“ konnte eine vertiefende Betrachtung des pädagogischen Verständnisses der einzelnen Bildungsanbieter erfolgen. Hierbei zeigte sich, dass pädagogische Leitbegriffe wie Handlungskompetenz, Kompetenzorientierung oder konstruktivistischer Lehr- und Lernstrategien eine immer stärkere Bedeutung erhalten. Die Lehr- und Lernforschung mit konstruktivistischer Prägung geht davon aus, dass der Lernprozess individuell wahrgenommen und verarbeitet wird, Lernende schaffen sich gewissermaßen eine eigene Repräsentation des Lernstoffes, die sich nicht immer mit der Absicht des Lehrenden deckt. Für die konstruktivistische Didaktik bedeutet dies, dass nicht ausschließlich Wissen und Wahrheit abzubilden, zu erinnern und richtig zu rekonstruieren sind, sondern, dass Lernen vor allem durch eigene Erfahrungen und Erkenntnisse möglich wird: Wissen wird demnach immer als Erfahrung vom Lernenden selbst angeeignet. Die Bildungschance liegt darin, Lernende aktiv in den Lernprozess einzubinden – es reicht nicht, den Lernstoff in einem Vortrag vermitteln zu wollen.

Eine zentrale pädagogische Erkenntnis ist die Tatsache, dass Lernende das Gehörte schnell wieder vergessen, sehen

sie das zu lernende, dann erhöht sich der Lernerfolg, doch bekommen Lernende die Möglichkeit, das Wissen aktiv mit eigenen Handlungen zu verknüpfen, dann entstehen nachhaltig abrufbare Kompetenzen, die gerade im Bevölkerungsschutz unabdingbares Bildungsziel sind. Kompetenzen sind in der Regel die Verbindung von Wissen und Können die zur Bewältigung von Handlungsanforderungen benötigt werden. Die Art des Lernens, die zur Kompetenzsteigerung führt, wird in der Erziehungswissenschaft als Handlungsorientierung bezeichnet. Kompetenzen können kaum durch Vorträge und Textlektüre „vermittelt“ werden, sondern müssen vom Lernenden, im konstruktivistischen Sinne, selbst aktiv „entwickelt“ werden. Hierfür benötigen Lernende in Lehrveranstaltungen Raum, Zeit und geeignete Aufgaben, um ihr vorhandenes Erfahrungswissen mit dem neu gelernten Wissen zu Handlungskompetenzen weiterzuentwickeln. Die Kultusministerkonferenz nennt für berufsbezogenen Unterricht Möglichkeiten zur Kompetenzentwicklung durch selbstständiges Planen komplexerer Lernprojekte sowie durch das Durchführen und selbstständige Beurteilen von Arbeitsaufgaben.¹ Im Idealfall wird das Projekt zur zentralen Lernform und nicht der Vortrag oder das Plenumsgespräch eines Lehrenden. Hirnforscher haben in den letzten Jahren zudem festgestellt, dass für nachhaltiges Lernen der Wechsel unterschiedlicher Lernwege förderlich ist.² Das bedeutet, dass der Wechsel von Vorträgen, Plenumsgesprächen, Einzelübungen, Gruppenarbeiten und Planspielen im rhythmisierten Wechsel innerhalb einer Lehrveranstaltung zu nachhaltigem Lernerfolg und Kompetenzentwicklung führen. Genau diese Art des Lehrens und Lernens stellt die konkrete didaktische Herausforderung für die Unterrichtsgestaltung im Bevölkerungsschutz dar. Ein Ziel des oben genannten Forschungsprojektes war es, hierfür Lösungsansätze herauszuarbeiten: Möglichkeiten für eine kontinuierliche Verbesserung der Pädagogik und Didaktik bestehen durch ein gemeinsames und organisationsübergreifendes Bildungsverständnis, durch die Schaffung und Umgestaltung von Lernräumen, durch didaktische Fortbildungen zur Nutzung dieser Räume sowie durch die Gestaltung einer rahmenhaften Bildungslandschaft im Bevölkerungsschutz. Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen dieses Vorhaben möglich machen.

Handlungsfelder zur Neukonzeption der Bildung im Bevölkerungsschutz

In vier aufeinander abgestimmten und sich gegenseitig verstärkenden Handlungsfeldern zeigen unsere Empfehlungen für eine Neukonzeption der Aus- und Fortbildung im Bevölkerungsschutz Möglichkeiten auf, wo und wie gehandelt werden kann und sollte (vgl. Abbildung).

1. *Gemeinsames Bildungsverständnis stärken*

Das Anliegen dieses Handlungsfeldes ist die Harmonisierung eines gemeinsamen Bildungsverständnisses aller Bildungsakteure im Bevölkerungsschutz, um einen Weg zu einem integrierten Bildungssystem zu ebnen. Vor dem Hintergrund u. a. zunehmend komplexerer Schadenslagen, aber auch aktueller Erkenntnisse der Bildungsforschung, wären die Formulierung organisationsübergreifender Ausbildungsziele und ein strukturierter organisationsüber-



Übersicht der Handlungsfelder,
(Quelle: Lara, Bornemann & Gerhold 2020; Icons designed by freepik)

greifender Austausch der Akteure wichtig. Es soll eine möglichst „barrierefreie“ und flexible Zusammenarbeit in der Schadenslage und ggf. sogar ein organisationsübergreifender Einsatz von Personal – im Einsatz, aber auch im Rahmen der Bildungsarbeit der Schulen – gefördert bzw. vereinfacht werden

Auf Basis eines gemeinsamen Bildungsverständnisses des Bildungsmanagements der Akteure und der Beschreibung der Qualitätssäulen guter Bildung im Bevölkerungsschutz kann sich die Bildungsqualität der Ausbildungseinrichtungen auf Landes- und Bundesebene in der Breite steigern lassen. Es bedarf hierfür der Anreize und Möglichkeiten, Beispiele und Erfolgsstrategien kennenzulernen und zu teilen, um die Übertragung auf die eigene Bildungseinrichtung zu eruieren. Hierfür kann das Ausloben eines „Schulpreises“ sinnvoll sein, der durch eine Kommission, bestehend aus Schulleitungen, Lehrpersonen und (ggf. bildungswissenschaftlichen) Fachleuten vergeben wird.

Um Lehrende bei dem Einsatz neuer Medien, Methoden und Sozialformen zu unterstützen, empfehlen wir zudem die Einrichtung und Etablierung einer zentralen pädagogischen Beratungs- und Koordinationsstelle zur Bewältigung bzw. Minimierung didaktischer Unsicherheiten und Herausforderungen im Lehralltag der Lehrpersonen. Diese zentrale Stelle sollte auf politischer Ebene befürwortet und ggf. gefördert werden und in Zusammenarbeit aller Bil-

1 Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.), Handreichung für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule und ihre Abstimmung mit Ausbildungsordnungen des Bundes für anerkannte Ausbildungsberufe, Berlin 2018, S. 32.
2 Korte, M., 2018: Hirnforschung: Jedes Kind ist anders. In: Burow, O.A./ Bornemann, St. (Hrsg.): Das große Handbuch für Unterricht und Erziehung in der Schule. Kronach: Carl Link, S. 329.

dungsakteure im Bevölkerungsschutz (schrittweise) aufgebaut und organisiert werden.

2. Bildungslandschaft gestalten

Dieses Handlungsfeld fokussiert auf die schrittweise Weiterentwicklung der Bildungskultur und Strukturen der Bildungseinrichtungen auf Landes- und Bundesebene. Es geht bei den Maßnahmen dieses Handlungsfeldes darum, die (infra-) strukturellen Rahmenbedingungen für eine pädagogische Modernisierung der Bildungseinrichtungen zu schaffen. Der Rahmen für eine Neuaufstellung im Hinblick auf die Aus- und Fortbildungsangebote wurde mit der Schaffung der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung auf Bundesebene geschaffen. Nun muss der Austausch mit den anderen Bildungseinrichtungen systematisch ausgebaut werden: Ein möglichst regelmäßiger offener und wertschätzender Austausch der Schulleitungen und Lehrpersonen ist zum gemeinsamen Austausch über aktuelle Belange wie z. B. strukturelle oder didaktische Herausforderungen wichtig. Im Fokus dieser Handlungsempfehlung steht somit die Etablierung eines regelmäßigen strukturierten Austausches aller Lehrpersonen und der Schulleitungen auf Ebene der Bildungseinrichtungen (z. B. in Form regelmäßiger „Pädagogischer Tage“).



Begrenzte Raumkapazitäten lassen sich in gewissem Grad auch durch den Ausbau von E-Learning-Infrastrukturen und des Angebotes digitaler Medien abmildern. (Foto: Tumisu / CC0 Public Domain / pixabay.com)

Die beruflichen Laufbahnen der Schulleitungen und Lehrpersonen, die Förderung pädagogischer Kompetenzen der Lehrpersonen in den Bildungseinrichtungen sowie die Entwicklungsziele der einzelnen Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz sind sehr unterschiedlich. Um eine möglichst einheitliche pädagogische Grundbildung von haupt- und nebenberuflichen sowie ehrenamtlichen Lehrpersonen zu erreichen, sollte eine pädagogische Förderung der Lehrpersonen für deren Tätigkeitsausübung grundlegend und verpflichtend sein. Die Konzeption, Ausarbeitung und das Angebot eines akteursübergreifenden, bundeseinheitlichen pädagogischen Basismoduls sollte daher als Zu-

gangsvoraussetzung für die Tätigkeit als Lehrperson im Bevölkerungsschutz angestoßen werden.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat zudem den hohen Bedarf an E-Learning Angeboten offengelegt. Es sollte daher ein temporäres Zeitkontingent für die Etablierung und Arbeit mit digitalen Lehrstrukturen in den Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Ergänzend bedarf es einer zentralen Anlaufstelle zur inhaltlichen Gestaltung digitaler Lehr-Lernangebote sowie zu technischen Fragen im Zusammenhang mit digitalen Medien und Blended-Learning-Angeboten.

3. Lernräume schaffen

Die Grundkonzeption dieser Handlungsempfehlungen baut auf der Kompetenzorientierung im Lernprozess auf. Hierzu ist es notwendig, räumliche und zeitliche Rahmenbedingungen anzupassen. Zentral ist das Schaffen von Lernräumen deswegen, weil die Umsetzung einer auf die Lernenden zugeschnittenen Pädagogik in großem Maße davon abhängig ist. Ein über die Akteurgrenzen geschaffenes Bildungsverständnis, die Umsetzung einer konstruktivistisch-didaktischen Grundhaltung sowie die Realisierung von Einzel-, Peer- und Gruppenarbeitsphasen hängen mit dem Raum, in dem gelernt und gearbeitet werden soll, zusammen.

Die Schulleitungen der Bildungseinrichtungen müssen daher bereits bei der Belegung und der Ausstattung von Räumen die Anforderungen kompetenzorientierter Lehre berücksichtigen und Zeit und Raum für rhythmisiertes, lernerzentriertes und selbstbestimmtes Lernen schaffen. Ist das Vorhandensein von Arbeitsräumen in einer Bildungseinrichtung per se sehr begrenzt, können auch sogenannte Multifunktionsräume benannt werden – zum Beispiel können Teile der Cafeteria (in Absprache mit dem Betreiber) bei Platzmangel zeitweise zur Durchführung von Gruppenarbeiten genutzt werden.

Begrenzte Raumkapazitäten lassen sich in gewissem Grad auch durch den Ausbau von E-Learning-Infrastrukturen und des Angebotes digitaler Medien abmildern. Die für die Etablierung

solcher Strukturen notwendigen zeitlichen und personellen Ressourcen müssen seitens des Bildungsmanagements und der Schulleitungen eingeplant werden. Durch die gemeinsame Entwicklung und Einführung digitaler Angebote in organisationsübergreifender Abstimmung und Zusammenarbeit können finanzielle und personelle Ressourcen zumindest partiell eingespart werden.

4. Lehren und Lernen entwickeln

Ziel dieses Handlungsfeldes ist die Etablierung umfassender didaktischer Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen für die Lehrpersonen in Bezug auf die eigene

pädagogische Grundhaltung. Dadurch wird die didaktische Umsetzung von Rhythmisierungskonzepten – das heißt durch den Einsatz verschiedener Methoden und unterschiedlicher Medien sowie durch die Anwendung mehrerer Aktions- und Sozialformen seitens der Lehrpersonen – gefördert.

Der Selbststeuerung der Lernprozesse durch die Lernenden selbst wird organisationsübergreifend beispielsweise bislang nur wenig Raum gegeben. Hier gilt es, die didaktische Kompetenz der Lehrpersonen zu stärken, um u. a. die Gestaltung der eigenen Lernprozesse der Lernenden zu ermöglichen und im Sinne der konstruktivistischen Didaktik situationsunabhängig als Lernbegleitung zu agieren. Eine solche Sensibilisierung der Lehrpersonen für eine konstruktivistisch-pädagogische Grundhaltung und die Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen zur Nutzung von konstruktivistischen Verfahren und Techniken kann durch eine verpflichtende einheitliche pädagogische Grundausbildung der Lehrpersonen über alle Organisationen hinweg im Rahmen des in Handlungsfeld 2 benannten Basismoduls erreicht werden.

Zur Umsetzung genannter methodischer Prinzipien im Unterricht ist die Verfügbarkeit didaktischer Materialien und Hilfestellungen bedeutend. Hierfür müssen den Lehrpersonen Materialien, Best-Practice-Beispiele und konkrete Unterrichtssequenzen zur Verfügung gestellt werden. Als Instrument zur Stärkung der Lehr- und Lernkultur in diesem Kontext ist die akteursunabhängige Einrichtung einer virtuellen „Toolbox“ sinnvoll, um die im Basismodul erlernten didaktischen Strategien durch Materialien, didaktische Einheiten (inkl. Medien- und Methodenempfehlungen) und Erfahrungsberichte für die Lehrpersonen im eigenen Unterricht leichter zu realisieren.

Um den Lehrenden eine Hilfestellung im didaktischen Ausbau ihrer Lehrveranstaltungen bieten können, sollten diese neben einer Toolbox auch individuelle Unterstützung durch ausgebildete Bildungsexperten, die sogenannten Didaktik-Agents, erhalten. Die Didaktik-Agents sind Lehrpersonen bzw. festangestellte pädagogische Mitarbeiter der einzelnen Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz, die über besondere didaktische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen.

Die Aus- und Fortbildung im Bevölkerungsschutz gliedert sich originär zumeist in einen Theorie- und einen Praxisteil der Lehrgänge. Dadurch wird eine lernförderli-

che Rhythmisierung (Wechsel von An- und Entspannung durch Methodenwechsel und Nutzung verschiedener Sozial- und Aktionsformen) in den Theorieeinheiten vielfach nicht oder kaum genutzt. Diese Handlungsempfehlung zielt darauf ab, die Lehrpersonen dazu zu ermutigen, ihre pädagogischen Kompetenzen der handlungs- und kompetenzorientierten Unterrichtsgestaltung (u. a. erlangt im Basismodul) proaktiv in ihre Bildungseinrichtungen einzubringen und in den Lehrveranstaltungen anzuwenden. Auch sollten die Lehrpersonen zur Gestaltung und Weiterentwicklung ihrer Lehrveranstaltung didaktische Unterstützungsangebote (z. B. Toolbox, Didaktik-Agents) hinzuziehen. Um die Umsetzung dieser Empfehlung seitens der Lehrpersonen zu ermöglichen und zu fördern, ist das Bildungsmanagement der Akteure bzw. sind die Schulleitungen der Bildungseinrichtungen dafür verantwortlich, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (vgl. Handlungsfeld 2: „Bildungslandschaft gestalten“ und Handlungsfeld 3: „Lernräume schaffen“).

Ausblick

Die Handlungsempfehlungen bilden in ihrer Gesamtheit die Grundlage einer pädagogischen Neuausrichtung der Bildung im Bevölkerungsschutz. Die einzelnen Empfehlungen bedingen einander: Strukturelle Veränderungen bei Räumen und Ausstattung allein führen nicht automatisch zu einer neuen Lehr-Lernkultur. Ein kompetenzorientiertes Bildungsverständnis in den Köpfen der Lehrpersonen wiederum lässt sich in der Praxis nur umsetzen, wenn die Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind. Die Bildung im Bevölkerungsschutz, wenn nicht der Bevölkerungsschutz als Ganzer befindet sich an einer Weggabelung. Politische Entscheidungsträger haben die Herausforderungen erkannt: die Politische Relevanz zum Handeln ist durch die zu Beginn dieses Beitrages genannten Ereignisse gegeben. Die wissenschaftlich erarbeiteten Handlungsempfehlungen liegen vor. Nun gilt es auf allen Ebenen von der Politik über das Bildungsmanagement bis hin zu den Lehrenden die richtigen Schritte zu gehen und zu einer Umsetzung durch eine Verzahnung der vorgestellten Scharniere zu gelangen.

Lars Gerhold ist Professor für Interdisziplinäre Sicherheitsforschung und Leiter des Forschungsforums Öffentliche Sicherheit an der Freien Universität Berlin. Er leitete das Forschungsprojekt „Bildung im Bevölkerungsschutz“, welches Grundlage dieses Beitrages ist.

Stefan Bornemann ist Professor für Sozialpädagogik und Management und Wissenschaftlicher Studienortleiter an der Internationalen Berufsakademie (iba) in Kassel. Er ist Direktor des Institute for Future Design (if) (www.if-future-design.de) und war beim Forschungsprojekt „Bildung im Bevölkerungsschutz“ Wissenschaftlicher Berater für pädagogische und didaktische Fragestellungen.

Anna Guerrero Lara war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Bildung im Bevölkerungsschutz“.

Motivation im Hochwassereinsatz

Eine Analyse der Zufriedenheit von Einsatzkräften und Helfern in den Hochwassereinsätzen 2021 und 2013 in Deutschland

Alexander Fekete, Christian Baumgarten und Christian Bentler

Die Mitte Juli durch starke Regenfälle ausgelösten Überschwemmungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz führten zu Todesopfern und Schäden, die es in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit (seit 1962) nicht gab. Während Fluss- und kleinere Starkregenüberschwemmungen in den letzten Jahren häufiger aufgetreten sind, waren pluviale (durch Regen ausgelöste) Hochwasserschäden in dieser Größenordnung nicht vorstellbar. Besonders die hohe Zahl der Todesopfer wurden im Industrieland Deutschland als Schock empfunden. Ähnlich wie bei anderen Hochwasserkatastrophen in anderen Ländern begann bald die öffentliche Debatte über Verantwortung und mögliche Schuldige. Das Krisenmanagement wurde von den Medien und der Öffentlichkeit in Teilen stark kritisiert.

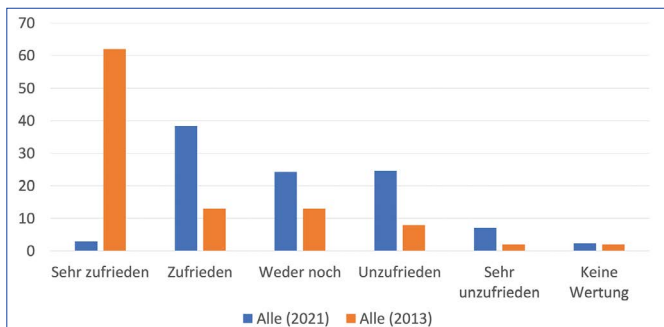


Abb. 1: Zufriedenheit mit dem Hochwassereinsatz.

Während es in Deutschland und weltweit viele Studien nach den großen Hochwasserereignissen 1993, 1995, 1997, 2002, 2006, 2013 gab, wurde die Perspektive der Bedürfnisse und Motivation von Einsatzkräften und anderen Helfenden bisher kaum durch Studien behandelt. Das Thema der freiwilligen Helfenden wurde in Deutschland vor allem nach dem Hochwasser 2013 zu einem Forschungsthema. Die Einsatzkräfte stehen bei der Bewältigung von Katastrophen an vorderster Front und sind daher eine wichtige Akteursgruppe, die es zu untersuchen gilt. Eine ähnliche Studie, die wir 2013 nach den großen Flussüberschwemmungen in Deutschland durchgeführt haben, zeigte einen großen Mitteilungsbedarf auf: Eine hohe Anzahl von Helfenden antwortete auf die Umfrage zur Zufriedenheit mit dem Einsatz (Teilnehmer Anzahl N=3377). Aus den Antworten ergaben sich bereits wichtige Erkenntnisse zur Gesamtzufriedenheit, zu Kommunikations- und Koordinationsaspekten und zu den daraus zu ziehenden Lehren¹. Es wurde deutlich, dass

Studien, in denen Ersthelfende und andere am Krisenmanagement beteiligte Akteure zu ihren Erkenntnissen und Meinungen befragt wurden, noch immer fehlen. Um die Effizienz des Krisenmanagements bei den Überschwemmungen im Jahr 2021 besser zu verstehen, ist es wichtig, die Erkenntnisse der Interessengruppen zu analysieren, die zu die-

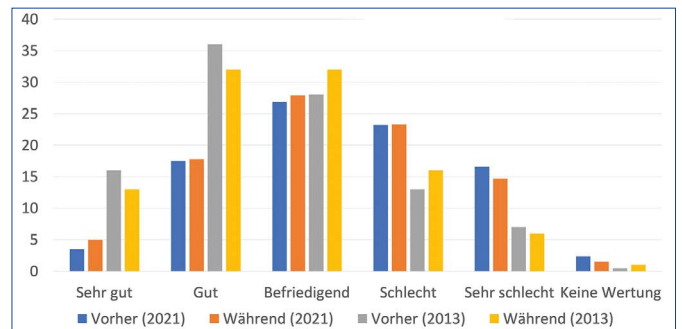


Abb. 2: Die Informationsbereitstellung vor und während der Einsätze 2021 und 2013.

sem Zeitpunkt aktiv im Krisenmanagement tätig waren. Daher wurde eine Umfrage vom 1. bis 21. September 2021 online durchgeführt², um ein breites Spektrum dieser Gruppe aus allen Rollen- und Organisationsebenen einzubeziehen.

Erste Ergebnisse der Umfrage

Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Einsatz beim Hochwasser insgesamt haben 2013 wie auch 2021 die meisten positiv beantwortet (Abb. 1). Es fällt jedoch auf, dass 2013 weitaus mehr auch „sehr zufrieden“ angaben. Die Gruppe der freiwilligen Helfer war 2021 insgesamt auch etwas weniger zufrieden mit dem Einsatz.

Die Versorgung mit Informationen war ein Hauptthema in der Diskussion, die nach der Flut teilweise auch in der Öffentlichkeit erfolgte. Die Informationsbereitstellung wurde vor und während den Einsätzen insgesamt ausgewogen

1 Baumgarten, C & Bentler, C 2015, Analyse der persönlichen Zufriedenheit von Einsatzkräften während der Hochwasserkatastrophe 2013 in Deutschland. Eine Umfrage zur Steigerung der Motivation von Helfern im Bevölkerungsschutz. In: Integrative Risk and Security Research, 2/2015, Cologne.
 2 Weitere Ergebnisse sowie Angaben zur Durchführung und Methodik werden auf unserem Blog veröffentlicht: riskncrisis.wordpress.com

sowohl positiv als auch negativ bewertet (Abb. 2). Im Jahr 2013 wurde Sie noch etwas positiver gesehen. Weitere Detailfragen und offene Antworten in der Umfrage brachten noch weitere Gründe für diese Einschätzungen zutage (Tab. 1).

Probleme	Häufigkeit	Prozent
Fehlende Informationen	980	51
Führung und Koordinierung im Feld	956	50
Digitaler Funk	761	40
Alarmierung / Einsatzvorbereitung / Einsatzaufzeichnung	725	38
Unterlast / lange Pausen / Wartezeiten	718	38
Fehlinformationen aus offiziellen Quellen	611	32
Ablösung, lange Schichten	601	32
Zuweisung von Aufgaben (an eine Person)	593	31
Unkooperative Bevölkerung / Gemeinschaft	529	28
Fehlinformationen durch die Medien	507	27

Tab. 1: Hatten Sie Probleme in diesen Themenbereichen? (Mehrfachantworten, 2021, N=1903)

Zur Frage der Zusammenarbeit unter den Helfern zeigen die Ergebnisse ein insgesamt sehr positives Bild; rund 92% stimmen zu, dass die Zusammenarbeit als mindestens zufriedenstellend, gut oder sogar sehr gut (40,3%) empfunden wird. (Abb. 3). Die Zusammenarbeit wurde im Jahr 2013 noch etwas besser wahrgenommen.

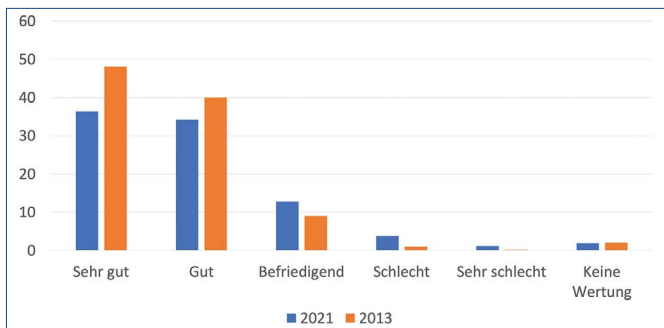


Abb. 3: Die Zusammenarbeit unter den Helfern.

Die Ergebnisse zu den psychischen Belastungen zeigen eine Tendenz zu eher hohen psychischen Belastungen in allen Gruppen (Abb. 4). Interessant ist aber auch die relativ hohe Zahl der Antworten, die geringe oder sehr geringe

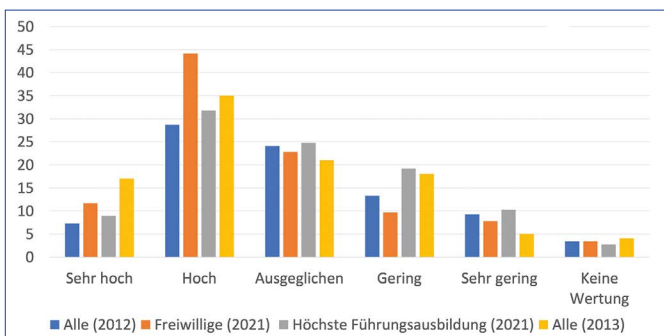


Abb. 4: Die psychische Belastung aller Einsatzkräfte, der Freiwilligen (N=205) und derjenigen mit der höchsten Fortbildungsstufe (N=209).

Belastungen oder Probleme angeben. Ob dies auf das allgemeine berufliche alltägliche Tätigkeiten in der Gefahrenabwehr zurückzuführen ist, muss anhand der Daten weiter untersucht werden. Ein erster Vergleich mit der Gruppe der Freiwilligen zeigt, dass diese eine höhere psychische Belastung angab, während diejenigen mit der höchsten Ausbildung niedrigere Werte angaben.

Das Thema Kritische Infrastrukturen hat in den letzten Jahren im Krisenmanagement stark an Bedeutung gewonnen. Da in der unmittelbaren Folge des Hochwassers 2021 Schäden an Straßen, Brücken, Bahn, Strom, Wasser und Ab-

Infrastruktur	Häufigkeit	Prozent
Verkehrswege	968	52
Kommunikationsverbindungen (zivil, privat)	716	39
Digitalfunk	709	38
Elektrizität	550	30
Wasser	507	27
Abwasser	333	18
Verpflegung	314	17
Andere (welche?)	30	2
keine Beeinträchtigung	421	23

Tab. 2: Frage: Hat Sie ein Ausfall der Infrastruktur während des Einsatzes beeinträchtigt? (Mehrfachantworten, N=1852)

wasser, IT und Kommunikation zentrale Themen in der Berichterstattung und den öffentlichen Medien waren, wurde eine zusätzliche Frage zum Ausfall von Infrastrukturen hinzugefügt (Tab. 2). Es war von Interesse herauszufinden, welche Faktoren sich am stärksten auf die Fähigkeiten des Krisenmanagements zur Bewältigung der Überschwemmungen ausgewirkt haben. Verkehrswege wurden von 52% als Beeinträchtigung angegeben, gefolgt von Kommunikationsverbindungen und dem Digitalfunk.

Risiken	Häufigkeit	Prozent
Nein	845	46
Nicht eingehaltene Ruhezeiten	336	18
Fehlinformationen	311	17
Überschwemmungen	272	15
COVID-19	166	9
Verstöße gegen die Einsatzgrundsätze	164	9
Gewalt gegen Rettungsdienste	140	8
Andere	116	6
Keine Angaben	137	7

Tabelle 3. Frage: Gab es Situationen, in denen Sie sich selbst gefährdet fühlten? (Mehrfachantworten, N=1852).

Die Gespräche mit Spontanhelfenden und Einsatzkräften in den vergangenen Jahren zeigten, dass Gewalt und Anfeindungen gegen sie zunehmen. Es war aber auch interessant die Helfenden zu fragen, welche Risiken sie selbst wahrnehmen würden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit (47%) keine Risikosituationen wahrgenommen hat (Tab. 3). Von den genannten Risiken standen nicht eingehaltene Ruhezeiten (18%)

und Fehlinformationen an erster Stelle (17%), dicht gefolgt von den Überschwemmungen (15%).

Ebenso wurde auch nach positiven Erfahrungen gefragt. Grundlage hierfür waren die Erkenntnisse aus dem Jahr 2013, aber auch die Diskussion mit Einsatzkräften während des Hochwassereinsatzes 2021 sowie die Medienberichte über die Solidarität im Einsatzgebiet. Die Auswertung der am häufigsten genannten Begriffe zu dieser offenen Frage zeigt, dass Dankbarkeit, Zusammenhalt mit der betroffenen Bevölkerung und den Einsatzkräften sowie der damit verbundene Begriff Kooperation am häufigsten genannt wurden. Nur 9 Befragte äußerten keine positiven Erfahrungen (Tab. 4).

	Häufigkeit	Prozent
Dankbarkeit	219	24
Zusammenhalt	182	20
Zusammenarbeit	148	16
Hilfsbereitschaft	90	10
Kameradschaft	49	5
Verpflegung	36	4
Mannschaft	30	3
Solidarität	22	2
Keine	9	1

Tab. 4: Frage: Gab es Aspekte Ihres Einsatzes, die Sie als besonders positiv empfunden haben? (Offene Frage, N=911).

Nach Fragen zu Problemen, Risiken und positiven Erfahrungen wurde nach Verbesserungsvorschlägen gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass Verbesserungen vor allem im Bereich „Führung und Kontrolle“ (58%) für notwendig erachtet werden, gefolgt von der „Koordination der Einsatzkräfte“ (55%). Mehr als 50% geben auch an, dass die „Ausrüstung der Organisation“, der „Austausch, die Rückmeldung zwischen den Organisationen“, die „Bedarfsplanung, die Vorplanung“, der „Austausch über die Grenzen der Bundesländer hinweg“ und die „Information der Bevölkerung über Aktivitäten und Grenzen der Aktivitäten der Einsatzkräfte“

	Häufigkeit	Prozent
Führung und Kontrolle	1108	58
Koordinierung der Einsatzkräfte	1055	55
Ausrüstung der Organisation	1021	53
Austausch, Rückmeldung zwischen Organisationen	1016	53
Bedarfsplanung, Vorplanung	1014	53
Austausch über die Grenzen der Bundesländer hinweg	993	52
Information der Bevölkerung, über die Aktivitäten und Grenzen der Aktivitäten der Einsatzkräfte	992	52
Vorbereitung/Planung für längere Einsätze	868	45
Kommunikation	792	41
Information über Warnung und Verhalten	687	36

Tab. 5: Frage: In welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach Verbesserungen notwendig, damit die Freiwilligen zufriedener von künftigen Einsätzen zurückkehren? (Mehrfachantworten, N= 1911).

notwendig sind (Tab. 5). Die drei am wenigsten ausgewählten Punkte sind „Nachsorge“, „digitale Plattformen“ und „psychologische und soziale Unterstützungsdienste“.

Der Hintergrund der Befragten im Jahr 2021

Die Mehrheit der Befragten war noch nie an einem Hochwassereinsatz dieser Größenordnung beteiligt (54%), aber 32% hatten bereits an mehreren solchen Einsätzen teilgenommen. Die Zahlen sind ähnlich wie bei der Studie von 2013 (52% bzw. 28%).

Die meisten Befragten lebten in der näheren Umgebung der betroffenen Gebiete, im Umkreis von 50 km (34%) oder im selben Bundesland (45%), 19% wohnten mehr als 50 km entfernt. Im Jahr 2013 lebten 44% in einem anderen Bundesland und mehr als 50 km entfernt. Etwa 8% waren 2021 selbst von den Überschwemmungen betroffen.

Die Mehrheit der Befragten ist männlich (80,6%), 18,6% sind weiblich. Personen, die älter als 60 Jahre sind, haben sich kaum beteiligt (1,8%), jüngere Altersgruppen sind recht gleichmäßig vertreten, mit einer Tendenz zu 35 Jahren und jünger. Im Jahr 2013 waren die Altersprofile fast ähnlich, während die Geschlechterverteilung 90% männlich und 10% weiblich war.

Die Dauer der Einsätze variierte zwischen 8 Stunden und mehr als 4 Wochen. Recht viele wurden 2021 über eine oder zwei Wochen eingesetzt (23,7%), 2013 betrug die durchschnittliche Dauer eine Woche.

Was die Rolle während des Hochwassereinsatzes 2021 betrifft, so hatte die Mehrheit keine Führungsfunktion (48%) und einige waren freiwillige Einsatzkräfte (11%). Von denjenigen, die eine Führungsrolle innehatten, waren alle Positionen in fast gleicher Zahl beteiligt. Bei den Fachdiensten wurden die meisten für technische Hilfeleistung aktiviert (44%). Die Qualifikationsniveaus der Führungskräfte waren recht gleichmäßig auf alle Positionen verteilt, 29% hatten keine formale Qualifikation. 75% waren im Rahmen eines Ehrenamts tätig, wozu sowohl organisierte Freiwilligenorganisationen als auch wahrscheinlich viele nicht organisierte oder spontane Freiwillige sich in der Umfrage zählten. Weitere 8% waren beruflich tätig. Auf Anregung aus Gruppendiskussionen in der Entwicklung der Umfrage hin wurde in der Umfrage auch nach denjenigen gefragt, die sich in beiden Rollen, sowohl beruflich als auch ehrenamtlich engagieren. Diese Zahl liegt bei 14%. Dies deutet auf eine hohe Motivation derjenigen hin, die helfen wollen; sogar doppelt, sowohl in ihrer beruflichen Tätigkeit als auch im Ehrenamt.

Die Hauptmotivationen der Befragten, sich an den Hochwassereinsätzen zu beteiligen, waren „Menschen retten“ (72%) oder „der Gesellschaft dienen“ (70%), wie durch eine spezielle Zusatzfrage dazu erfasst wurde (Tab. 6). Aber auch „eine Gefahr bekämpfen“ und „Kollegen/Team“ waren Motivationen für die Mehrheit der Befragten. Nahezu die Hälfte der Befragten wählte „um die Arbeit zu erledigen“. Einige der in den Gruppendiskussionen vor dem Test erörterten Hypothesen, wie z. B. „Ansehen/Anerkennung erlangen“

oder „eine Gefahr sehen/ erleben“, wurden nicht so häufig wie erwartet ausgewählt. Aber „Hilfe von außen“ wurde häufiger gewählt als erwartet und war am häufigsten.

Wichtigste Motivation	Häufigkeit	Prozent
Menschen zu retten	1253	72
Der Gesellschaft dienen	1225	70
Eine Gefahr bekämpfen	1027	59
Ihre Kollegen/Team	997	57
Die Arbeit zu erledigen	825	47
Nicht vor Ort sein / von außen helfen	316	18
Die eigenen Fähigkeiten testen	283	16
Ansehen/Anerkennung erlangen	136	8
Eine Gefahr sehen/ erleben	111	6
Andere Aspekte	72	4
Nicht angegeben	14	1

Tabelle 6. Die wichtigsten Beweggründe der Befragten, sich an den Hochwassereinsätzen zu beteiligen (N=1744)

Ein weiterer Aspekt, der in gewisser Weise mit der Motivation zur Teilnahme an einem Einsatz zusammenhängt, sind die Sorgen, wenn man zu einem Einsatz gerufen wird. Die Mehrheit äußerte sich besorgt, wenn es bei dem Einsatz um Kinder geht (57%). Die zweithäufigste Sorge ist „aggressive Gemeinschaften“ (42%). Für etwa ein Drittel macht es keinen Unterschied (28%). Interessant ist, dass die Besorgnis über sogenannte Risikopersonen oder schutzbedürftige (auch „vulnerable“) Personen recht hoch ist, nämlich bei 83%, wenn man die Besorgnis über Kinder und ältere Menschen kombiniert. Es ist jedoch bemerkenswert, dass in einem Land wie Deutschland 42% der Befragten über aggressive oder feindselige Gemeinschaften besorgt sind.

Methodische Einschränkungen

Die hier vorgestellten Ergebnisse umfassen einen umfangreichen Datensatz, der für diesen Artikel bisher nur vorläufig ausgewertet wurde. Weitere Vergleiche der Ergebnisse nach Interessengruppen, nach Alters- und Geschlechtsgruppen, nach Ausbildungsniveau usw. werden ebenso noch durchgeführt wie deskriptive statistische Tests. Die 94 Seiten offene Antworttexte müssen dahingehend analysiert werden, welche weiteren Details zur Erklärung der quantitativen Umfrageergebnisse abgeleitet werden können.

Es wurde darauf geachtet, dass keine doppelten Erhebungen durchgeführt werden, aber andererseits können bestimmte sich überschneidende Fragen oder zusätzliche Fragen sehr nützlich sein, um Ergebnisse zu vergleichen und auch eine Entwicklung innerhalb bestimmter Zeitphasen nach der Katastrophe zu erfassen. Um die laufenden Erhebungen und Datenerhebungen besser aufeinander abzustimmen und den Aufwand für die Beteiligten zu reduzieren, haben wir eine Website und ein Netzwerk eingerichtet, um andere Forscher mit ihren laufenden Untersuchungen zusammenzubringen (auf: www.dkkv.org).

Fazit

Die Ergebnisse bestätigen das Gesamtbild aus dem Jahr 2013: Während unter den beruflichen und organisierten Helfenden eine große Unzufriedenheit mit den Einzelheiten des Einsatzes besteht, sind die allgemeine Zufriedenheit und die Motivation, Hilfe zu leisten und bei Hochwassereinsätzen aktiv zu sein, hoch. Die spezifischen Ergebnisse pro Frage der Umfrage zeigen ein ausgewogenes Bild zwischen positiven Erfahrungen und Lücken, Problemen sowie verbesserungswürdigen Bereichen. Die Diskussion zeigt, dass es sich bei Ersthelfenden und Einsatzkräften um eine spezielle Zielgruppe mit hohen Ambitionen handelt, die erstaunlich offen ist, wenn es darum geht, Mängel in der Koordination und Kooperation anzusprechen. Wie schon in den Fokusgruppendifkussionen zuvor vermittelt dies den Eindruck einer Zielgruppe, die hoch motiviert ist, zu helfen und sich zu engagieren und auch Kritik zu üben, um die allgemeine Funktionsfähigkeit und die Fähigkeiten des gesamten Krisenmanagementsystems zu verbessern. Dies ist insofern interessant, als sich derartige Anforderungen auf das Management selbst in Zeiten einer Katastrophe richten, die in der Regel dadurch gekennzeichnet ist, dass sie selbst die besten Vorbereitungen überfordert. Die Erhebungsmethodik zeigt auch Bereiche für weitere Verbesserungen auf, wie z. B. eine detailliertere Analyse der Abschnitte mit offenen Fragen und Vergleiche mit anderen Studien. Mehr noch: sie zeigt, dass andere Gruppen wie etwa die freiwilligen Helfenden oder die Betroffenen selbst analysiert werden müssen, um das Bild der unterschiedlichen Ansichten über das Krisenmanagement als System, seine Funktionsweise und seine Verbesserungsmöglichkeiten zu vervollständigen. Aber auch Themenbereiche für weitere Forschungen werden identifiziert, wie z. B. die Forderung nach mehr Forschung über die soziale Verwundbarkeit von Hilfsbedürftigen, Gewalt in Gemeinden und Sorgen von Ersthelfenden. Die Infrastrukturausfälle weisen auf weiteren Forschungs- und Praxisbedarf zur Selbstautonomie von Krisenmanagementorganisationen hin. Selbstständigkeit, Zufriedenheit, Motivation, Koordination, Kooperation und Organisation tragen dazu bei, das Krisenmanagement „resilienter“ zu machen, um die nächste Flut zu bewältigen. Und um diese Bemühungen langfristiger, dauerhafter, ausgewogener und damit auch nachhaltiger zu gestalten.

Alexander Fekete lehrt Risiko- und Krisenmanagement am Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der Technischen Hochschule Köln seit 2012.

Christian Baumgarten ist Ingenieur für Risiko- und Krisenmanagement und seit 2015 in der privaten Versicherungswirtschaft tätig und ehrenamtliche Führungskraft im Katastrophenschutz.

Christian Bentler ist Ingenieur für Risiko- und Krisenmanagement, arbeitet aktuell beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und ist seit vielen Jahren in unterschiedlichen (Führungs-) Positionen im Katastrophenschutz tätig.

Verwandte Begriffe zu Verwundbarkeit und Resilienz im Risiko- und Sicherheitsdiskurs

Übersicht und Diskussion

Celia Norf

Die Begriffe Verwundbarkeit und Resilienz sind aus der nationalen wie internationalen Auseinandersetzung mit Risiko und Unsicherheit nicht mehr wegzudenken und werden mittlerweile von Wissenschaft und Praxis gleichermaßen genutzt. Gleichzeitig scheint die Diskussion über ihre genaue inhaltliche Bedeutung sowie ihren Nutzen für ein effektives Risiko- und Krisenmanagement für viele aus Wissenschaft und Praxis nicht abgeschlossen und es finden sich eine Reihe an Veröffentlichungen, die diese Diskussion umfassend wiedergeben (z. B. [1; 7; 8; 15])* . Was hingegen in diesem Kontext stets wesentlich weniger Beachtung findet, ist die Beobachtung, dass sich sowohl in explizit angegebenen Definitionen als auch in impliziten Beschreibungen von Verwundbarkeit und Resilienz eine Vielzahl von Begriffen finden, die selbst einer inhaltlichen Erklärung bedürfen. Diesen Bedarf aufgreifend rückt dieser Beitrag diese Begriffe in den Fokus und stellt sie in ihrer Kernbedeutung vor.



Übersicht der hier diskutierten verwandten Begriffe zu Verwundbarkeit und Resilienz im Risiko- und Sicherheitsdiskurs. (Grafik: Celia Norf)

Damit möchte dieser Beitrag die Leserschaft nicht nur hinsichtlich eines verbesserten Begriffsverständnisses unterstützen, sondern darüber hinaus anregen, Schlagwörter im Kontext des Bevölkerungsschutzes mit Bedacht zu nut-

zen. Denn vielfach sind diese Schlagwörter in ihrer Bedeutung so vielschichtig, dass es nicht ausreicht, diese ohne weitere Erklärung zu nennen und in diesem Zuge indirekt anzunehmen, das Gegenüber wisse sicherlich, was darunter zu verstehen sei. Stattdessen bedarf es einer Bereitschaft, das eigene Verständnis dieser vielschichtigen Begriffe dem Gegenüber zu erläutern. Nur darüber kann vermieden werden, bei Gesprächen mittels vermeintlich gleichen Begriffen in unterschiedliche Richtungen zu denken und zu handeln. Insbesondere im inter- und transdisziplinären Feld des Bevölkerungsschutzes, in dem sich aufgrund des gemeinsamen Zieles – das Leben von Menschen zu schützen – eine Reihe an unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen, Ausbildungshintergründen und Organisationskulturen vereinen, ist eine gemeinsame Verständigungsbasis essenziell. Denn auch wenn die Herstellung einer solchen gemeinsamen Verständigungsbasis anfangs mühselig erscheint, bildet diese die Grundpfeiler für ein abgestimmtes und damit zielführendes Handeln.

Als Ergänzung zu vielen anderen Bemühungen in Richtung dieser gemeinsamen Verständigungsbasis im Bevölkerungsschutz stellt dieser Beitrag nun folgende Begriffe im Kontext von Verwundbarkeit und Resilienz vor. Diese Vorstellung erfolgt alphabetisch sortiert und möglichst kompakt, je nach begrifflicher Komplexität allein über eine reine Angabe einer gängigen und aktuellen Definition oder über eine zusätzliche Einbettung in die aktuelle wissenschaftliche Diskussion:

Absorption

Der Begriff adressiert das Absorbieren von Schocks und Störungen als eine von mehreren Fähigkeiten eines resilienten Systems [3]. Eine eigene wissenschaftliche Definition des Begriffes findet sich in der Literatur allerdings nicht. In Abgrenzung zu „Zurückspringen“, wo ein System nur ein Gleichgewicht besitzt und Resilienz meint, dass ein System nach einem Ereignis zu dem alten Gleichgewicht zurück-

* Die sehr umfangreichen Quellenangaben finden Sie unter www.bbbk.bund.de Infothek > Magazin Bevölkerungsschutz

kehrt, wird bei der Angabe des Absorption-Begriffes meist angenommen, dass ein System multiple Gleichgewichte besitzt. Demnach braucht ein System nach einem Ereignis nicht zum Ausgangszustand zurückzukehren, um resilient zu sein, sondern kann ein neues Gleichgewicht erreichen, das zu einem mindestens gleichwertigen Zustand führt [4; 14; 16; 22].

Anpassung und Anpassungskapazität

Anpassung beschreibt den „Prozess der Ausrichtung auf das tatsächliche oder erwartete (...) [Ereignis] und dessen Auswirkungen“ mit dem Ziel „Schäden zu vermindern oder zu vermeiden, oder vorteilhafte Möglichkeiten zu nutzen“ [10, S. A-3]. In Abgrenzung zu „Transformation“ ist Anpassung „eher direktes Lernen aus dem erfahrenen Ereignis“ [11, zitiert nach 5, S. 40]. Meist findet sich bei der Angabe des Anpassungs-Begriffes die Sichtweise, dass es bei Resilienz nicht darum geht, nach einem Ereignis zu einem irgendwie gearteten Gleichgewicht zurückzufinden. Stattdessen geht es im Rahmen von Anpassung um die Fähigkeit von Systemen, sich so zu anpassen, dass Kernstrukturen bestehen bleiben [22, S. 89].

Anpassungskapazität meint die „Fähigkeit von Systemen, Institutionen, Menschen und andere Lebewesen, sich auf potenzielle Schädigungen einzustellen, Vorteile zu nutzen oder auf Auswirkungen zu reagieren“ [10, S. A-3]. In manchen englischsprachigen Veröffentlichungen findet sich auch der Begriff „Adaptability“ als Synonym zu „Adaptive Capacity“ und ist damit ebenfalls als Anpassungsfähigkeit zu verstehen [3; 12]. In Abgrenzung zu Bewältigungskapazität, i. e. „Coping Capacity“ meint Anpassungskapazität einen längerfristigen strategischen Prozess [3, S. 2].

Bewältigung und Bewältigungskapazität

Bewältigung beschreibt den „Einsatz verfügbarer Fähigkeiten, Ressourcen und Möglichkeiten, um negativen Bedingungen zu begegnen, sie zu managen und zu überwinden, mit dem Ziel, kurz- bis mittelfristig eine grundlegende Funktionsfähigkeit von Menschen, Institutionen, Organisationen und Systemen herzustellen“ [10, S. A-4]. Bewältigungskapazität bezeichnet die Fähigkeit, mit den Einwirkungen des Ereignisses für eine kurze Zeit umgehen zu können oder nach dem Ereignis eine schnelle Wiederherstellung des Ausgangszustandes zu erreichen“ und kann als Synonym zu „Erholung“ (Englisch: Recovery) angesehen werden [3, S. 3]. In Abgrenzung zu Anpassungskapazität als längerfristigen strategischen Prozess meint Bewältigungskapazität „direkte Maßnahmen in, vor, oder nach einem Ereignis“ (ebd.)

Flexibilität

Im Rahmen der jüngeren wissenschaftlichen Diskussion von Resilienz ist die häufige Nennung von Flexibilität auffällig. Eine eigene Definition ist nicht zu finden, allerdings wird Flexibilität oftmals als wünschenswerte Eigenschaft im Umgang mit Gefahren betrachtet und zudem teilweise als Synonym zu Resilienz selbst verwendet, demnach gilt ein flexibles System als resilient und umgekehrt [3; 4; 17].

Lernen

In jüngeren Definitionen von Resilienz wird das Konzept definiert als Zusammenspiel von Anpassung, Lernen und Transformation und resiliente Systeme werden oftmals als lernende und sich ständig anpassende Systeme beschrieben [7; 10, S. A-24]. Eine eigene Definition von Lernen ist nicht auszumachen und vielleicht ist dieser Mangel an Konzeptualisierungen Grund dafür, dass sich der Lern-Gedanke bisher kaum in konkreten Maßnahmen zu Resilienz findet [6, S. 15].



Foto: Wokandapix / CC0 Public Domain / pixabay.com

Transformation und Transformabilität

Transformation meint die „Veränderung der fundamentalen Eigenschaften natürlicher Systeme und solcher des Menschen“ [10, S. A-27]. In Abgrenzung zu Anpassung ist Transformation ein „komplexes bzw. abstraktes Lernen (...), das die Systemstruktur umfassend verändert“ ([11, zitiert nach 5, S. 40]). „Transformability“ meint dementsprechend die Fähigkeit von Systemen zur Transformation.

Vorsorge

Der Vorsorge-Begriff und das hierzu gehörende Konzept Vorsorgeprinzip bzw. „Precautionary Principle“ sind für Risiko Governance und den Umgang mit Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität von zentraler Bedeutung. Allerdings fehlt es an einer einheitlichen Definition und Konzeptualisierung des Vorsorge-Begriffes und die entsprechende Vielfalt an Vorsorgeansätzen und Definitionen des Vorsorgeprinzips reflektieren „die unterschiedlichen Intentionen, die unterschiedliche Akteure mit Vorsorge verbinden, sowie die unterschiedlichen Kontexte, in die Vorsorgeansätze eingebettet sind“ [9, S. 277; 13; 18]. Im Rahmen dieser Arbeit meint Vorsorge die „Summe aller vorbeugenden und vorbereitenden Maßnahmen, die zur Vermeidung, Verringerung und/ oder Bewältigung von (...) Schadensereignissen ergriffen werden können“ [2, S. 55].

Vorbereitung

Der Begriff wird in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Vulnerabilität und Resilienz oft genannt, allerdings findet sich nur in wenigen Fällen eine eigene Definition und Beschreibung. Nach Mayer (2012) stellt Vorbereitung eine Phase von Vorsorge dar, „durch die dem Vorsorgekonzept eine (...) zeitliche Struktur unterlegt wird“ (S. 165). Im Zuge dessen beschreibt Vorbereitung „das ereignisbezogene Handeln kurz vor dem Ereignis“ [13, S. 165].



Foto: Gerd Altmann / CC0 Public Domain / pixabay.com

Vorwärtsspringen

Der Begriff Vorwärtsspringen wird zur Beschreibung von Resilienz genutzt, wobei sich eine eigene wissenschaftliche Definition nicht finden lässt. In Abgrenzung zu „Zurückspringen“ wird er im Rahmen von „Anpassung“ (Englisch: „Adaptation“) genannt und beschreibt eine kontinuierliche Anpassungskapazität von Systemen an Wandlungsprozesse bei gleichzeitiger Beibehaltung von Kernstrukturen [19; 20; 22, S. 89].

Zurückspringen

Der Begriff Zurückspringen wird genutzt, um das Verständnis von Resilienz als „die Fähigkeit zur Wiederherstellung des Systems (...) nach der Einwirkung von Störungen und Schocks“ zu beschreiben [3, S. 2]. Damit ist er inhaltlich gleichzusetzen mit den Begriffen „Erholung“ und „Bewältigungskapazität“, die die Rückkehr zum Normalzustand als einzigen Gleichgewichtszustand meinen. [3; 14; 22].

Diese hier getroffene Auswahl von Begriffen sowie ihre Erläuterungen beruhen auf der wissenschaftlichen Ausein-

andersetzung mit der Bedeutung und dem Mehrwert von Verwundbarkeit und Resilienz und sind keinesfalls abschließend. Der Diskurs um Risiko und Unsicherheit ist so dynamisch und komplex wie Risiko und Unsicherheit selbst und daher sind auch die hier vorgestellten Begriffserläuterungen als Impuls für eine offene Diskussion und nicht als feststehende Aussage mit Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu verstehen.

Zum Abschluss erkennt die Autorin zwei Herausforderungen im Kontext von Begriffsdiskussionen wie diesen an.

Zum einen führt die Vielfalt von Begriffen und ihren Bedeutungen oft zu langwierigen Diskussionen über deren Bedeutung und Nutzen für ein verbessertes Risiko- und Krisenmanagement. So sind einige vermeintlich neue Begriffe für die einen oftmals nur neue Namen für bereits Bekanntes, bildlich formuliert „alter Wein in neuen Schläuchen“. Für die anderen hingegen bieten neue Begriffe auch neue Impulse und stellen, wie z. B. Verwundbarkeit und Resilienz, die Gestaltbarkeit und Verantwortlichkeit beim Umgang mit Risiko und Unsicherheit in den Fokus. Auch argumentieren die einen, dass manche dieser neuen Begriffe über solch eine inhaltliche Breite verfügen, dass sie unbrauchbar sowohl für eine inter- und transdisziplinäre Kommunikation als auch eine praktische Umsetzung und Operationalisierung sind. Dem gegenüber argumentieren die anderen, dass diese inhaltliche Breite auch Vorteile hat, weil sie als Initiator für eine längst benötigte inter- und transdisziplinäre Verständigung im Sicherheitsdiskurs dient (eine ausführliche Darstellung dieser Argumentationsstränge findet sich zum Beispiel in [8; 15; 21].

Zum anderen ist die zu Beitragsbeginn geforderte gemeinsame Verständigungsbasis bei der Nutzung von Begriffen im Bevölkerungsschutz keinesfalls so leicht, wie es erstmals klingen mag. Dialog und damit auch die Offenlegung und Diskussion eigener Verständnisse und Ansichten sind oft anstrengend und kosten Zeit – Zeit, die man im Bevölkerungsschutz selten hat, sei es aus praktischer Perspektive aufgrund von Einsatzdynamiken oder aus wissenschaftlicher Perspektive im Zuge von z. B. Projektfristen. Dennoch zahlt es sich aus, sich zu Beginn einer Zusammenarbeit um eine gemeinsame Verständigungsbasis von genutzten Begriffen zu bemühen, denn nur darüber kann verhindert werden, am Ende festzustellen, dass man die ganze Zeit in unterschiedliche Richtungen gedacht und gehandelt hat.

Die Inhalte dieses Beitrags beruhen auf der Promotion der Verfasserin an der Universität Stuttgart in Kooperation mit der Technischen Hochschule Köln. Die Dissertationsschrift ist verfügbar unter https://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/11074/5/Dissertation_Celia%20Norf_2020_Vulnerabilit%c3%a4t%20und%20Resilienz%20als%20Trends%20der%20Risikoforschung.pdf

Dr. Celia Norf ist Mitarbeiterin des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, vertritt hier aber ausschließlich ihre persönliche Auffassung.



Besserer Schutz vor Katastrophen

Der ASB im Dialog mit der Politik: Diskussionsrunde mit Bundestagsabgeordneten zur Modernisierung des Katastrophenschutzes

Die Flutkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass wir auf Krisen und Katastrophen nicht gut genug vorbereitet sind. Bei einer digitalen Diskussionsrunde mit Bundestagsabgeordneten haben Vertreterinnen und Vertreter des ASB erörtert, was sich ändern muss, damit Deutschland krisenfester wird.

Zum Auftakt der Debatte nannte der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein die drei zentralen Forderungen des ASB: „Wir brauchen einen modernen, widerstandsfähigen und leistungsstarken Zivil- und Bevölkerungsschutz, damit wir auf Krisen besser vorbereitet sind.“ Die Katastrophenvorsorge müsse ausgebaut werden. Darüber hinaus bedürfe es einer Reform des Krisenmanagements. „Wir müssen raus aus dem Kompetenzgerangel von Bund, Ländern und Kommunen“, sagte Fleckenstein. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass ehrenamtliche Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes im Ernstfall eine Freistellung des Arbeitgebers erhalten. Hier bedürfe es einer bundesgesetzlichen Regelung, damit die Einsatzkräfte der anerkannten Hilfsorganisationen mit denen des Technischen Hilfswerkes und der Feuerwehr gleichgestellt werden.

Für eine solche einheitliche Regelung zur Helferfreistellung sprachen sich alle Abgeordneten aus: der SPD-Abgeordnete Sebastian Hartmann, der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Janosch Dahmen, die FDP-Abgeordnete Sandra Bubendorfer-Licht, Andrea Lindholz von der CSU und Dr. André Hahn von der Linken. Andrea Lindholz kritisierte außerdem das „Erstattungswirrwarr“, mit dem Arbeitgeber im Falle einer Freistellung konfrontiert seien. Dies müsse entbürokratisiert werden. Für eine einheitliche Kostenerstattung sprach sich auch Sebastian Hartmann aus. Er forderte eine „Trendumkehr“ für mehr Vorsorge im Katastrophenschutz, das gelte für Material, aber auch für Personal. Auch Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), sah hier „Aufholbedarf“. Er verwies außerdem auf das geplante Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz des BBK. Darüber hinaus sprach sich Hartmann dafür aus, die Zuständigkeiten beim Katastrophenschutz neu zu justieren. Ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern könne

bei Großlagen eine Unterstützung der Länder und Kreise durch den Bund ermöglichen, ohne dass dies zu einer Zentralisierung führe. „Wir müssen im Zusammenspiel endlich besser werden.“ Hingegen sprach sich die Abgeordnete Bubendorfer-Licht für ein zentrales Lagezentrum beim BBK aus, das bei Großschadenslagen koordiniere und führe.



Der ASB bietet von der Flut Betroffenen mobile Beratungen durch Rechtsanwälte und Sachverständige an.
(Foto: ASB/Bechtloff)

Dass ein gutes Zusammenspiel aller Beteiligten im Katastrophenschutz unerlässlich ist, hat auch die Flutkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz gezeigt. Hier war der ASB seit der ersten Nacht mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften im Einsatz, um den Menschen in den betroffenen Gebieten zu helfen. Auf die Rettungseinsätze und die Evakuierung von Pflegeheimen und Krankenhäusern folgte die Betreuung und Verpflegung in Notunterkünften. Für den

Wiederaufbau wurden Hilfsgüter wie Bautrockner und Reinigungsgeräte geliefert. Allein im nordrhein-westfälischen Ertstadt wurden seit August über 300 Kühl- und Gefrierschränke, 350 Waschmaschinen, 778 Bautrockner sowie etliche dieselbetriebene Hochdruckreiniger und Notstromaggregate an betroffene Haushalte verteilt.



In Ertstadt werden Soforthilfen für Anwohner betroffener Stadtteile ausgezahlt. (Foto: ASB / Zanettini)

Samariterinnen und Samariter sind unermüdlich im Einsatz, um dort Hilfe zu leisten, wo sie benötigt wird. Diese

reicht von Übergangslösungen für zerstörte Kitas bis zu medizinischer Hilfe. So war im Ahrtal ein Team des ASB Berlin im Einsatz. Die Samariterinnen und Samariter aus der Hauptstadt halfen vor Ort mit mobilen Unfallhilfsstellen und leisteten medizinische Erstversorgung. Anfang September eröffnete der ASB Rheinland-Pfalz in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Ortsteil Heimersheim ein Nothilfebüro. In dieser Anlaufstelle werden die geplanten umfassenden Hilfsmaßnahmen des ASB in der Region koordiniert. So sollen Kapazitäten konzentriert und der Kontakt vor Ort gebündelt werden, um schnelle und unkomplizierte, aber auch bedarfsgerechte und nachhaltige Unterstützung zu leisten.

Mittlerweile sind erste Hilfsprojekte wie mobile Beratungen durch Rechtsanwälte und Sachverständige gestartet. Der ASB leistet außerdem Soforthilfe aus Spendengeldern, ein Baustein der Hilfeleistung für die von der Flutkatastrophe Betroffenen. In der Region Ert-Düren und im Bergischen Land wurden bisher finanzielle Soforthilfen an knapp 3 000 Haushalte ausgezahlt. Zu den weiteren Hilfen zählen neben der Verteilung von Hilfsgütern auch mittelfristige Vorhaben wie die Unterstützung von sozialen Einrichtungen mit Übergangslösungen in Containerbauweise, psychologische Hilfen für Betroffene und der Aufbau von besonderen Diensten, zum Beispiel einen Mahlzeitendienst oder offene Kinderbetreuungs- und Unterstützungsleistungen. Der ASB stellt sich darauf ein, über mehrere Jahre in den betroffenen Regionen Hilfe zu leisten.

**Technisches
Hilfswerk** 

THW im Starkregeneinsatz – die Stunde der Spezialistinnen und Spezialisten

Keller leerpumpen, Straßen räumen, Trinkwasser reinigen – seit dem 14. Juli ist die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) im Starkregeneinsatz. Der größte Einsatz in der Geschichte der Organisation hat mehr als 15 500 Helferinnen und Helfer aus allen THW-Ortsverbänden mobilisiert, die mit ihrer Fachexpertise in den Flutkatastrophengebieten unterstützen. Ein weithin sichtbares Zeichen dieses Engagements: Die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen über die Ahr. Die zuständige Fachgruppe Brückenbau ist eine von insgesamt 25 Einheiten und Teileinheiten, die eng miteinander verzahnt, erstmalig gleichzeitig zum Einsatz kamen.

Der Schutz der Bevölkerung in Deutschland und notleidender Menschen weltweit – das ist der Leitgedanke, der beim Wirken des THW im Mittelpunkt steht. In seiner bewegten Geschichte hat die Organisation viele Entwicklungen durchlaufen. Besonders die Erfahrungen aus vergangenen Einsätzen, wie zum Beispiel den Hochwassereinsätzen 2002 und 2013, haben dabei neue Impulse gesetzt. Die Gründung neuer Fachgruppen, wie zum Beispiel der Fachgruppe „Schwere Bergung“ oder der Fachgruppe „Notversorgung und Notinstandsetzungen“, zeigen, wie die Einsatzoptionen sukzessive an die Erfordernisse angepasst wurden.

Mehr als die Summe seiner Teile

Der diesjährige Starkregeneinsatz mit Schwerpunkten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist dabei eine bis dahin einzigartige Herausforderung für den Bevölkerungsschutz. In der jüngeren deutschen Geschichte gab es das noch nie: Die regional nahezu vollständige Zerstörung der Infrastruktur, das komplexe Schadensbild und eine große Zahl an Todesfällen. Dies führte erstmalig in der Geschichte des Technischen Hilfswerks dazu, dass die Fachfähigkeiten aller Einheiten und Teileinheiten gleichzeitig zum Einsatz kamen. Über Monate hinweg musste der Leitungs- und Koordinierungsstab die Arbeit von insgesamt mehr als 15.500 mobilisierten Einsatzkräften aus allen 668 Ortsverbänden aufeinander abstimmen. Die Folge ist eine äußerst dynamische Einsatzsituation.



Mit vereinten Kräften geht der Wiederaufbau im Ahrtal voran.
(Foto: THW / Nicole Endres)

Im Einsatzgeschehen konnte sich ein einziges Gebäude im Laufe von wenigen Tagen von einer Einsatzstelle für die biologische Ortung, Bergungsgruppen und die Fachgruppe

Räumen zum Aktionsbereich der Fachgruppen Ölschadensbekämpfung und Elektroversorgung entwickeln. All das inmitten eines Gebietes, in dem eventuell wenige hundert Meter weiter Trinkwasser gereinigt, Lichtmasten aufgestellt oder mobile Hochwasserpegel installiert wurden. Dazu kamen Fachgruppen, die im Hintergrund agieren – die die Logistik stemmen, den Bereitstellungsraum betreuen oder die Einsatznachsorge für die Helferinnen und Helfer übernehmen.

Brücken schlagen

Weithin sichtbares Zeichen des Fortschritts: der Brückenbau. Bereits 15 Ersatzbrücken wurden in diesem Einsatz alleine über der Ahr errichtet. Die Bauwerke haben nicht nur praktischen Nutzen, sondern auch symbolischen Wert. Sie schaffen Verbindungen und machen den Anwohnerinnen und Anwohnern greif- und fühlbar, dass sie mit ihrem Schicksal nicht alleine gelassen werden, dass sich mit Geduld und Ausdauer der Weg zurück bewältigen lässt.



Zahlreiche beschädigte Häuser stützten THW-Einsatzkräfte im Rahmen der Gefahrenabwehr.
(Foto: THW / Yann Walsdorf)

Nicht zuletzt sind sie ein Sinnbild des Starkregeneinsatzes. Nicht unähnlich den Brückenelementen mussten in den Flutkatastrophengebieten viele einzelne Teile ineinandergreifen, um den Einsatz zu bewältigen. Die Verzahnung der einzelnen Fachgruppen miteinander und die Vor- und Zuarbeit anderer Hilfsorganisationen erlauben den Einsatzkräften ihr volles Potenzial zur Geltung zu bringen.



Erkundungseinsatz mit Drohnen im Ahrtal

Seit Beginn der Hochwasser- bzw. Sturzflut-Katastrophe in Rheinland-Pfalz sowie Nordrhein-Westfalen waren die Kräfte der DLRG in die Gefahrenabwehr eingebunden. Neben den Koordinierungsstellen der betroffenen Landesverbände, insbesondere Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Westfalen, war das Lagezentrum des Bundesverbandes durch ein Team aus hauptberuflichen und ehrenamtlichen Kräften 24/7 erreichbar und zeichnete durch Hintergrund-Dienstleistungen verantwortlich. Dies bezog sich wesentlich auf



Die Wucht an Zerstörung von Infrastruktur, die Betroffenheit der Bevölkerung, die oft beim Abbruch der Häuser zuschauen musste, stellte eine völlig neue Dimension dar.

Lage-Dokumentationen und Hilfestellungen bei der Verfügbarkeit der Wasserrettungskräfte in anderen Bundesländern. Insgesamt waren in den betroffenen Gebieten weit über 1 200 Kräfte eingesetzt, die neben den beiden betroffenen Bundesländern auch länderübergreifend herangeführt wurden, beispielsweise aus Niedersachsen und Hessen.

Mit den abfließenden Wassermassen war die originäre Aufgabe der Wasserrettung soweit zunächst abgearbeitet; einige Wasserrettungszüge wurden unter anderem im Bereit-

stellungsraum „Messe Düsseldorf“ vorgehalten, um bei drohenden Dammbrochen schnellstmöglich adäquate Hilfeleistung sicherstellen zu können.

Neben der Kernaufgabe der Wasserrettung wurden unterstützende Aufgaben im Bereich Betreuung und Sanität übernommen, wofür die Kräfte der DLRG grundsätzliche Kenntnisse haben.

Am 19. Juli 2021, 16:46 Uhr, erreichte ein Hilfersuchen des GMLZ (Gemeinsames Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder) das Lagezentrum der DLRG, das zu diesem Zeitpunkt bereits durchgehend durch ehrenamtliche wie hauptberufliche Kräfte besetzt war. Der Text las sich „relativ einfach“:

Geforderte Fähigkeit: 5 KdoW, geländegängig, zur Erkundung im Schadensgebiet, eigene Verpflegung für fünf Tage, Anlaufpunkt BR Nürburgring, Einsatzdauer mind. fünf Tage, Eintreffen der Kräfte sofort erforderlich

Da das EU-Modul „Flood Rescue using boats (FRB)“, das die DLRG gemeinsam mit dem THW aufbaut und betreibt, über entsprechende Fähigkeiten der Fahrzeuge sowie das notwendige Personal verfügt und ein möglicher Auslandseinsatz während der laufenden Lage durch Entscheidung auf Regierungsebene ausgeschlossen war, haben die Verantwortlichen des Lagezentrums nach einer ersten Verfügbarkeitsabfrage der Einsatzkräfte die Bereitschaft der DLRG (Bundesverband) signalisiert und um die Fähigkeit „Einsatz von Drohnen“ ergänzt.

Am 20. Juli 2021 gegen 06:00 Uhr erfolgte der Auftrag zur Durchführung durch das GMLZ; die voralarmierten Kräfte wurden alarmiert.

Das Zusammenspiel zwischen Einsatzkräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle der DLRG erfolgte hierbei sehr zielorientiert und effektiv, sodass der Abmarsch in Bad Nenndorf um 10:00 Uhr Richtung Landkreis Ahrweiler / Bereitstellungsraum Nürburgring erfolgen konnte. Einige Einsatzkräfte wurden aus

logistischen Gründen während der Anfahrt aufgenommen, sodass der Bereitstellungsraum am frühen Nachmittag in der vollen geforderten Stärke von 20 Personen erfolgen konnte.

Die Organisation des Bereitstellungsraumes war zu diesem Zeitpunkt bereits sehr koordiniert; die Fähigkeit „Erkundung mit geländegängigen Fahrzeugen und mit Drohnen“ wurde jedoch in den ersten Kontaktaufnahmen nicht unmittelbar mit der DLRG in Verbindung gebracht.

Nach der in der ersten, vergleichsweise kurzen Phase der nicht unüblichen Suche und Koordinierung „wer sind wir, was können wir und was sollen wir konkret tun“ erfolgte eine Zuordnung zur MoFüSt (Mobile Führungsstelle) Baden-Württemberg, die dem KatS-Stab in Ahrweiler dem Sachgebiet S2 (Lagedarstellung) zuarbeitete. Die Einsatzaufträge wurden für noch unbekannte Schadenlagen erteilt, die in eigener Verantwortung durch die Einsatzkräfte der DLRG, gemeinsam mit der Bergwacht Schwarzwald und Feuerwehren aus Baden-Württemberg, abgearbeitet wurden.

Die Herausforderungen der Erkundung hierbei waren vielfältig: was genau soll erkundet werden? Welche Schwerpunkte gibt es: zerstörte Infrastruktur im Detail oder grobe Überblicke, wie kann die Anfahrt erfolgen, sollen „nur“ Drohnenaufnahmen gemacht werden oder exakte und detaillierte Erkundung von Straßenzügen? Gerade in den größeren Orten war der Einsatz von Drohnen durch teils recht starken Hubschrauberbetrieb anspruchsvoll und stellte hohe Anforderungen an die Drohnensteuerer sowie den „Spotter“ zur Beobachtung des Luftraumes, der durch eine Flughöhen-Beschränkung von 40 Metern geordnet, aber eingeschränkt war.

Das Szenario in den Orten entlang der Ahr war auch für die einsatzerfahrenen Kräfte der DLRG mehr als eindrücklich. „Erleben der Bevölkerung, hören, aber auch riechen waren in einem Umfang vorhanden, der sich mit keinem anderen Hochwasserereignis der letzten rund 20 Jahre annähernd vergleich lässt“, so Einheitsführer Michael Hohmann. „Die Wucht an Zerstörung von Infrastruktur, die Betroffenheit der Bevölkerung, die oft beim Abbruch der Häuser zuschauen musste, stellte eine völlig neue Dimension dar“.

Nach den täglich mehrstündigen Erkundungen vor Ort, die wesentlich auf Drohnenaufnahmen basierten, erfolgte die Aufbereitung für den KatS-Stab bzw. die jeweilige TEL: statt langer Film-Sequenzen wurden gemeinsam mit den Kräften der MoFüSt Baden-Württemberg die einsatzrelevanten und nach der Einschätzung vor Ort kritischen Aufnahmen aufbereitet.

Die Auswahl der Kräfte sowie die Anforderung an die Erfahrung und Ausbildung hat sich im Einsatzfall bewährt: Als Führungskräfte waren trotz vergleichsweise kleiner Füh-

rungsspannen Kräfte mit der Mindestqualifikation „Zugführer“ eingesetzt; die Leitung der Einheit ist im Heimatlandkreis selbst in S-Funktion im KatS-Stab tätig und hatte so eine Vorstellung über die zu liefernden Erkundungsergebnisse.

„Durch die hohen Ausbildungsstandards für Zugführer in der Bundesakademie der DLRG konnten wir gewährleisten, dass einerseits die fachliche Anforderung für Erkundung unbekannter Lagen sichergestellt werden konnte, aber auch die kompetente Wahrnehmung der Führungsaufgabe unter hohem Stress gewährleistet war“, so Alexander Paffrath, Leiter Einsatz der DLRG.



Einsatz in schwierigem Gelände.
(Fotos: DLRG)

Auf dieser Basis wurden die Erkundungsergebnisse am Folgetag durch die Bundeswehr sowie das THW abgearbeitet und weitere Gefahren konnten zumindest vermieden werden.

Nach fünf Tagen im Schadengebiet kehrten die Kräfte wohlbehalten wieder zurück. „Wir sind uns sicher, einen wertvollen Beitrag zur Abarbeitung der Lage geleistet zu haben, auch wenn wir uns nicht mit unserer Kernaufgabe ‚Wasserrettung‘ beschäftigt haben“, so Michael Hohmann. Die Zusammenarbeit vor Ort mit allen Organisationen war vorbildlich und von Vertrauen in Fähigkeiten und guter Kollegialität geprägt.



Jetzt aus der Starkregenkatastrophe lernen: Expertenkommission eingesetzt

Eine unabhängige Expertenkommission aus Vertreterinnen und Vertretern der zivilen Gefahrenabwehr, Wissenschaft und weiteren Fachleuten wird die Erfahrungen der rheinland-pfälzischen und nordrhein-westfälischen Starkregenkatastrophe auswerten. Das hat das Präsidium der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) beschlossen. Einen gleichlautenden Beschluss hat das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) gefasst. Aus den Ergebnissen sollen Lösungsvorschläge und Initiativen zur Verbesserung der Gefahrenabwehr erarbeitet werden. Erste Ergebnisse sollen noch im Herbst vorliegen.

„Die Kritik kommt nicht überraschend. Die Auswertungen ähnlicher Ereignisse wiederholen sich seit Jahren und kommen jedes Mal zu ähnlichen Erkenntnissen“, sagte Dirk Aschenbrenner, Präsident der vfdb. „Die Ansätze zur Verbesserung sind zwar konsensfähig, sie werden aber dennoch zu spät, zu wenig oder gar nicht umgesetzt.“ Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) ist einer der Initiatoren der Expertenkommission. „Wir danken den Einsatzkräften, die unermüdlich weiter vor Ort sind. Viele warten darauf, welche Schlüsse gezogen und Erkenntnisse gewonnen werden“, so DFV-Präsident Karl-Heinz Banse. „Als Fachverband wollen wir uns hier fundiert zu Wort melden. Deshalb arbeiten

wir mit der vfdb an der Auswertung des Einsatzes durch Experten. Wenn die faktenbasierte Auswertung da ist, wird es auch entsprechende Rückschlüsse und Forderungen geben.“

Die Expertenkommission „Starkregenkatastrophe 2021“ will problematische Abläufe und Ausstattungsdefizite ermitteln, Lösungen vorschlagen und Initiativen zur Verbesserung der Gefahrenabwehr anstoßen. Erste Ergebnisse sollen bis zum Herbst 2021 vorliegen. Eine umfangreiche Vorstellung ist für die Jahresfachtagung der vfdb im Mai 2022 in Würzburg sowie den 29. Deutschen Feuerwehrtag im Juni 2022 in Hannover geplant.

Der unabhängigen Expertenkommission gehören neben Feuerwehren, Technischem Hilfswerk, Bundeswehr, Behörden und Hilfsorganisationen

wie dem Deutschen Roten Kreuz und der Johanniter-Unfall-Hilfe auch Forschungseinrichtungen an. Den Vorsitz der Expertenkommission hat Branddirektor Dr. Ulrich Cimolino, Feuerwehr Düsseldorf. Cimolino hat seinerzeit das Hochwasser 2002 ausgewertet. Er verfügt zudem über eigene Einsatzerfahrungen aus mehreren Hochwasser-



Bild der Zerstörung im Ort Schuld an der Ahr.
(Foto: Benedikt Wolter, LFV Rheinland-Pfalz).

Zehntausende staatliche und zivile Helferinnen und Helfer waren und sind seit Wochen mit der Bewältigung der Lage beschäftigt. Bereits während des laufenden Einsatzes ist Kritik laut geworden – unter anderem beim Thema Warnung oder der Einbindung ziviler Helfer. Hinzu kommen erste Lagebilder, die weitere Mängel offenbaren.

und Starkregenereignissen in unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Zu den Themengebieten Einsatzleitung, Führung in Großschadenslagen sowie Wasserrettung hat er bereits mehrere anerkannte Fachbücher herausgegeben oder mitverfasst.

Die vfdb ist das Expertennetzwerk für Schutz, Rettung und Sicherheit. Der Verein fördert die wissenschaftliche, technische und organisatorische Weiterentwicklung der Gefahrenabwehr für mehr Sicherheit in den Bereichen Brandschutz, technische Hilfeleistung, Umweltschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz. Die vfdb agiert auf nationaler sowie internationaler Ebene und ist als technisch-wissenschaftliche Fachvereinigung unabhängig und neutral.

Der Deutsche Feuerwehrverband bündelt und vertritt die Interessen seiner ordentlichen Mitglieder: der 16 Landesfeuerwehrverbände und der beiden Bundesgruppen. Die Fachbereiche, zum Teil in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb), analysieren Probleme und Ereignisse, begleiten Entwicklungen, erarbeiten fachliche Stellungnahmen und Konzepte für die Arbeit der Feuerwehren und für die Vertretung der Feuerwehrinteressen.

Hier geht es zur Umfrage zu den Starkregen-Ereignissen: <https://www.feuerwehrverband.de/umfrage-zu-starkregen-einsaetzen>.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Ein Design, das Leben retten kann

Gaffer erwischen sich selbst auf frischer Tat – dank einer Innovation der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Kreativagentur Scholz & Friends

Wer hat es noch nicht erlebt: Ein Unfall auf der Autobahn und die Rettungsgasse wird nicht richtig gebildet, weil man einen Blick auf den Unfall erhaschen will? Blaulicht und Martinshorn sind zu hören und die Menschen schauen, was passiert ist? Eine Menschentraube auf der Straße entsteht und man möchte wissen, warum? Neugier ist menschlich. Aber Schaulustige, die an Unfallorten das Geschehen beobachten, fotografieren oder filmen, gefährden das Leben der Unfallopfer und manchmal sogar ihr eigenes.

„Gaffen tötet!“ – die Idee

Immer wieder erleben die Rettungskräfte der Johanniter, dass ihre Arbeit durch Schaulustige behindert wird. Die Verbreitung von Smartphones und die Veröffentlichungsmöglichkeiten in den Sozialen Medien haben die Problematik noch verschärft. „Das muss sich ändern, denn oft entscheiden schon wenige Minuten über Leben oder Tod“, so Jörg Lüssem, Mitglied des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe.



Das Design auf dem Rettungsfahrzeug löst auf dem Handy der Fotografierenden den automatischen Warnhinweis „Gaffen tötet!“ aus.
(Foto: Björn Stelley)

Die Johanniter greifen die Idee der Agentur Scholz & Friends auf und setzen diese derzeit in einem Pilot-Projekt um. Ziel ist es, Aufmerksamkeit für das brisante Thema „Gaffen am Unfallort“ zu schaffen und diesem durch eine innovative Design-Idee ganz neu zu begegnen. Mit einem innovativen digitalen Design auf Basis der QR-Code-Technologie, das an Rettungsfahrzeugen oder an der Ausrüstung der Retter angebracht werden kann, sollen Schaulustige, die mit ihrem Smartphone das Geschehen festhalten wollen, davon abgehalten werden. Er löst auf dem Handy der Fotografierenden den automatischen Warnhinweis „Gaffen tötet!“ aus. So soll Gaffern ihre Tat unmittelbar bewusstgemacht werden.

„Die innovative Idee hat das Potenzial, eine sehr breite Öffentlichkeit zu erreichen und viele Menschen zum Umdenken zu bewegen“, ist Johanniter-Vorstand Jörg Lüssem überzeugt. Denn: Gaffen ist kein Kavaliersdelikt, auch wenn offenbar viele das denken – seit dem 1.1.2021 gilt laut §201a des Strafgesetzbuches, dass das Fotografieren oder Filmen eines Unfalls mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren belangt werden kann.

Kevin Grigorian, Geschäftsbereichsleiter Rettung & Medizinische Dienste in der Bundesgeschäftsstelle der Johanniter und Mitglied in der Projektgruppe, fasst das Ziel der Aktion zusammen: „Mit dem außergewöhnlichen Design wollen wir Menschen wachrütteln. Die wenigsten wollen vorsätzlich stören, sondern schauen aus Neugierde hin. Mit dem QR-Code schaffen wir es, die Menschen aus Ihrer Komfortzone herauszuholen und bestenfalls zum Helfen zu bewegen.“

Von der Idee zur Umsetzung

Auf der Messe „Florian, Fachmesse für Feuerwehr-, Zivil- und Katastrophenschutz“ in Dresden gingen die Johanniter Anfang Oktober den nächsten Schritt: Zum ersten Mal wurde der großflächigen QR-Code auf einem Rettungswagen präsentiert, der die technische Abnahme durch die DEKRA durchlaufen hat. Gleichzeitig wurde eine einjährige Pilot-Phase bundesweit an 22 Standorten begonnen, die durch die Akkon Hochschule für Humanwissenschaften wissenschaftlich begleitet wird. Die Studie des fünfköpfigen Teams um Prof. Marisa Przyrembel will das Verhalten am Unfallort wissenschaftlich untersuchen und längst fälliges Zahlenmaterial zu diesem Phänomen liefern.

Ausgewertet werden die Klicks auf den QR-Code, Informationen der Einsatzkräfte vor Ort sowie die Umgebungsbedingungen. Dabei geht das Team der Johanniter-Hochschule folgenden Fragen nach: Wie viele Gaffer gibt es im Durchschnitt? Wie genau stören die? Inwiefern machen Gaffer die Rettungskräfte nervös? Wie stark werden diese von der eigentlichen Aufgabe abgelenkt? Ziehen viele Rettungsmittel oder ein Hubschrauber die Gaffer erst richtig an? Wann werden die „Zeugen“ zu Behinderern oder gewalttätigen Störern? Gaffen-toetet.de soll am Ende belegen, welches Vorgehen störendes Verhalten unterbindet oder Gaffer ganz abhält.

Aus Sicht der Fachleute ist Aufklärung und Selbstreflexion besser als Strafe, „denn hinter dem Gaffen verbergen sich zutiefst menschliche Züge“, betont Przyrembel: „Aus der Notfallpsychologie wissen wir: Es spielen viele Motive eine Rolle. Kaum jemand hat den Vorsatz, Menschenleben in Gefahr zu bringen. Menschen werden zu Gaffern, weil sie unbedingt das Video mit der ‚Sensation‘ aufnehmen wollen, oder auch, um mit ‚guter Absicht‘ das Geschehen zu dokumentieren. Einige beobachten, weil sie die Expertise der Rettungskräfte bewundern und „ihren Helden“ nah sein möchten. „Die Leute stehen aber tatenlos im Weg, weil das die anderen auch tun und niemand hilft“, erklärt die promovierte Psychologin Przyrembel: „Wir nennen das Verantwortungsdiffusion: Der sogenannte Bystander-Effekt führt dazu, dass jeder sich darauf verlässt, der andere werde schon richtig handeln. Mein Stück vom Verantwortungskuchen wird mit zunehmender Zahl der Anwesenden immer kleiner. Das sind gut erforschte gruppensdynamische Prozesse.“

Zudem geht von einem Unfall eine „magische“ Anziehungskraft aus. Das belegen Eye-Tracking-Studien – also Laborversuche, bei denen die Augenbewegung ausgewertet wird: Im Schnitt sehen die Vorbeifahrenden 12 Sekunden zu. Niemand schaut nicht hin. Schon nach 2 Sekunden des „Gaffens“ werden durch die Ablenkung Folgeunfälle wahrscheinlich. Fast alle wissen, das ist sozial nicht erwünscht. „Deshalb bestreiten die Probanden das in direkten Befragungen“, ergänzt Przyrembel. „So haben solche ‚Erkenntnisse‘ kaum Aussagekraft. Hier wollen wir Licht ins Dunkel bringen.“



Malteser

...weil Nähe zählt.

Malteser entwickeln neue digitale Angebote

Dank der Digitalisierung sollen die Hilfsorganisationen in Deutschland künftig noch bedarfsorientierter helfen. Die Digitalisierung soll sowohl die Organisation von ehrenamtlichem Engagement verbessern als auch die Hilfe für Menschen in Notlagen leichter zugänglich machen. Auch der Malteser Hilfsdienst wird mehr digitale Angebote entwickeln und nutzen.

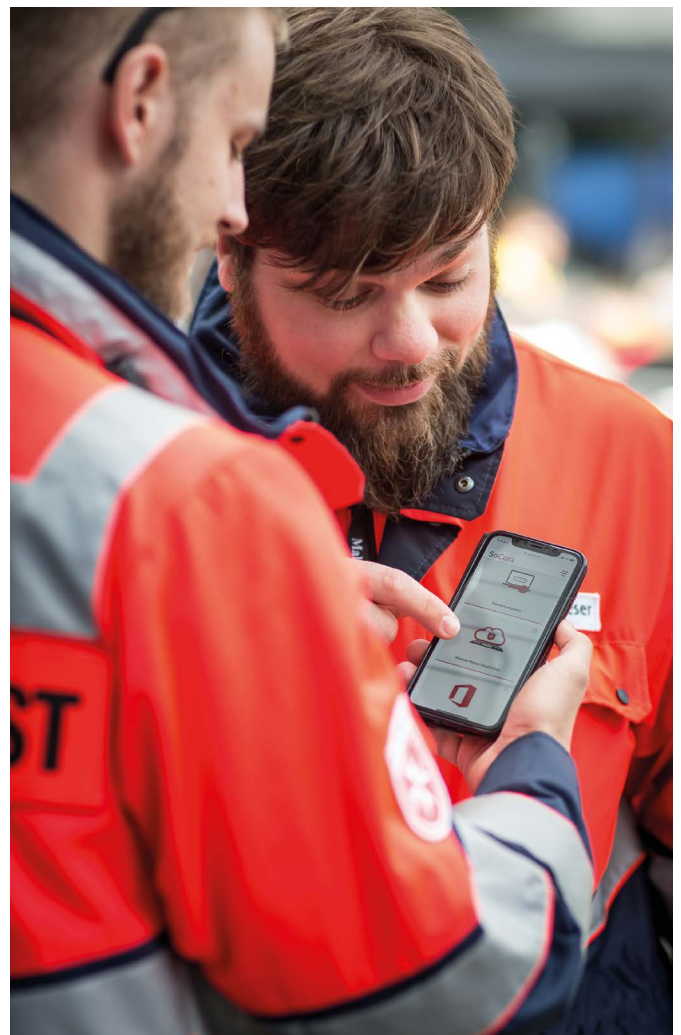
Mit dem vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) geförderten Programm „zusammen. digital“ entwickeln die Malteser in den nächsten vier Jahren zukunftsweisende digitale Angebote.

„Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, um Hilfsbedürftigen in Krisen und Notlagen noch bedarfsorientierter zu helfen, ehrenamtlich Helfende noch besser zu begleiten und das Ehrenamt als Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken“, sagt Clementine Perlitt, Vizepräsidentin des Malteser Hilfsdienstes.

So wird zum Beispiel bereits in diesem Jahr die Personalplanung für Einsätze mit ehrenamtlich Helfenden strukturierter und übersichtlicher. Auch die Fortbildung wird mit praxisnahen E-Learning-Kursen digitaler: Ehrenamtliche können sich zeit- und ortsunabhängig fortbilden, und müssen nicht zu einem Seminarort oder einer Schule reisen. Für die Ehrenamtlichen soll es außerdem leichter werden, auch online Kontakt zu halten und relevante Informationen weiterzugeben.

Menschen, die Hilfe benötigen, sollen ebenfalls bessere digitale Wege nutzen können, um Unterstützung zu finden. So können sich Trauernde bald einen eigenen virtuellen Raum schaffen, um darin mit Angehörigen oder Freunden eines Verstorbenen zu gedenken. „Trauern findet heutzutage – und Corona hat viele dazu gezwungen – auch digital statt. Wir wollen mit dem Projekt ‚Via‘ den Menschen unsere Begleitungsangebote aus der ‚normalen‘ Hospiz- und Trauerarbeit auch digital zugänglich machen“, sagt Clementine Perlitt.

Weiteres Beispiel für den sinnvollen Einsatz digitaler Lösungen: Denjenigen, die eine Patientenverfügung anlegen wollen, wird künftig nicht nur der Download eines Formulars angeboten, sondern sie werden beim Ausfüllen der



„Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, um Hilfsbedürftigen in Krisen und Notlagen noch bedarfsorientierter zu helfen, ehrenamtlich Helfende noch besser zu begleiten und das Ehrenamt als Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken“, so Clementine Perlitt.
(Foto: Wolf Lux)

Patientenverfügung durch einen digitalen Assistenten unterstützt, damit die Absichten des Patienten auch für den Arzt verständlich und korrekt formuliert sind.

„Zusammen.digital wird zeigen, dass wir die Zivilgesellschaft mit den Chancen der Digitalisierung stärken und die Wohlfahrtspflege in Deutschland insgesamt verbessern können“, so Clementine Perlitt.

„Die Digitalisierung begleitet uns mittlerweile in Alltag und Beruf. Es ist höchste Zeit, dass auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei der Ausübung ihres Engagements und in der Ausbildung davon profitieren. Denn

das Ehrenamt ist das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes. Das BBK unterstützt die Digitalisierungsvorhaben des MHD, nicht nur im E-Learning. Die Hochwasser-Ereignisse haben erneut gezeigt, dass die Vernetzung der Einsatzkräfte und der Informationsaustausch das A und O bei langanhaltenden und komplexen Lagen darstellen. Das Projekt ist somit ein wichtiger Baustein bei der Stärkung des Ehrenamtes, für das wir uns einsetzen, um das Bevölkerungsschutzsystem für die Zukunft krisenfest zu machen“, sagt BBK-Präsident Armin Schuster.



Hohe Auszeichnung für einen Katastrophenschützer der ersten Stunde

Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier hat auf Anregung der ARKAT Peter Holtorf für seine außergewöhnlichen und langjährigen Verdienste im Katastrophenschutz



der Stadt Neumünster, sowie sein Engagement um die Ausbildung und Organisation der örtlichen Regieeinheiten, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Der Orden wurde ihm am 23. November 2021 in Kiel vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, ausgehändigt.

Sein ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz nahm er bereits im jugendlichen Alter auf. Peter Holtorf trat 1961 zunächst in den Bundesluftschutzverband (1968 in den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) überführt) ein. Der Bevölkerungsschutz in Deutschland befand sich noch im Aufbau und erhielt seine Bewährungsprobe bei der Sturmflutkatastrophe 1962. Für seinen damaligen Einsatz wurde er vom Land Schleswig-Holstein mit der Gedenkmedaille Sturmflut 16./17. Februar ausgezeichnet. In den Folgejahren reichten seine Verwendungen von Lehrtätigkeiten im Selbstschutz an den Katastrophenschutzschulen des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein, der Ernennung zum Technischen Einsatzleiter und Fachdienstleiter Führungsdienst bis hin zum Be-

reichsleiter für die Regieeinheiten des Katastrophenschutzes der Stadt Neumünster. Bereits 1985 berief ihn der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in den Beirat Katastrophenschutz. Von 1987 bis 1990 war er Mitglied im damaligen Vorstand der ARKAT Schleswig-Holstein, der dann kraft Gesetzes anerkannten Organisation der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im behördlich getrage-



Peter Holtorf.
(Foto: privat)

nen Katastrophenschutz. An der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein unterrichtete er im Rahmen von Planungsseminaren für den vorbereitenden Katastrophenschutz. In Anerkennung seines Einsatzes und selbstlosen Mithilfe bei der Bewältigung des Elbe-Hochwassers in Sachsen-Anhalt wurde ihm vom Ministerpräsidenten des Landes die Fluthelfernadel verliehen. 2014 wurde er dann als Stabsmitglied für das Sachgebiet Personal in den Führungsstab der Stadt Neumünster berufen. Als Sprecher aller Katastrophenschutzeinheiten von 2007 bis 2013 hat Hol-

torf über viele Jahre die Stadt in Ausschüssen und Gremien der kommunalen Selbstverwaltung in allen Fragen des Bevölkerungsschutzes beraten. In diesem Zusammenhang war er auch maßgeblich auch an der Planung und Errichtung des neuen Gefahrenabwehrzentrums der Stadt Neumünster beteiligt. Für den Förderverein Stadtfeuerwehrverband Neumünster erweiterte er die satzungsgemäßen Ziele des Verbandes, deren Vorsitzender er bis 2021 ist, um die Förderung von Katastrophen- und Umweltschutz. Die Aktivitäten des Fördervereins betreffen heute organisations- und fachübergreifend die Förderung des gesamten Katastrophenschutzes der Stadt Neumünster. Ein Leuchtturmprojekt seiner Amtszeit ist die Entwicklung und Herausgabe der von ihm initiierten Ehrenamtskarte für die Katastrophenschutzeinheiten und Feuerwehren in Neumünster und dem Umland. 240 Unternehmen und Institutionen bieten den Ehrenamtlichen inzwischen Vergünstigungen an.

Durch seinen unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz zur Stärkung und Entwicklung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes bis ins hohe Alter hat Holtorf ein herausragendes Beispiel gegeben. Herr Holtorf hat sich durch außergewöhnliches, dauerhaft und in vielfältiger Weise gelebtes ehrenamtliches Engagement und sein Pflichtbewusstsein um das gesellschaftliche Gemeinwohl verdient gemacht. Durch seine Führung und sein umfangreiches Wissen hat er Generationen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Katastrophenschutz motiviert. Nie hat er aufgehört, für die Bereitschaft, ehrenamtlich Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung zu übernehmen, zu werben. Er hat damit die Wertekultur unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens nicht zuletzt durch sein Vorbild bei vielen Anlässen vermittelt und gestärkt. Mit der Auszeichnung mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland haben seine außerordentlichen Verdienste im Bevölkerungsschutz eine angemessene Würdigung durch unser Gemeinwesen erfahren.

Klaus-Dieter Kühn

Neu erschienen: „10 Jahre Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz Bund – Hintergründe, Ergebnisse und Ausblick“

**Besser vorbereitet dank gedanklicher
Stresstests**



Das BBK erstellt seit zehn Jahren Risikoanalysen, um verschiedene Schadensszenarien zu untersuchen und daraus Empfehlungen zur Verbesserung des deutschen Bevölkerungsschutzes zu

erarbeiten.

Risikoanalysen sind ein wichtiges Instrument im Risiko- und Krisenmanagement, um auf verschiedene Gefahrenlagen vorzubereiten und Schäden für die Bevölkerung möglichst zu verhindern. Deswegen untersucht das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bereits seit 10 Jahren verschiedene Schadensszenarien und erarbeitet daraus Empfehlungen zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Diese werden in einem jährlichen Bericht vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

Die neue Ausgabe in 2021 behandelt kein neues Szenario, sondern fasst als Sonderausgabe „10 Jahre Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz Bund“ die bisher durchgeführten acht Risikoanalysen zusammen.

Bisher wurden die Gefahren Hochwasser, Pandemie, Wintersturm, Sturmflut, Freisetzung radioaktiver Stoffe, Freisetzung chemischer Stoffe, Dürre und Erdbeben behandelt. Gleichzeitig zeigt die Sonderausgabe aktuelle Entwicklungen auf Landes- und internationaler Ebene im Bereich „Risikoanalyse“ auf und richtet den Blick in die Zukunft.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie und der Hochwasserereignisse im Juli in West-, Süd- und Ostdeutschland haben den Bevölkerungsschutz in Deutschland

an die Belastungsgrenze geführt. Es gilt nun die Lehren aus diesen Ereignissen zu ziehen, um künftig besser auf solche Extremereignisse vorbereitet zu sein. Ein Blick auf die Ergebnisse bereits bestehender Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz lohnt sich für diesen Prozess.

Cell Broadcast kommt: Das BBK ist vorbereitet – Maßnahmen laufen seit November 2020

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat in diesem Jahr bereits zwei wichtige und grundlegende Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Warnung in Deutschland auf den Weg gebracht. Nach dem erfolgreichen Start des Förderprogrammes für den Ausbau des Sirennetzes in Höhe von knapp 90 Millionen Euro, hat der Bundestag nun die Einführung des Warnmittels Cell Broadcast beschlossen. Das BBK begleitet das Thema bereits seit längerem und war maßgeblich an der Verfassung des entsprechenden Gesetzesentwurfes beteiligt.

Die bislang bestehende Mischung an Warnmitteln in Deutschland aus analogem Sirenenalarm und digitalen Warnmeldungen über den Rundfunk oder entsprechende Warn-Apps (Warnmixture) wird nun durch Cell Broadcast ergänzt. Seit November 2020 steht das Thema im BBK auf der Tagesordnung. Durch die Nutzung von Cell Broadcast können Warnmeldungen direkt an alle Menschen mit Mobilfunkgerät versendet werden, die sich in einer bestimmten Funkzelle eines Mobilfunknetzes aufhalten. Somit wird eine schnelle und unkomplizierte Warnung ermöglicht. Um die Warnung zu empfangen, ist nicht zwingend ein Smartphone erforderlich. Warnmeldungen über den Cell Broadcast-Warnkanal können auch von älteren Mobilfunkendgeräten ohne Datenempfangsmöglichkeit empfangen werden. Eine Nutzung von Cell Broadcast ist ohne Erhebung, Weitergabe und Speicherung personenbezogener oder vergleichbarer Daten möglich.

Die Nutzung von Cell Broadcast wird voraussichtlich Ende 2022 möglich sein.

Die mit dem Modularen Warnsystem MoWaS bereits bestehende Warninfrastruktur ist für die Verbreitung von Meldungen durch Cell Broadcast sehr gut geeignet. MoWaS und Cell Broadcast miteinander zu verbinden, bietet eine ideale Möglichkeit, um Warnungen schnell und gezielt zu verbreiten.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),

Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Postfach 1867, 53008 Bonn

redaktion@bbk.bund.de

http://www.bbk.bund.de

Redaktion: Ursula Fuchs (Chefredakteurin),

Tel.: 022899-550-3600

Nikolaus Stein,

Tel.: 022899-550-3609

Petra Liemersdorf-Strunk,

Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag

Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn

Postf. 1280, 33042 Paderborn

Tel.: 05251-153-0

Fax: 05251-153-104

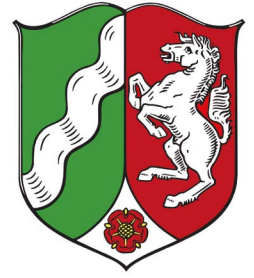
Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: BBK / Liemersdorf-Strunk

Heute: „Roms fließende Grenzen“, Nordrhein-Westfalen



Die UNESCO hat im Juli 2021 den Niedergermanischen Limes mit seinen Fundplätzen in Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Rheinland-Pfalz in die Liste der Weltkulturerbestätten aufgenommen. Mit seiner Anerkennung als 6. Weltkulturerbe in Nordrhein-Westfalen zeigt sich die historisch-kulturelle Bedeutung der Limes-Region für Deutschland und die Welt. Diesen kulturellen Schatz gilt es für die nachkommenden Generationen zu bewahren. Die Archäologische Landesausstellung Nordrhein-Westfalen präsentiert daher 2021 und 2022 mit „Roms fließende Grenzen“ die faszinierenden neuen Forschungsergebnisse zum Niedergermanischen Limes, dem neu ernannten UNESCO-Welterbe. Insgesamt 44 Fundplätze in den Niederlanden, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bilden das länderübergreifende Welterbe, das die älteste lineare Grenze des Römischen Reiches umfasst: von Katwijk an der Nordsee bis nach Remagen.

In der Landesausstellung wird nicht nur das Leben entlang des Rheins als Flussgrenze in allen Facetten beleuchtet, sondern auch das Leben in der römischen Provinz und im germanischen Siedlungsgebiet. Mit spektakulären Neufunden, originalgetreuen Nachbauten, Animationen und vielen Aktionen macht die Ausstellung die römische Epoche in Nordrhein-Westfalen mit fünf unterschiedlichen Präsentationen an fünf verschiedenen Standorten wieder lebendig:

Im Lippischen Landesmuseum Detmold wird die Entwicklung des Limes und dessen Auswirkung auf jene Bevölkerung gezeigt, die von den Römern als „Germanen“ bezeichnet wurde. Spannende Geschichten erzählen von grenzüberschreitenden Kontakten mit der römischen Provinz, der Konfrontation mit neuen Kulturelementen und gesellschaftlichen Veränderungen. Archäologische Funde aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens, mit denen sogar kommuniziert werden kann, lassen eine neue Perspektive auf die jenseits der römischen Grenze lebenden Menschen zu.

Im LVR-Archäologischen Park Xanten zeugen Originalfunde, moderne Rekonstruktionen und die Ergebnisse neuester Forschungen vom Leben der Menschen in den zahlreichen Militärlagern und Siedlungen am Rande des Imperiums. Sie erzählen vom Dienst der Soldaten, einer Schlacht bei Krefeld aber auch dem friedlichen Zusammenleben beiderseits der Grenze. Ein Highlight ist der originalgetreue Nachbau eines römischen Patrouillenschiffes im Maßstab 1:1. Schon vor 2000 Jahren war das Rheinland ein Schmelztiegel, in dem unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen aufeinandertrafen. Das LVR-LandesMuseum Bonn präsentiert die Vielfalt der Menschen und Kulturen am Limes anhand

herausragender archäologischer Funde. Wie lebte man in militärischen und zivilen Siedlungen? Wie war man zu Lande und auch über die „nasse Grenze“ hinweg verbunden? Ein interaktives Limesmodell sowie Medienstationen geben faszinierende Einblicke in das Leben an der Grenze des Römischen Reiches.



Zum Weltkulturerbe gehören Teile der Mauer des Haus Bürgels in Monheim. (Foto: LVR-Amt für Bodendenkmalpflege / J. Morscheiser)

Mit der Sonderausstellung „Rom in Westfalen 2.0“ erhält das LWL-Römermuseum in Haltern am See ein Update. Die historische Rekonstruktion eines römischen Wachhauses macht den vergeblichen Eroberungszug der Römer in Westfalen sichtbar.

Statthalterpalast, Tempel, Prachtstraßen und Plätze – bis heute zeigen die Spuren dieser Monumente Kölns Bedeutung als Hauptstadt der römischen Provinz Niedergermanien. Highlight-Funde und digitale Rekonstruktionen zeigen Ihnen das spannende Leben im „Rom am Rhein“.

Die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten stellt solche Kulturgüter wie den hier vorgestellten Limes zusätzlich unter den Schutz des humanitären Völkerrechtes. Der Limes als Weltkulturerbe ist sogar ein Objekt, das in die zweithöchste Schutzkategorie der Haager Konvention, dem sogenannten „Verstärkten Schutz“, eingeordnet werden kann.

Nicht nur die Anerkennung als Weltkulturerbe, sondern die besondere Aufmerksamkeit, die auch aktuell in Deutschland dem Limes, 2000 Jahre nach seiner Entstehung, immer noch zuteil wird, zeigt, wie wichtig dieser Teil unserer Kultur für unsere Gesellschaft ist.

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn

